

# Arbeiter-Zeitung

Sonnabend/Sonntag, 7./8. Dezember  
11. Jahrgang Nummer 286

Preis: wöchentlich 0,20 M., durch die Post bezogen 0,25 M.  
Anzeigenpreis: Die 10 Zeilen in der ersten Spalte kosten 12 M., die übrigen 10 M.  
Abdruck der Artikel in der 1. Spalte 10 M., in der 2. Spalte 8 M., in der 3. Spalte 6 M., in der 4. Spalte 4 M., in der 5. Spalte 2 M.  
Schluss der Anzeigenannahme für den nächsten Tag 18 Uhr, für den Tag darauf 12 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der A.D., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlagsanstalt: Breslau 10, Kreuzstr. 50, Tel. 260 10.  
Korrespondenten: Breslau 244, Woblasten: Breslau, Kerschke  
Küche 50, Tel. 239 02. Geschäftsstelle der Redaktion von 12-18  
Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialabteilungen:  
Gietlich, Breslau, Tel. 4088; Oppeln, Wodlasten, Tel. 1364  
Görlitz, Rumb. Tel. 2384. Geschäftszeit: 8-18 Uhr. Geschäftsstand:  
Kunzbergstr. Breslau, Kerschkestr. Breslau. — Verlag: Schaf, Ver-  
lagsanstalt, m.B., Bresl. — Druck: „Bemag“, Fil. Breslau, Tel. 260 10.

## Neuer Hungerfeldzug gegen die Erwerbslosen

### Weiterer Abbau der Unterstützungen — Erhöhung der Beiträge

Das mit den Stimmen der Sozialisten im Reichstag beschlossene Gesetz zur Entziehung der Erwerbslosenunterstützung soll jetzt in einer zweiten Auflage verschärft werden.

Bekanntlich hatten sich die Unterstützungsgeber mit Rücksicht auf die Kommunalwahlen geeinigt, die Beitragserhöhung und die weiteren Abbaumaßnahmen zu verschleppen.

Schon am 7. Oktober hatte der Ministerialrat Dr. Lehfeldt in einer Pressebesprechung unter dem Vorsitz Wiffells erklärt, daß das beschlossene Gesetz nur 90 bis 100 Millionen Mark einbringt und der verbleibende Fehlbetrag von 181 Millionen bei der kommenden Finanzreform „ausgeglichen“ werden sollte.

Und am 25. Oktober erinnerte der „Berliner Börsen-Courier“ an die Abmachungen zwischen den Unternehmern und den Sozialverrätern, indem er schrieb:

„Das Reformwerk an der Arbeitslosenversicherung ist vorläufig in einem höchst unbefriedigenden Kompromiß abgeschlossen worden. Die noch ausstehenden Punkte sollen bei Wiederaufnahme der Verhandlungen im Reichstag im Laufe des Novembers erledigt werden.“

Jetzt halten die Scharmacher ihre Zeit für gekommen, ihre Forderungen auf weiteren Abbau der Unterstützungen durchzuführen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie schreibt in seiner Denkschrift offen und brutal:

„Wir verlangen daher von Reichstag und Reichsregierung sofortige Juangriffnahme einer weiteren Arbeitslosenversicherungsreform mit dem Ziele, diese Reform durch weitere Ersparnismaßnahmen, nicht aber durch erhöhte Beiträge durchzuführen.“

Die Unternehmer wissen genau, daß ihre Forderungen von den Wiffells, Evering, Hilferding und Kumpant restlos durchgeführt werden. Deshalb ihre freche anmaßende Sprache.

Wiffell hat bereits eine neue Vorlage vorbereitet. Allerdings wird der Vorschlag nur mitgeteilt, daß er beabsichtigt, die Beiträge um dreiviertel Prozent zu erhöhen, d. h. eine neue Belastung der Arbeiter um über 100 Millionen im Jahre!

Daß die Koalitionsparteien bereits über neue Abbaumaßnahmen verhandeln, geht aus einem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ vom 4. 12. hervor. Das Unternehmerblatt schreibt, nachdem es auf das Defizit in der Reichsanstalt und auf die Forderung der Reichs-lasse hingewiesen hat:

„Dorum ist eine wirkliche und engültige finanzielle Sanierung der Reichsanstalt unbedingt geboten.“

Also bereits in den nächsten Wochen soll der neue Raubzug auf die Taschen der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter vor sich gehen. Dieselbe Front von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialisten, die in der vorigen Woche die kommunistischen Anträge auf Winterbeihilfe abgelehnt haben, wird auch den weiteren Abbauforderungen

der Unternehmer zustimmen, wenn nicht sofort die gesamte Arbeiterschaft dagegen Stellung nimmt.

Den Erwerbslosenausschüssen und revolutionären Vertrauensleuten erwacht jetzt die Pflicht, die Arbeitermassen zu einem energiegelichen Abwehrkampf zu mobilisieren.

Die Erwerbslosenausschüsse in Schlesien und Oberschlesien haben in den letzten Wochen und Tagen gezeigt, daß sie die Massen der Erwerbslosen zu mobilisieren verstehen. Die Massendemonstration der Breslauer Erwerbslosen, die heute, Sonnabendmittag, auf dem Schloßplatz stattfindet, muß der Auftakt sein zu überall einsetzenden gewaltigen Kundgebungen. Es gilt, an allen Orten aufzumarschieren zum Protest gegen die Aushungerung der Erwerbslosen, gegen den weiteren Abbau der karglichen Hungerlöhne für die Unterstützungs-empfangener und Ausgesteuerten, gegen die Beitragserhöhung. Für das Bündnis der Betriebsräte mit den Erwerbslosen. Gegen das Hungerprogramm der Müller-Hilferding-Regierung, gegen das insame Zuchthausgesetz zur Unterdrückung der kämpfenden Arbeiterschaft. Gegen den Belagerungsstand im Reichstag. Für die Zusammenfassung aller Kräfte im Kampf gegen die Diktatur des Kapitals. Für die Sammlung aller Werktätigen in Stadt und Land. Zum Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats!

### Deutsch-polnische Roggenverständigung

Am 5. Dezember wurde in Berlin zwischen den Vertretern des deutschen und polnischen Getreidehandels ein Abkommen über die künftige Zusammenarbeit im Roggenexport abgeschlossen, als dessen Ziel ausdrücklich die „Dämpfung der Roggenpreise“ bezeichnet wird — zur großen Freude des „Vorwärts“, der wieder einmal sich unverhüllt als Vertreter des Brotmachers betätigt. Freilich — der international organisierte Brotmache hat auch noch eine weitere, politische, Seite, die dem „Vorwärts“ ganz besonders sympathisch ist: die Ausschaltung deutsch-polnischer Wirtschaftsgesetze durch die internationale Kartellbildung ist auch ein Fortschritt im festen Zusammenschluß der politischen und militärischen Antikowjefront.

### Dem polnischen Kabinett das Mißtrauen ausgesprochen

Mit 246 gegen 120 Stimmen

Warschau, 7. Dezember. Im Verlauf der Generalausprache im polnischen Sejm ergriff gegen 9 Uhr abends der nationaldemokratische Abgeordnete Professor Stronski zu einem heftigen Angriff auf die Regierung das Wort. Er kritisierte u. a. das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und hob hervor, daß der Young-Plan keineswegs einen so weitgehenden Vertrag fordere. Der pol-

nische Außenminister Jaseffi erwiderte darauf, daß der Vertrag noch nicht veröffentlicht sei und daher auch keiner Kritik unterliegen könne. Er werde sich mit der deutschen Reichsregierung in Verbindung setzen und hoffe, den Wortlaut des Abkommens in den nächsten Tagen veröffentlichen zu können. Etwa um 11 Uhr begann die Abstimmung über den Antrag des Zentrums gegen das Kabinett Smitailli. Der Antrag wurde mit 246 gegen 120 Stimmen angenommen. Verfassungsgemäß wäre das Kabinett Smitailli verpflichtet, zurückzutreten.

Die Annahme des Mißtrauensantrages bedeutet eine weitere Zuspitzung der innerpolitischen Krise. Es ist noch nicht zu übersehen, ob Wiffell den Rücktritt des Kabinetts buhlen oder das Parlament mit Militär auseinandersetzen und die offene Diktatur proklamieren wird.

### Kommunistische Protestkundgebung in Polen

Demonstration vor dem amerikanischen Konsulat

Warschau, 7. Dezember.

Aus Anlaß der Parlamentsöffnung haben die revolutionären Arbeiter Warschaws unter der Führung der kommunistischen Partei Polens wichtige Kampfdemonstrationen gegen die innere und auswärtige Politik der polnischen Regierung veranstaltet.

Auch gegen die Einmischung der Imperialisten der Vereinigten Staaten in die Friedenspolitik der Sowjetunion im Fernen Osten demonstrierten die revolutionären Arbeiter am Donnerstagabend, wobei einige Fenster Scheiben des Konsulats der Vereinigten Staaten in Trümmer gingen. Die Polizei ging mit gehörter Brutalität vor und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

### Flugzeugzusammenstoß

Drei Tote — ein Schwerverletzter

11. Warschau, 6. Dezember. In Lemberg sind am Donnerstag zwei polnische Militärflugzeuge nach einem Zusammenstoß abgekrüzt und völlig zertrümmert worden. Drei Piloten fanden den Tod, während ein Offizier schwer verletzt wurde.

### 37 Erwerbslose treten in die KPD ein!

Am 3. Dezember fand in Döflitz eine gutbesuchte Erwerbslosen-Versammlung statt, in der ein Delegierter vom Reichs-Kongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition Bericht erstattete. In der Diskussion stimmten alle Redner den Beschlüssen des Kongresses zu, und 37 Erwerbslose erklärten ihren Beitritt zur kommunistischen Partei Deutschlands.

Macht's nach!

### Orkan über England und dem Kanal

11. London, 5. Dezember. In der Nacht zum Donnerstag setzte über England und dem Kanal ein furchtbarer Sturm mit schweren Wellenbrüchen ein. Auf den Scilly-Inseln und in Folmouth wurden 131 bzw. 150,4 Kilometer Stundengeschwindigkeit des Sturmes gemessen. Überall wurde großer Schaden angerichtet. Zahlreiche Schaufensterscheiben wurden vom Sturm eingedrückt.

In Wellington, einem nördlichen Vorort von London, fürzte die gesamte Vorderfront eines Hauses ein. Die Bewohner kamen mit dem Schrecken davon. In Aldershot und in Portsmouth fürzten die Seitenwände von drei Häusern ein, wobei eine Frau und zwei Kinder verletzt wurden. Zahlreiche Dächer wurden abgedeckt.

### Vom Tage

Das Reichsfinanzministerium soll in neuen Verhandlungen mit einem ausländischen Konsortium stehen, das sich bereit erklärt haben soll, dem Deutschen Reich gegen Verpfändung der Telefonleitungen eine neue Anleihe zu gewähren.

Im E-Marek-Untersuchungsausschuß wurde beschlossen, die begonnene Vernehmung der Brüder E-Marek auszussetzen.

Die französischen Morgenblätter berichten die vom Reichsbankpräsidenten Schacht der deutschen Regierung überreichte Denkschrift in allen Einzelheiten, ohne bisher selbst dazu Stellung zu nehmen.

Während des Orkans über England und dem Kanal sind insgesamt 19 Personen auf See und sieben Personen an Land ums Leben gekommen.

Im Verpfändungsabtrag Lehner hat der Angeklagte gestanden, daß er sein Opfer, einen Wandersänger, mit Branntwein betrunken und bei lebendigen Leibe verbrannt hat.

## Bismarck-Ersatz Severing von Kasimir Sublimer

Herrn Severing schwillt wütend das Genick,  
Er bastelt was zum „Schutz der Republik“.  
Man muß die schwarzrotgelben Geldsackfritzen  
Doch vor den hungernden Proleten schützen!

Den ersten Schritt tat Zörgiebel im Mai:  
Wer demonstriert, kriegt mang die Rippen Blei!  
Auf diesem Wege schreitet munter weiter  
Der kleine Renommier-Metallarbeiter.

Der Gummiknäppel schützt den Drohnen-Staat,  
Streik gilt in Deutschland jetzt als Hochverrat.  
„Befriedung“ nennt der Severing das, Proleten!  
Wer Hunger hat, der kann zum Himmel beten.

Im Reichstag ging der neue Kurs schon an,  
Karl piff sich seinen Hausknecht Löbe ran,  
Der säuberte mit Zörgiebel-Schupstien  
Das hohe Quatschhaus von den Kommunisten.

Man weiß genau: ein harter Winter droht,  
Millionen Mäuler schreien laut nach Brot.  
Herr Severing, der ruft nach Bell und Rute,  
Es wird regiert mit Zuchthaus und mit Knute.

Nur weiter so den Bogen überspannt!  
Die rote Aufrührwelle wächst im Land,  
Sie schwillt, je mehr die Severinge wüten . . .  
Die rote Kampffront kann man nicht verbieten!



# Schachts Vorstoß

Der Reichsbankpräsident Schacht hat — ohne Wissen und mit offener Spitze gegen die Reichsregierung ein Memorandum veröffentlicht, in dem er gegen die Durchführung des Young-Planes durch die Reichsregierung protestiert, und ihr in doppelter Hinsicht den Vorwurf der Schwäche macht: Einmal wegen der wirtschaftlichen Verschlechterungen, die die Regierung im Haag und seither über den Verlauf des Young-Planes hinaus auf sich genommen hat (Verzicht auf die Uebernahme der Uebergangszahl, Erhöhung der ungefähren Zahlungen, Abschließen mit Belgien, Jugoslawien, insbesondere an England und Polen in der Frage des liquidierten deutschen Eigentums), zum anderen, weil sie es unterlassen habe, zur Ermöglichung der Durchführung des Young-Planes

in finanziellen Gebaren von Reich, Ländern und Gemeinden eine betrübende Ordnung zu schaffen und die Erzeugung der schweren Lasten des Young-Planes durch eine innenwirtschaftliche Erleichterung der deutschen Produktion zu ermöglichen.

„Dagegen wäre es erforderlich eine Finanzpolitik, die klar erkennen läßt, daß die Befähigung des Young-Planes auch wirklich zur Erleichterung des Lastenrades für die Wirtschaft befähigt sein und nicht für andere Zwecke benützt werden wird.“

Von den beiden Punkten der Schachtschen Kritik ist natürlich nur der zweite ernstlich gemeint: Schacht weiß sehr genau, daß die fortgesetzten Jugoslawien-Devisen und die Währungsmaßnahmen durch die internationalen Marktschwächen gegeben waren, und er erwähnt sie nicht offener nur zu dem Zwecke, um durch den Nachweis der „Schwäche der Reichsregierung in nationalen Fragen“ mit dem Nationalfaschismus zu kollektieren und dadurch seinen Druck auf die deutsche Innenpolitik zur Durchführung des Young-Planes zu verstärken. Schacht selbst betont ausdrücklich, daß er noch wie vor auf dem Boden des Young-Planes steht, und die ihm nachstehende Presse findet demgemäß auch Ueberschriften, wie „Schachts Kampf gegen die Verfallung des Young-Planes“.

## Die großen schlesischen Prozesse

Breslau, 7. Dezember.  
Am vierten Verhandlungstag in Schweidnitz wurde eine Reihe weiterer Zeugen vernommen. Die Nazis kritiken auch wie vor ab, den Ueberfall vorbereitet zu haben. Sie seien — auch aus Freiburg (!) — nur „zufällig“ und ohne gegenseitige Verabredung in die Versammlung gekommen. Die Zeugenvernehmung wird fortgesetzt.

Im Stolberg-Prozess fand am Freitagabend ein Lokaltermin in Jannowitz statt. Das Gericht, die Sachverständigen und die Pressevertreter wurden in 50 Autos von Girschberg nach Jannowitz gefahren. Christian schilderte den Vorgang der Tat (er stellt alles als Zufall dar), worauf von den Sachverständigen erklärt wurde, daß der Vorfall sich tatsächlich so zugetragen haben konnte, wie ihn der Angeklagte geschildert hat. Der Lokaltermin hat etwa eine Stunde gedauert.

Planes“. Schacht kritisiert, daß die Reichsregierung das Raubprogramm der deutschen Unternehmer, mit dem sich die oben zitierten Stellen seiner Denkschrift ja vollkommen bedien, noch nicht mit der nötigen Energie durchführe, — er fordert noch brutaleren Steuerraub, noch rücksichtslosere Unternehmeroffensive. Seine Aktion ist also als Verstärkung der allgemeinen politischen Unternehmeroffensive zu betrachten, so sehr einige bürgerliche Blätter aus Gründen des innenpolitischen Kliquenkampfes gegen seinen Schritt Stellung nehmen. Was er will, ist ein verstärkter Druck auf die Regierung im Sinne des Unternehmerprogramms, verstärkt durch die Drohung mit dem Sturz der „unfähigen“ Regierung durch das Finanzkapital, in dessen Namen Schacht spricht. Das muß natürlich durchaus nicht die tatsächliche Bedrohung der SPD, aus der Regierung, die Rückkehr zum offenen Bürgerkrieg bedeuten, — Schacht weiß sehr gut, daß die SPD auf Grund ihrer ganzen Politik auf seinen Angriff nicht anders reagieren kann, als mit noch

brutalerem Schwelcheln um die Quist des Finanzkapitals, mit noch brutalerer Durchführung der Unternehmeroffensive gegen die Arbeiter.

Schachts Vorstoß hat zunächst innerhalb der bürgerlichen Oppositionskräfte eine gewisse Verwirrung erzeugt. Brockhaus legt der Vorstoß in der Linie der unmittelbaren Festsicherung des bürgerlichen Machtapparates, der „Vorwärts“ wird nicht so unrecht haben, wenn er meint, daß Schacht sich eine Stellung als „Finanzdiplomat“ erobern wolle, — und jede solche Umgruppierung im Herrschaftsapparat der Bourgeoisie wirkt natürlich zahlreiche Futterschneidungen auf. So

## Die Antwort der Regierung an Schacht

**Zu größter Brutalität bereit — Mittwoch Stellung der Vertrauensfrage**  
Die Denkschrift des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die in allen politischen Kreisen großes Aufsehen und im bürgerlichen Lager starke Verwirrung hervorgerufen hat, veranlaßte die Reichsregierung, in einer Kabinetsbesitzung, die Freitag stattfand, zu der Denkschrift Stellung zu nehmen. Die Regierung veröffentlichte eine amtliche Erklärung, in der gegen Schacht der Vorwurf erhoben wird, daß er durch vorläufige Stellungnahme die einheitliche Staatsführung gefährdet habe. Weiter heißt es in der Erklärung: „Die Reichsregierung lehnt es ab, sich im gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine Auseinandersetzung mit den Darlegungen des Memorandums einzulassen.“ Gleichzeitig versichert die Müller-Breslau-Regierung, daß sie nichts unberücksichtigt lassen wird, auf Kosten des Proletariats und

erklärt es sich, wenn z. B. die „Vossische Zeitung“ den Schacht in der schärfsten Weise angreift, ihn für die ungünstige Gestaltung des Young-Planes verantwortlich macht — und wenn die Reichsregierung eine scharfe Gegenreaktion gegen das Schacht-Memorandum vorbereitet. Schon steht man da und dort Kompensationen bei den abschließenden Young-Verhandlungen am Horizont aufzuwachen, — schon hat die Börse auf Schachts Schritt mit einem starken Kurssturz reagiert. Aber so scharf sich alle inneren Schwelcheln der bürgerlichen Diktatur zuspitzen, — nie darf man vergessen, daß die Grundlinie des Schachtschen Vorstoßes eine Verstärkung der Offensive gegen die Arbeiterklasse ist, und daß in diesem Punkte die Bourgeoisie durchaus in sich geschlossen besteht. Für die arbeitenden Massen gilt es — und der Reichsregierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition hat ihnen diesen Weg gewiesen —, der verschärften Offensive der Ausbeuter die Gegenoffensive der Ausbeuteten gegenüberzustellen.

## Die Antwort der Regierung an Schacht

**Zu größter Brutalität bereit — Mittwoch Stellung der Vertrauensfrage**  
Zugunsten der Besessenen eine umfassende „Steuerreform“ und eine Entlastung der Kassenlage durchzuführen. Sie kündigt auch Verringerung der Zuschüsse für die Arbeitslosenversicherung durch Verringerung der Einnahmen, also durch Beitragserhöhung auf der einen und Abbau der Leistungen auf der anderen Seite an und gibt ihrer Bereitwilligkeit Ausdruck, daß sie den Befehlen des Unternehmertums, die Ausplünderung des arbeitenden Volkes noch brutaler durchzuführen, als gehorsame und willige Diener nachkommen will. Zum Schluß wird angekündigt, daß der Reichsminister am Mittwoch dieses Programm in einer Regierungserklärung vorlegen und für die Gesamtpolitik der Reichsregierung die Vertrauensfrage stellen wird.

# Vollständige Kapitulation Mufdens

„Der Times-Korrespondent in Münden meldet: Nach einer Nachprüfung sagte der Politische Rat einen Beschluß, der den Konflikt mit der Sowjetregierung wegen der chinesischen Ökonomie beenden dürfte. Auf Whitneys Telegramm vom 27. November an Tschang Kweliang wird eine Antwort gesandt werden, die die Ergebnisse der Besprechungen von Nikoff gutheißt. Ferner wird darin der Sowjetregierung die Ernennung Tsingjunsheng zum chinesischen Delegierten bei den Verhandlungen mitgeteilt, bei denen die Einzelheiten für Wiederherstellung des Status quo und der Freilassung der Gefangenen berührt werden sollen. Die Wiederernennung des vormaligen Leiters und des vormaligen stellvertretenden Leiters der Ökonomie in andere Stellen war ursprünglich als unannehmbar betrachtet worden, aber nach reiflicher Erwägung beschloß der Rat, nachzugeben. Der chinesische Vorsitzende des Ökonomie-Direktoriums ist zurückgetreten, was die Lage vereinfacht, da sein Rücktritt eine der vereinbarten Bedingungen war.“

affäre konnte Brotat nicht beweisen, daß er den Belg bezahlt hat. Der vorige Brotat ist damit vollständig überführt. Die sozialdemokratische Provinzpresse besetzt trotz der Ueberführung Brotats den traurigen Mut, die Ueberführung dieses Ehrenmannes in eine Rehmotivierung umzuwandeln.

Damit hat die Münden-Regierung vollständig kapituliert. Trotz der amerikanischen Intervention, trotz der offenen Stellungnahme aller imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion, trotz der Kriegshetze, an deren Spitze die Sozialfaschisten aller Länder standen, die noch gestern in ihren Schmutzblättern darüber höhnten, „daß die Sowjetregierung vorläufig ihren Sieg proklamieren und die Gefangene ihrer Siegespropaganda geworden sei.“

## Schwere Gasexplosion im Postbüro von Munnhall

Bier Tote, fünfzig Verletzte  
M. New York, 6. Dezember. Nach Meldungen aus Wittsburg wurden durch eine Gasexplosion in der Postanstalt von Munnhall vier Personen getötet und fünfzig teils schwer verletzt.

## Zwei Bergarbeiter in Lintfort verschüttet

M. Lintfort, 6. Dezember. Auf der Zeche Friedrich-Heinrich in Lintfort hat sich in der Nacht zum Freitag ein schweres Unglück zugegetragen. Zwei Bergarbeiter wurden von herabstürzenden Gesteinsmassen von etwa 18 Zentner verschüttet. Der eine Bergarbeiter starb sofort nach der Einlieferung ins Krankenhaus, während der andere mit schweren Verletzungen krankenliegt. Beide Bergleute hatten schwere Wirtelsäulenbrüche davongetragen.

## Sklarek-Gelder für Reichsbanner und SPD

Brotat überführt  
Bei der zweiten Vernehmung Brotats vor dem Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages kamen sensationelle Tatsachen ans Tageslicht.  
Der Obermagistratsrat Brandes von der Hauptprüfungsstelle des Magistrats teilt mit, daß kurz nach Auslieferung des Sklarek-Betruges ihn Brotat besucht habe. Brotat habe ihn zu beeinflussen versucht und dabei auch gesagt, daß die Sklarek immer eine sehr offene Hand nicht nur für das Reichsbanner, sondern auch für die Sozialdemokratische Partei gehabt habe. In der Belg-

## Der Orkan über dem Kanal — Bis her 28 Tote. M. London

6. Dezember. Zu dem Untergang des englischen Dampfers „Francis Duncan“ bei Landshend wird bekannt, daß es nicht gelungen ist, außer den bereits als gerettet gemeldeten fünf Mann weitere Mitglieder der Besatzung zu bergen. 16 Personen sind ertrunken. Der Sturm war so stark, daß das Schiff sich überschlug. Ingesamt sind während des Sturmes auf See 19 Personen an Land gesehen. Personen ums Leben gekommen. Der spanische Dampfer „Gueta“, der seine Schraube verloren hatte und von zwei Hochsechseckern ins Lau genommen wurde, ist wieder in erster Gefahr, da die Schlepper bei dem herrschenden Sturm nicht stark genug sind, ein Aufstreifen des Dampfers auf die Rüste zu verhindern. Bei Portsmouth wurden bereits Raketenapparate aufgestellt, um die Besatzung noch rechtzeitig retten zu können.

# „Der stille Don“

Kosakenroman von Michael Scholochow

„Grigjka ist frech und unhöflich. Keulich kommt ich von der Kirche, treffe ihn, er grüßt mich nicht einmal. Ja, ja, die Alten werden jetzt nicht in Ehren gehalten.“  
„Er ist ein netter Bursche“, die Kulinitschna nahm sich ihres zukünftigen Schwagers an.  
„Nett, sagt du? Nun gut... Gebe Gott... Wenn Katalja ihn nur gerne hat.“  
An der Besprechung über die Hochzeit hatte der Alte nicht teilgenommen, er war einen Augenblick aus seiner Kammer getreten, hatte sich zum Tisch gesetzt, mit Mühe ein Gläschen Schnaps durch die eng gewundene Kehle geschoben, und als er sich erwidern wollte und bemerkte, daß der Schnaps ihm zu Kopfe stieg, war er fortgegangen.  
Zwei Tage sah er Schwelcheln auf das glücklich-erregte Gesicht Kataljas, laute mit dem Mund, bewegte die grünlich-weißen Wästel des Schmuckes. Nach einiger Zeit beruhigte er sich augenscheinlich.  
„Katalja!“ rief er eines Tages.  
Katalja ging zu ihm.  
„Freu dich, Katalja? Sag, freu dich du dich?“  
„Ich weiß es selber nicht, Großvater“, sprach Katalja.  
„Na... na... na... Ach du... Na, Gott mit dir...“ Dann sagte er ernstlich und bitter: „Daß nicht meinen Tod abgemartet, verflühtes Mädel... hättest warten sollen und dann erst heiraten... ohne dich wärest ein bitteres Leben werden...“  
Katalja, der in der Höhe des Gesprächs mit angehört hatte, sagte: „Nicht das höchste Jahre Leben, Großvater, soll sie solange warten? Bist ein Schwärmer.“  
Großvater Grigjka wurde bis an die Haarmurzeln rot, sein Alter hatte, er schlopfte mit den Füßen, Kopfte während mit der Hand:  
„Gott's Maul, verdammter Kerl, Schwärmer! Mach, daß du fortkommst! Keiner! Daß gehorcht, verflucht!“  
Katalja sah jedoch auf den Hof. Großvater Grigjka regte sich aber noch lange auf, schlopfte immer weiter auf Katalja, und seine Hand zitterte.  
Da zwei jüngere Schwäger Kataljas, Marjiska, ein Baufräule-

von zwölf Jahren, und Grigja, ein achtjähriger wilder Frech, erwarteten voller Ungeduld das Hochzeitsfest.  
Auch die Knechte, die ständig bei Korjgunoms wohnten, freuten sich heimlich. Sie hofften auf eine üppige Bewirtung und einige freie Tage während der Hochzeitsfeierlichkeiten. Einer von ihnen, ein Bursche, groß wie ein Brunnenschwamm, ein Ukrainer, der Getz-Daba hieß, war Quartalskäufer und pflegte jedes halbe Jahr bis zur Bewirtschaftung zu trinken. Er vertraut seinen Lohn und alles, was er sonst besaß. Lange schon ließ ihn das ihm bekannte saugende Gefühl nicht ruhen, doch er hielt sich mit Gewalt zurück und verschob das Trinken bis zur Hochzeit.  
Die Hochzeit sollte in drei Wochen stattfinden. Inzwischen besuchte Grigorij an einem Feiertag seine Braut. Er saß in der Stube neben einem runden Tisch, auf Sonnenblumenkerne und Rüsse mit den Mädchen und Katalja und deren Freundinnen, und ritt fort. Katalja begleitete ihn. Neben dem Stall, in dem Grigjka's Pferd, einen neuen schönen Sattel auf dem Rücken, vor der Krippe stand, griff sie in ihre Hülse, zog erwidert, Grigjka mit verlebten Augen ansehend, ein weiches, von den Mädchenbrüsten noch warmes, kleines Bündelchen heraus und gab es Grigorij. Er nahm das Geschenk, seine weißen Wollschuhe blühten sie an, und fragte sie:  
„Was ist das?“  
„Woh! Schon sehen. Ich hab dir einen Ladabeutel gestickt.“  
Grigorij zog sie unerschrocken zu sich, wollte sie küssen, doch sie trennte sich mit aller Kraft gegen seine Brust, bog sich geschmeigelt nach rückwärts und warf einen ängstlichen Blick auf die Fenster.  
„Was wird uns sehen?“  
„Und wenn?“  
„Ich schäme mich.“  
„Nur ein Bursche“, erklärte Grigorij.  
Sie hielt die Fügel, Grigorij, die Augen zusammengekniffen, suchte mit dem Fuß den Steigbügel. Er setzte sich bequem in den gepolsterten Sattel und ritt auf dem Hof. Katalja öffnete das Tor und sah ihm lange nach: Grigorij sah nach Kalmudenart, die linke Schulter ein wenig herabhängend und suchte sie mit der Reithose.  
„Ein Tage hat noch geliebt...“ rechnete Katalja in Gedanken nach, senkte auf und lasste.

das Korn fällt sich mit duktender, süßer Milch, dann blüht es auf, goldener Staub bedeckt die Kehren. Plötzlich gerät eine Weibchen in das blühende Weizenfeld, zermüht, zerknirscht die schweren Weizen. Wo sie sich vorbeigewälzt hat, bleiben runde Spuren des niedergedrückten, zerstückten Weizens... traurig und unheimlich ist es da anzusehen.  
So war es auch mit Assinja: auf ihr durch goldenes Weizen ausgebreitetes Gefühl war Grigjka mit schweren, harten Stiefeln getreten, hatte alles besudelt, bis zur Ache verbrannt...  
Der und öde wie in einer verlassenen, mit Unkraut bewachsenen Scheune wurde es in Assinjas Seele, nachdem sie vom Meltschowschen Garten, von den Sonnenblumen, nach Hause gekommen war.  
Sie ging, laute an den Spitzen ihres Luches, und ein verhallender Schrei würgte ihre Kehle. Sie kam in die Stube, fiel auf den Fußboden, erstarrte in Tränen, in Qualen, in schwarzer, ihren Kopf überdeckender Haare. Dann ging es vorbei. Nur irgendwo, in der Tiefe des Azygens, bohrt und sog etwas Stachelndes, Scharfes.  
Doch der Weizen, den Weibchen niederstampfen, erhebt sich wieder. Der getnickte Palm richtet sich durch Sonnenstrahlen und Tau wieder auf. Quersucht beugt er sich noch tief, wie ein Mensch, der unter einer zu schweren Last zusammenbricht, dann streckt er sich aber, hebt den Kopf, und wiederum leuchtet der Tag für ihn, und wiederum schaukelt ihn der Wind.  
In den Nächten, während Assinja ihren Mann wie rasend liebte, dachte sie an einen anderen, und in ihrer Seele schlugen sich bitterer Haß und unendliche Liebe ineinander. In Gedanken bereitete sie eine neue Schandtat vor, wandte sich wieder der alten Schmach zu: sie beschloß, Grigjka der Katalja, die wieder Liebesglück nach Liebesleid konnte, wegzunehmen. Hundert Gedanken gingen ihr in der Nacht durch den Kopf, mit getrockneten Augen sah sie ins Dunkel. Auf ihrem rechten Arm lag schwer Stepan's schöner Kopf mit den lockigen langen Haaren. Er armete durch den halbgeöffneten Mund. Die humpelten, von der Arbeit verwitterten, staubigen Finger zuckten auf der Brust seiner Frau. Assinja dachte, grübelte, überlegte. Und kam zu einem letzten Entschluß: Grigjka allen wegzunehmen, ihn mit ihrer Liebe zu übersütten, ihn wieder zu besitzen wie früher.  
Und das Stachelndes, Scharfe in der Tiefe ihres Azygens, das einem Bienenstachel gleich, bohrt weiter, schmerzvoll und unaussprechlich.  
(Fortsetzung folgt.)

Der spitzblättrige grüne Weizen wächst. Nach einhalb Monaten laugt der Stroh ganz in ihm unter, nicht einmal der Kopf ist mehr zu sehen. Der Weizen laugt aus der Erde Säfte, kehren wachsen.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktionen: Alfred Thoma, Breslau; für Bildungen und Redaktionen: Betrieb und Gesellschaft Wilhelm Bismarck, Breslau; für Vertriebsarbeiten: Gerhard G. O. L. Klein.

# Was „Friedensstifter“ vergessen

## Die Sowjetmacht ist stark genug, den Angriff zurückzuschlagen. — Friedensverhandlungen und Friedensdiktate

### Genosse Litwinow rechnet ab

Genosse Litwinow erstattete vor dem Zentralratungskomitee der Sowjetunion einen Bericht über die Außenpolitik der Sowjetregierung.

Im Rahmen seiner Ausführungen erklärte er, daß die von den imperialistischen Mächten geschaffene Atmosphäre von Feindseligkeit und Gehässigkeit gegenüber der Sowjetunion einen direkten Ansporn für abenteuerliche und leichtfertige Regierungen sei. Man hätte sich zu seinem ihm teuer zu stehen kommenden abenteuerlichen Jagdspiel nicht entschlossen, wenn es nicht mit einer allgemeinen sowjetfeindlichen Atmosphäre gerechnet und nicht auf die Sympathie und die direkte Unterstützung der kapitalistischen Staaten gebaut hätte.

Die militärischen Maßnahmen der fernöstlichen Roten Armee wären reine Verteidigungsmaßnahmen, die Zerstörung der Ketten der imperialistischen Banden zum Schutz der Grenze unerlässlich gewesen.

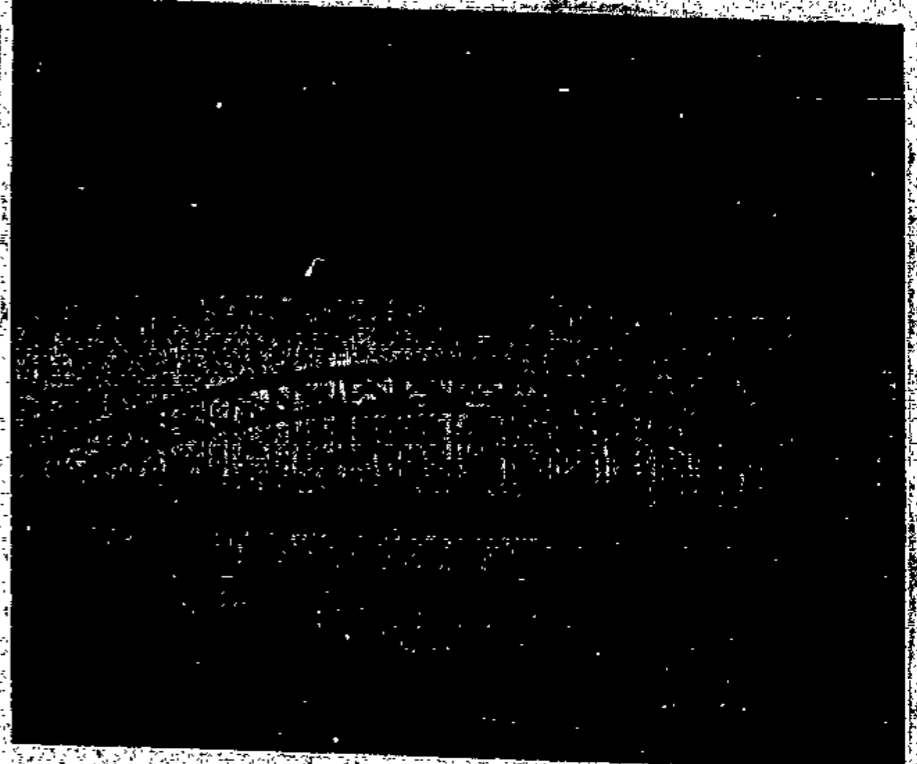
Die Sowjetregierung bestrebt sich jetzt in einer Lage, in der imperialistische Regierungen es meist vorziehen, nicht in Verhandlungen einzutreten, sondern Bedingungen zu diktieren. Die Sowjetregierung muß aber die Vorteile ihrer Lage nicht aus und zwingt China keine neuen Bedingungen auf.

Genosse Litwinow brandmarkte die Mißhandlungen und Brutalitäten sowie die Hinrichtung von Sowjetkriegern in der Mandchurei, für die sie nicht das chinesische Volk, sondern lediglich die gegenwärtigen Machthaber Chinas verantwortlich mache.

Zu dem Interventionsversuch der imperialistischen Mächte erklärte Genosse Litwinow:

„Von den 55 Signatarmächten des Kellogg-Paktes haben nur drei, die von keinem dazu ermächtigt sind, sich für die Rolle eines Stüters des Paktes ausgemacht gehalten. Dazu mußten sie energisch mit dem Schwamm über ihr Gedächtnis fahren, um für eine Zeitlang ihre Streitkräfte in Peking, Tientsin, in Schanghai und Weihaiwei, ihre Kreuzergeschwader und Torpedobootsflotten, ihre Untersee- und Kanonenboote in chinesischen Häfen und auf dem Yangtsekiang, ihre Truppen in Ägypten und am Rhein und die verhältnismäßig noch nicht weit zurückliegenden Vorgänge in Zentralamerika und viele andere Tatsachen zu vergessen, die ihre Vergangenheit und selbst ihre Gegenwart belasten.“

Die amerikanische Regierung, die sich jetzt zu einer „Vermittlerrolle“ berufen fühlt, habe nicht einmal für nötig gehalten, die Existenz der seit zwölf Jahren bestehenden Sowjetregierung anzuerkennen.



Die größte Brücke Ostdeutschlands, die die Wartha bei Döllnradung überspannt, wurde am 3. Dezember eröffnet. Sie hat eine Länge von 750 Metern und hat einen Kostenaufwand von drei Millionen Mark verursacht. Unteres Bild: Der Mittelbogen der neuen Brücke

# Die Ehescheidungschande

## Ein Ausschnitt aus dem neuen Sexualstrafrecht

Von Rechtsanwalt Dr. E. Alexander, Mitglied des Rechtsausschusses des Reichstags.

Ehescheidungschande: Wer sich scheiden läßt, ist geschändet. Diese vorurteilliche Auffassung von Ehe und Ehescheidung soll mit aller Gewalt aufrechterhalten werden, mag die bürgerliche Ehe auch mehr und mehr zur unerträglichen Fessel werden. Denn: je gründlicher der rationalisierende Kapitalismus Männer und Frauen und Jugendliche in die Fabriken hineintreibt und sie, allein nach dem Profitbedürfnis des imperialistischen Großkapitals, wieder arbeitslos auf die Straße wirft, je rabattaler er damit die bürgerliche Ehe, die bürgerliche Familie zerbricht, um so entschiedener hält der Staat, der Staat des Großkapitals, an der „Heiligkeit“ von Ehe und Familie fest. Die „religiösen“ Gründe, die die Zentrumshegemonie gegen jede Reform der Ehescheidung ins Feld führen, sind nur ein Vorwand. In Wirklichkeit wollen alle entscheidenden Schichten der imperialistischen Großbourgeoisie an der bürgerlichen Ehe und Familie nicht rütteln lassen. Daher die schnelle Kapitulation gegenüber den Wünschen des Zentrums auf Vertragung der Ehescheidungsreform. Daher die Preisgabe selbst der bescheidensten Verbesserungen des Ehescheidungsrechtes durch die Sozialdemokraten, die auch hier wieder vor den Forderungen ihrer Koalitionspartner kuschen.

Ehescheidungschande: das ist in Wahrheit die Schande des bestehenden Zustandes. Ueber dessen Unerträglichkeit wehrt der ein Lied zu singen, der auch nur einmal als Anwalt mit einer Ehescheidung zu tun gehabt hat.

Etwas aus der Praxis: Abscheulichste Schandensache des einen Ehegatten durch den anderen, wenn der eine den anderen nicht freigeben will, obwohl die Ehe längst zertrümmert ist! Schamloseste Aufbedung von Betrugselementen in öffentlicher Gerichtsverhandlung! Die Ehe wird der bürgerliche Staat als heilig aufrechterhalten. Aber zugleich offenbart er ihre Unheiligkeit täglich in Hunderten von Gerichtssälen. Die Prostitution veremt der bürgerliche Staat als das schlimmste alles Unstiftlichen. Die Notzucht bestraft er mit Zuchthaus. Doch vor der Prostitution in der Ehe, vor der Notzucht, begangen an der Ehefrau, die nur das vom Standesbeamten geknüpfte juristische Band noch an „ihren“ Mann fesselt, verschließt er die Augen.

Gewiß, auf manchen Umwegen gelangt denen, die einig sind, daß sie auseinandergehen wollen, auch heute die Scheidung, aber stets muß einer „schuldig“ daran sein, daß die Ehe zertrümmert ist, wo doch die kapitalistische Gesellschaft selbst die Ehe zerschlägt, deren gesetzliche Lösung sie verhindert.

Zu all den tausendfach ausgeführten Gründen, die für die Beilegung der Ehescheidungschande immer wieder vorgebracht werden, kommt noch einer hinzu: die Schwierigkeit des Ehescheidungsverfahrens. Ist der Ehescheidungsgrund wirklich da, heißt es erst, ein rechtskräftiges Scheidungsurteil erreichen.

Aber wie? Das Gesetz fordert den Eheprozeß mit Zeugen-

vernehmungen im überfüllten Gerichtssaal. Denn auch, wenn die Parteien beide wollen, daß die Ehe geschieden werde, verbietet es das Gesetz dennoch, daß das Gericht den Scheidungsgrund, den beide angeben, als wahr anseht. Der Grund muß dem Gericht bewiesen werden, darum her in die volle Öffentlichkeit mit dem Zeugen des Ehebruchs.

Schließlich: Der Eheprozeß ist teuer. Er kostet viel Geld. Der Staat tagiert den Marktwert einer Ehe auf mindestens 2000 Mark. Das bedeutet, daß eine Ehescheidung in der Regel nicht unter ein paar hundert Mark zu haben ist.

Bleibt das Armenrecht. Doch das bekommt nur der, der wirtschaftlich vor dem Verenden ist.

Die Vereinfachung der Ehescheidungschande wäre ganz einfach. In wenigen Gesetzesparagrafen haben sie die Kommunisten im Reichstage vorgeschlagen: Scheidung der Ehe durch Übereinkommen der beiden Gatten und Durchführung der Ehescheidung nicht mehr im kostspieligen, langwierigen, mit zahllosen Fingergeln versehenen Prozeß, sondern durch einfache Bestätigung des Übereinkommens vor dem Amtsrichter.

Aber zur Verwirklichung dieser Kleinigkeit bedarf es einer Voraussetzung: der proletarischen Revolution.

# Betrüger im geistlichen Gewand

## Katholischer Oberpfarrer der Erzdiözese Köln wegen Unterschlagung und Betrug verhaftet

Der frühere katholische Oberpfarrer von Glabach, D. Hütten, gegen den seit einiger Zeit ein gerichtliches Untersuchungsverfahren wegen Mißständen in der von ihm verwalteten Pfarrei Wanlo schwebt, ist wegen mehrfacher schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zum Nachteil der Erzdiözese Köln festgenommen worden.

Es wird ihm mehrfache schwere Urkundenfälschung und Betrug im Betrage von 12 000 Mark vorgeworfen.

Unser Brudersblatt, die Düsseldorfener „Freiheit“, schreibt hierzu: Als Hütten von Wanlo nach M.-Glabach versetzt und zum Oberpfarrer befördert wurde, waren die Verfehlungen beim Kirchenvorstand bekannt. Man verlangte von Hütten die Bücher. Vergebens! Die bischöfliche Behörde wurde in Kenntnis gesetzt. Nichts geschah. All das ist schon bald zwei Jahre und noch länger bekannt.

Anfang Juli besaßte sich der jetzige Pastor in Wanlo in einer Sonntagspredigt mit dem „Fall Hütten“. Am 11. Juli ging die kommunistische „Freiheit“ zum Angriff über und beschuldigte Hütten

all der Dinge, die heute auch der Staatsanwalt zugeben muß. Was machte die „übernatürliche“ Kirche? Die katholische „Westdeutsche Landeszeitung“ schrieb am 19. Juli nach einem Bericht der Staatsanwaltschaft:

„Im Falle des Beganten D. Hütten in M.-Glabach haben die angeforderten Ermittlungen bisher keinen Beweis für eine strafbare Handlung ergeben.“

Inzwischen veröffentlichte die „Freiheit“ neues Material, erhob neue Vorwürfe gegen den „Betrüger“ Hütten. Der Bohlen in Glabach wurde zu heil. Mit Hilfe der „übernatürlichen“ Kirche verschwand Hütten. Niemand, außer der bischöflichen Behörde, wußte wo hin. Da kam eines Tages ein frommer, alter Mann auf unsere Redaktion. Er erzählte, daß Hütten in Düsseldorf in der Wolphus-Kirche die Messe lese, Predigten halte usw. Erneut gingen wir an die Öffentlichkeit. Schweigen ringsum.

Es kamen die Wachen. Wie wir sagten, kam die Staatsanwaltschaft erst nach diesem Zeitpunkt zum Abschluß der „Ermittlungen“.

Vor Betrügern und Schurken ist keine Organisation sicher, aber es kommt darauf an, wie solche Elemente dann erledigt werden. In einer revolutionären Organisation wie der kommunistischen Partei, die auf Reinlichkeit hält, wäre ein Mensch wie Hütten sofort „geflogen“. In Rußland hätte ihm vielleicht der Tod geblüht, weil er sich an den Interessen der Allgemeinheit verging.

Aber was machte die Kirche? Sie hat Hütten trotz Kenntnis der Dinge nicht kaltgestellt, ist nicht von ihm abgerückt. Vom Pfarrer in Wanlo wurde er zum Oberpfarrer in M.-Glabach befördert. Bei allen Veranstaltungen trat er als Repräsentant der „übernatürlichen“ Kirche auf. Ist das nicht ein Institut, das „im Innern krank“ ist, welches seinen schlechtesten Verwalter in den Weinberg schickt?

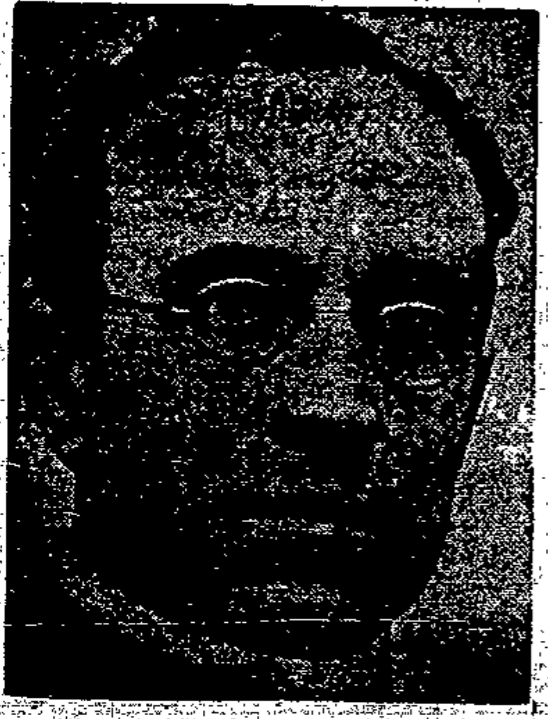
Also, christliche Arbeiter, ihr seht, daß die Kirche vergeblich versucht, die Schuld abzumwälzen. Hütten war feig K-bellebiger. Er war im Nebenberuf Aktionär bei einer Kunstausstellung und einer Zentrumszeitung.

Etwas 2000 Mark hat er so jeden Monat verdient.

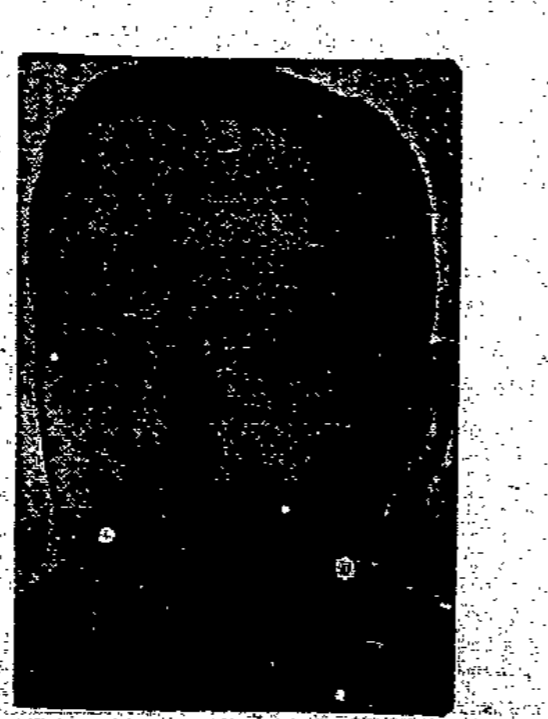
Und das reichte ihm nicht. Er stahl noch die Bettelsternchen, die du, Arbeiter, im guten Glauben für eine „gute Sache“ von deinem Hungerlohn opferst. Weil die Kommunisten — und nur sie — in ihrem Kampf auch vor den „Betrügern“ im geistlichen Gewand nicht Halt machen, weil sie auch, Arbeiter und Kleinbauern, sagen, daß diese Leute auch als willige Arbeitslaven erzieher, damit der Unternehmer ungehindert seinen Profit einstreifen kann, darum läßt das Zentrum, die Geistlichkeit, über uns her. Wenn sie euch sagen, wir wollen euch die „Religion aus dem Dergen reißen“, so ist das ein Versuch des Klerus, euch von euren kommunistischen Klassengenossen zu isolieren, um die Bildung einer einheitlichen Kampffront gegen die Ausbeuter zu verhindern.

Wir wollen warnen vor den „Betrügern“, die euch mit Hungerlöhnen nach Hause schicken, wir wollen euch warnen, daß ihr euch nicht schämen vor Elementen, die wie Hütten mit ihrer Kirche Betrügern unter einer Decke reden. Das ist nur möglich, indem auch der christliche Arbeiter in die Reihen der kommunistischen Partei tritt und jeder der kommunistischen Parteigenossen

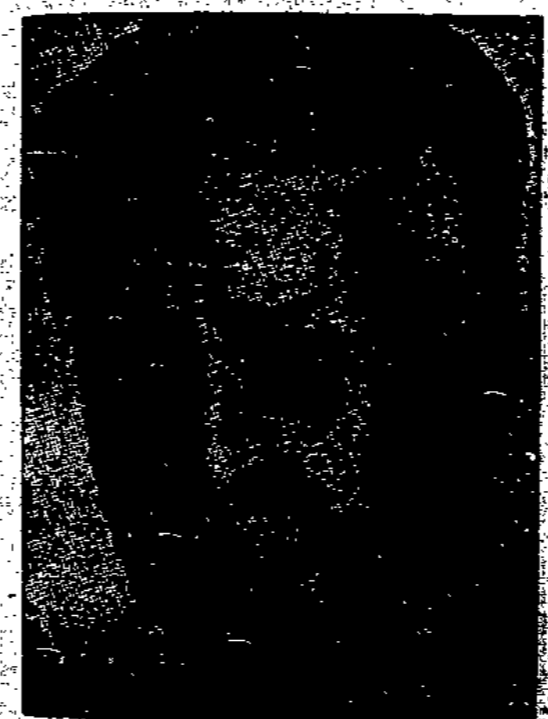
# „Köpfe“ der Woche



**Dank fürs Konkordat**  
Nuntius Paecelli, der „Vertreter des Vatikans“ in Deutschland, der mit SPD-Braun das Konkordat fingerte, soll zum Dank vom Hause Pius zum Kardinal ernannt werden

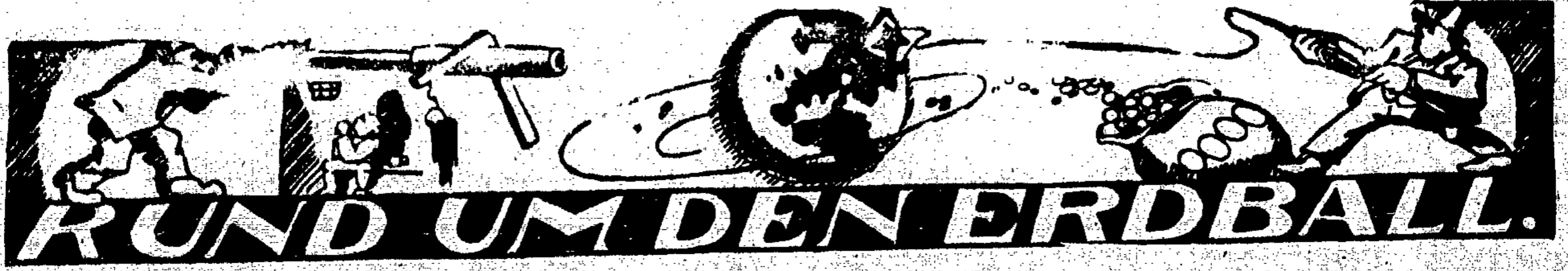


**Zum Krach im Hugenberg-Verein**  
„Graf“ Westarp, der bisherige Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, hat diesen Posten niedergelassen, weil er mit dem aufgewirbelten Schnurrbart Hugenberg hässlichen Streit hatte



**Der männliche Courts-Mahler**  
mit einem etwas trottelhaften nationalen Einschlag, der rheinische „Dichter“ und Romanschriftsteller Rudolf Herzog ist 60 Jahre alt geworden. Herzog ist der Liebhaber aller sexuellen Beschränkungen und Kalauer

reaktionär



# Die Folterkammer in der Junggesellenwohnung

Ein sensationeller Mordprozeß vor den Wiener Geschworenen

Ein Verbrechen, das an Grausamkeit wohl kaum übertraffen werden kann, beschäftigte dieser Tage das Wiener Schwurgericht. Der 28 Jahre alte Wäschehändler Richard Singer ist angeklagt, die 18jährige Maniküre Gemma Matyas in seine Wohnung gelockt, sie während eines Streites um Geld mit einem Messer gestochen und gefoltert und schließlich neun Stunden nachher, kostbarlich niedergeschlagen zu haben.

Singer sprach am Sonntag, dem 10. März, nachmittags, das auffallend hübsche Mädchen in einer belebten Straße der inneren Stadt an. Sie ließ sich ohne weiteres begleiten und erzählte, sie sei vor kurzem mit ihrer Mutter, einer Postbeamtingattin, vom Lande nach Wien gezogen, habe hier Maniküren gelernt und suche schon seit Wochen vergeblich einen Posten. Singer meinte nun, er könnte ihr zu einem Erwerb verhelfen: er betreibe ein Wäschegeschäft und würde sie gerne als Verkäuferin beschäftigen. Er lud sie gleich ein, den Bettieb, der sich in seiner Wohnung befindet, zu besichtigen. Und er zeigte ihr einen geräumigen Dumbeschillingstisch.

In der Wohnung wurde dann nicht mehr ausführlich vom Beschäftigungsgespräch. Doch als sich die schöne Gemma schon spitternacht ausgezogen hatte, wollte sie sich den Dumbeschillingstisch näher anschauen. Der Schein ist ja oft so trügerisch. Und wirklich: es war kein Dumbeschillingstisch, es war nur ein altes Korbentel. Darob eine aufgeregte Auseinandersetzung. Singer gebärdet sich zunächst zynisch, er droht mit einer Anzeige wegen gehobener Preistatillon, aber das wirkt nicht, sie will sich anziehen, sie will wieder fortgehen. Er tobt. Der Jörn über ihre Unber-

befangen: „Bei mir? Ausgeschlossen!“ Und schon rennt er in seine Wohnung, reißt die Türe zur Folterkammer auf, stürzt sich auf sein noch immer auf dem kalten Steinboden lauerndes Opfer, schlägt ihm die Kehle ganz durch, daß es nicht mehr stöhnen kann, und eilt wieder auf den Gang hinaus.

Die Hausbesitzerin findet aber das plötzliche Verstummen der Hilferufe noch verdächtiger und läßt die Polizei holen. Singer entfernt sich eilig, setzt sich im gegenüberliegenden Kaffeehaus ans Fenster, sieht, wie Polizei und Rettungsgesellschaft kommen und sich immer mehr Menschen vor seinem Wohnhaus ansammeln. Er schlürft langsam seinen Mokka, geht eine Weile spazieren und stellt sich dann der Polizei.

Gemma Matyas lebte noch, als sie auf die Klinik gebracht wurde. Aber sie konnte nicht sprechen. Man gab ihr deshalb Papier und Bleistift und sie schrieb mit zitternder Hand darauf: „Ich wurde gelockt, mir ist die Kehle durchgeschnitten.“ Sie wurde operiert, starb aber drei Tage später.

## Wird der Film breiter?

Die größten amerikanischen Filmfabriken, wie Fox-Film, Paramount, Warner Brothers und Spoor stellen neuerdings Filme her, die bedeutend breiter sind, als die bisher verwendeten. Bezug das Normalformat, das am Anfang der Filmindustrie ganz zufällig festgelegt wurde, 30 mal 40 Millimeter, so soll jetzt das neue Format des Filmbildes der Fox in der Breite von 70 Millimetern, Paramount in einer solchen von 64 hergestellt, bessere



Moderna Tierschlachtung in München

Im Münchener Schlachthof werden zurzeit bemerkenswerte Versuche mit einer Vorrichtung gemacht, durch die die zum Schlachten bestimmten Tiere vorher durch einen starken elektrischen Schlag betäubt werden. Die Anlage besteht aus einem Förderkorb, in den das Tier, in unserem Bilde ein Schwein, gebracht wird, und der dann hochgezogen und gekippt wird, so daß das Schwein in die „Falle“ rollt, wo es mit dem elektrischen Strom in Berührung kommt. Die „Falle“ und der Aufzug können bequem von einem Mann bedient werden. Die Anlage arbeitet so rasch, daß mit Leichtigkeit 200 Schweine in der Stunde betäubt werden können.

## Die Herren Millionäre

Die Herren Millionäre haben nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes in Deutschland die stattliche Zahl von 2466 mit einem Gesamtvermögen von 5 580 000 000 Mark erreicht. Das Jahr 1927 hat eine Zunahme von 130 Leuten gebracht, die mehr als eine Million Mark besitzen. Allerdings sind bei dieser Zahl auch die sogenannten „juristischen Personen“, also Firmen, Banken usw. eingerechnet.

Noch immer sind die Fürstlichkeiten, die 1918 zum Teufel gelagt wurden, diejenigen, die über das größte Vermögen verfügen. Die Republik hat ja auch alles getan, um diesen Herren ein gutes Leben zu sichern. So hat Wilhelm der Ausreißer für seinen Lebensabend 180 Millionen zur Verfügung, die ihm unsere Republik, die so freigebig ist, wenn es sich nicht um Protesten handelt, nachgeworfen hat. Fürst Thurn u. Taxis kann 200 Millionen verzeihen. Die Fürsten Hohenlohe, Dehringen, Fürstenberg, Henkel zu Donnersmarck und der Fürst von Pleß haben ein Vermögen von je 100 Millionen. Alle diese Burschen haben ihr Geld, das sie schon vor der Revolution aus dem Volke gepreßt haben, natürlich in die republikanische Industrie oder Landwirtschaft gesteckt. So trägt das Raubrittertum der früheren Herrscher auch heute noch seine Früchte. Unbeschadet dessen, ob an der Spitze des Staates irgend ein Kurfürst, Wilhelm oder Ebert steht.

## Leben der Kristalle

Die Beobachtungen des Wiener Physikers Prizbram scheinen die schon längere Zeit herrschende Ansicht erneut zu bestätigen, daß die Kristalle ein gewisses „Leben“ haben. Er stellte nämlich fest, daß Steinsalzkrystalle, die gepreßt, also in ihrer Struktur verändert und dann mit Radium bestrahlt werden, eine dunkelgrün-gelbe, bis schwarze Farbe annehmen, die nach einigen Tagen von helleren Streifen unterbrochen wurde. Diese hellen Streifen dehnten sich langsam über das ganze Gebiet der zerfällten („verwundeten“) Struktur aus. Die Schnittflächen zeigen wieder die ursprüngliche Struktur. Der Kristall stellte also aus eigener Kraft kein ursprüngliches Gefüge wieder her. Das zeigt, daß er, wie jeder andere lebende Organismus, auf Vermundungen oder Amputationen reagiert, also zumindest eine Formkraft, wenn vielleicht auch kein eigentliches Leben im gewöhnlichen Sinne besitzen muß. Jedenfalls bieten diese Beobachtungen einen interessanten Einblick in das Leben der anorganischen Materie.



Das Mikrophon im Flugzeug

Der Süddeutsche Rundfunk übertrug dieser Tage von Bord des „Do X“ ein Unterhaltungsprogramm sowie Unterredungen mit den Führern und Erbauern des größten deutschen Flugbootes. Unser Bild zeigt das Mikrophon in der Führerkabine des Luftriesen.

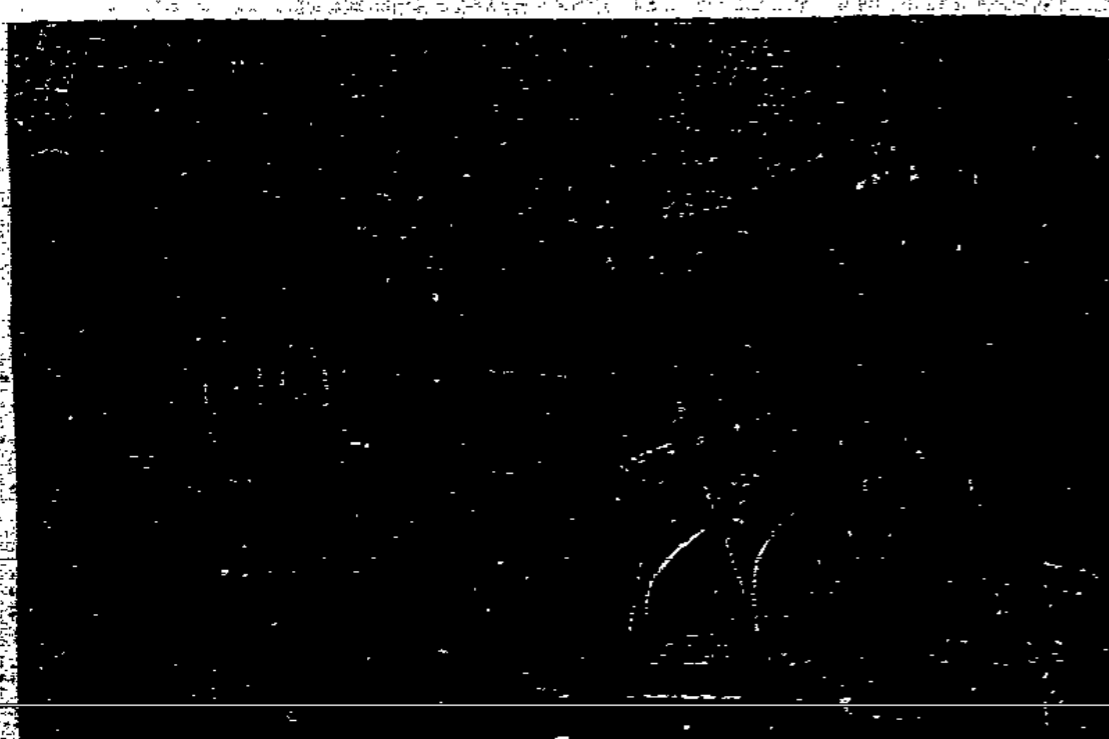
Möglichkeiten eröffnen. Vor allem kommt ein breiterer Filmstreifen der Tonfilmindustrie, die in Amerika einen kolossalen Aufschwung nimmt, sehr zugute. Durch die Vergrößerung des Filmbildformats ist es nämlich möglich, auch den Streifen für die Tonaufzeichnung, der neben dem eigentlichen Bild einherläuft, wesentlich zu verbreitern. Dadurch werden alle Tonverzerrungen und störenden Geräusche, die durch Schichtverletzungen auftreten, auf ein Minimum herabgesetzt. Aber auch photographisch soll der neue Film den Vorzug vor dem alten Format verdienen. In einem größeren Filmbild können selbstverständlich mehr Einzelheiten Platz finden, die Projektion auf der Leinwand kann bedeutend größer werden, wodurch auch die plastische Wirkung des Bildes gewinnt.

Für den neuen Film werden auch neue Projektoren benötigt, die bereits kerienweise hergestellt werden. Dabei ist es interessant, festzustellen, mit welcher Schärfe die großen amerikanischen Filme gegen den alten Normalfilm vorgehen: Die neuen Projektoren können für Normalfilm nicht verwendet werden; schon aus diesem technischen Grunde ist er also ausgeschlossen. Ob freilich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Umstellung der ganzen Filmproduktion nicht auf zu große Schwierigkeiten stoßen wird, bleibt dahingestellt. Jedenfalls ist dem Normalfilm in der ganzen Welt ein harter Konkurrenz erwachsen.

Regungslos liegt die Besessene am Boden, der Bluterluff hat sie geschwächt, sie schreit nicht mehr um Hilfe. Der sieghafte Mann legt sich auf sein Bett, raucht eine Zigarette an und fängt nach, was nun zu machen sei. Sie muß weg. Aber wohin? Zunächst in die Folterkammer. Das ist ein kleiner, an das Schlafzimmer anschließender Raum mit Steinboden, ohne Fenster, ohne Licht, ohne Luft. Die Türe hat auf der Innenseite keine Klinke; wenn sie einmal drin ist, kann sie nicht wieder heraus. Das ist die Kammer, in der Richard Singer die Widerstandstagen zu säubern pflegt. Er packt sie nun und schleift sie in diese Kammer, nachdem er ihr Hände und Füße mit einer Schnur gefesselt hatte. Spitternacht liegt das arme Weibchen, aus der klaffenden Halswunde kauerndes Blutend, auf dem eiskalten Steinboden. Er raucht eine Zigarette nach der anderen. Der Vorrat geht aus. Er kann ohne Zigarette nicht denken, er muß welche haben. Er geht ins Kaffeehaus. In der frühen Luft des Märzabends werden die vagen Ideen, die er in seiner dumpfen Schlafkammer ausgebetet hatte, mit einem Male stillge. Erleichtert stummt er auf: jetzt hat er's. Er holt aus seiner Wohnung eine Hacke, geht in den Keller hinunter, dessen Boden mit einer ziemlich hohen Schicht von Mist und Gerümpel bedeckt ist, und fängt gleich an, ein Grab für die Gemma Matyas zu schaufeln, die noch nicht tot, nur keine Gefangene ist. Mit der Mistgabel wird er bald fertig, aber das Schreien ist hart, es gibt nicht nach. Schweiß träufelt von seinem Antlitz, er grübt und grübt und kommt nicht weiter. Nach einer halben Stunde vergeblicher Arbeit gibt er den Plan auf, wirft die Hacke weg und geht hinauf in die Wohnung. Er raucht und fängt und kann nicht zu einem Entschluß kommen. Bange Stunden vergehen so. Er raucht, raucht, ohne Ende.

Wieder ist der Vorrat ausgegangen, er muß hinunter ins Kaffeehaus. Es ist schon Morgen, die Stadt ist zu neuem Leben erwacht. Mit gleichgültiger Miene fliehen die Menschen an ihm vorbei: man hat ihn nicht erkannt. Er blättert hastig die Zeitungen durch: man weiß noch nichts, woher denn? Es ist noch nicht zu spät.

Wieder hinauf. Kaum ist er am Gang des ersten Stockwerkes angelangt, da ruft ihn schon die Hausbesitzerin an: „Da, unterhalb meines Schlafzimmers, ruft jemand fortwährend nach Hilfe, da mach was possieret sein!“ Singer wagt sich zusammen und erwidert ganz un-



Links: Vor der Eröffnung der Zugspitzbahn. Die deutsche Seite der Zugspitzbahn zwischen Garmisch und Eibsee soll in den nächsten Tagen bereits in Betrieb genommen werden. Unser Bild zeigt die ersten Probefahrten. Im Hintergrund sieht man die Wettersteinwand. — Rechts: Die kleinste deutsche Gemeinde ist die Bergmüne Regenstein bei Blankenburg im Harz, die sage und schreibe sieben Einwohner zählt. Der Regenstein ist eine ehemalige Raubritterburg, die noch heute viele in Sandstein gehauene Gewölbe enthält. Auch eine Folterkammer ist noch vorhanden. Vom Regenstein aus hat man eine wundervolle Aussicht auf den Harz und die nördlichen Vorberge. Nach allen Seiten fallen die Felsen steil ab.



# Breslau

**Sonnabend, 19 Uhr  
Gründungsveranstaltung  
der Roten Arbeiterwehr West**

Kassieren der „Roten Knüttel“ — Große Tombola — Lang  
Eintritt 60 Pfg. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

## Wer stellt „Mißbedürftigkeit“ fest?

Ein Arbeiter von der Schenkener Straße 48, verheiratet und Vater von zwei Kindern, teilt uns folgenden Tatbestand mit: Ich bekomme 17,40 Mark wöchentliche Unterstützung. Da ich mit diesem Geld selbstständig nicht einmal die notwendigen Lebensmittel, viel weniger erst Kleidung kaufen kann, beantragte ich beim „Wohlfahrtsamt“, mir einige Kleidungsstücke zugunehmen. Das wurde abgelehnt. Nicht einmal, sondern des öfteren, da ich die Anträge wiederholte. Der Merkwürdige bei diesen Ablehnungen war, daß sie erfolglos, weil angeblich festgestellt worden sei, daß ich noch genügend Sachen hätte. Tatsächlich ist aber in keinem einzigen Falle ein Ermittler bei mir gewesen. Auf Grund welcher Informationen erfolgten also die ablehnenden Bescheide? Oder hat man, was ich annehme, einfach ein gebrauchtes Formular schematisch ausgefüllt, ohne überhaupt den Versuch einer Nachprüfung zu machen?

## Hat er das nötig?

Es fragt man sich, wem man in der gestrigen „Tagespost“ liest, daß der Oberbürgermeister beim Beschnürungsverein ist. Da so schämen ist es doch noch nicht, und selbst wenn es so wäre, schreit man nicht darüber.

Es ist bei genauerem Lesen der betreffenden Notiz haben wir begreifen, daß Herr Dr. Wagner nicht zu privaten Zwecken den Beschnürungsverein aufsuchen wird, sondern dienstlich, um dort eine — Rede zu halten.

## Heraus aus der Kirche

müß für jeden proletarischen Klassenkämpfer eine Parole sein, die er überall zu verbreiten hat. „Religion ist Opium fürs Volk“, und die Kirchen sind die stärksten Stützen der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft. Wer für die Befreiung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kämpfen will, muß auch gegen die Kirche kämpfen. Hunderttausende haben innerlich längst mit der Kirche gebrochen, aber aus irgendeinem Grunde ihren Austritt aus derselben noch nicht vollzogen. Die Kirche beruft sich nicht nur bei ihren Forderungen auf jene ungeheure Menge Gleichgültiger, die heute noch Mitglieder der Kirche sind, sondern erhebt auch noch die Kirchensteuern von ihnen.

Sinnlos mit dieser Gleichgültigkeit. Jeder revolutionäre Klassenkämpfer muß ein Todfeind der Kirche sein. Wer im nächsten Jahre von der Kirchensteuer befreit sein will, muß seinen Austritt unverzüglich, aber bis spätestens 31. Dezember, beim Amtsgericht oder bei einem Notar erklären haben.

## Beschluß des Magistrats:

# Weihnachtsbeihilfe wird abgelehnt

Breslau, 7. Dezember.

Wie das Städtische Pressamt mitteilt, hat der Magistrat in einer am Freitag abgehaltenen Sitzung beschlossen, die von den Erwerbslosen geforderte Weihnachtsbeihilfe abzulehnen. Begründet wird der Beschluß mit der üblichen Lebensart von dem Mangel an Mitteln. Um die empörenden hungernden Erwerbslosen zu beschwichtigen, wird gleichzeitig hinzugefügt, daß der Magistrat gewillt ist, „besonders notleidenden Erwerbslosen, die entsprechende Anträge stellen, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel Beihilfen zu gewähren“. Wer das Schneidenempe der Instanzen und die Rigorosität der städtischen Ermittler und Schnürer kennt, der weiß, daß diese Versprechungen blauer Dunst sind. Sollten die Erwerbslosen warten, bis die Freistellen diese Altsenbände angelegt und den „Fall geprüft“ haben, dann könnten sie verhungern. Und sollte hier und da dem einen oder anderen Erwerbslosen wirklich eine Beihilfe gewährt werden, so ist den Massen der Arbeitslosen damit nicht gedient.

Charakteristisch für die Methode des Magistrats, die Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger durch hohle Versprechungen über individuelle Hilfe zu täuschen, ist die Sabotage der Stadtverordnetenbeschlüsse. Bekanntlich hatte die kommunalistische Stadtverordnetenfraktion vor den Kommunalwahlen den Antrag gestellt, die Richtsätze um 20 Prozent zu erhöhen. Die Sozialdemokraten bezeichneten diesen Antrag als zu weitgehend und unerfüllbar, sie beantragten eine zehnprozentige Erhöhung. Dieser Antrag wurde angenommen. Nunmehr aber weigert sich der Magistrat kategorisch, diesen mehr als beschwebenden Antrag durchzuführen. Derselbe bürgerlich-sozialdemokratische Magistrat, der eine halbe Million für die „Wuma“ hinausgeworfen hat, der 600 000 Mark für das Stadttheater bewilligt, der den Stadträten bei Bemessung von Gehalt und Ruhegehalt rückwirkend die Dienstzeit in anderen Betrieben anrechnet, der nicht daran denkt, in der Zeit der größten Not der Massen an den Bürgermeistern, Gehältern und Gehältern der anderen hohen Beamten zu sparen, er erklärt sich plötzlich für zahlungsunfähig. Wir stellen vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit die Frage:

Wie haben die sozialdemokratischen Stadträte in der Freilegung des Magistrats gekümmert? Was haben sie getan, um die Durchführung des Stadtverordnetenbeschlusses zu erzwingen? Sind die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder bereit, sich vor den hungernden Massen heute auf dem Schloßplatz zu veranbieten?

Die heutige Kundgebung muß eine wichtige Massendemonstration werden. Der Regierung, dem Magistrat, dem Oberbürgermeister, der mit Schupo und Klassenjustiz droht, muß heute die Antwort der Massen gegeben werden. „Wir werden euch mit dem Bajonett aus dem Parlament herausstoßen“ hat der sozialdemokratische Abgeordnete Bauer in der Mittwochsitzung des Reichstages den Kommunisten zugerufen. Der „Demokrat“, Oberbürgermeister Wagner, hat diese letzte kapitalistische, sozialfaschistische Weisheit in dieselbe Form, aber in andere Worte gekleidet. Dem Severing, dem Baur, dem Döber, dem Wagner, dem ganzen Geschmeiß, das im warmen Zimmer bei hohen Jahresgehältern sitzt und gegen hungernde Erwerbslose die Bajonette bereit hält, muß heute klargemacht werden:

Das Breslauer Proletariat läßt sich nicht einschüchtern. Es kämpft weiter mit allen Mitteln bis zur Erfüllung seiner Forderungen.

Gemacht, ihr Herren! Wenn ihr glaubt, euer Weihnachten, bei vollen Tischen zu feiern, während draußen die Massen der Erwerbslosen hungern auf der Straße stehen, dann sagen wir, ihr müßt euch! Die heutige Demonstration ist der Anfang der Mobilisierung der Armee der Hungernden. Die Demonstrationen werden wiederholt und verstärkt werden. Der Klang eurer Weihnachtsglocken, euer Geplärr vom „Friede auf Erden“ wird überdünnt werden durch den Schrei der Massen nach Brot und Arbeit. Kein Frieden auf Erden. Keine Feiertagsharmonie und -bühnen! Nicht Frieden, sondern Kampf der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, Kampf dem Zuchtsträßen, Kampf dem Sozialfaschismus, Kampf der Ausschüngerungspolitik von Regierung und Magistrat. Dafür geht auf die Straße.

# Ein Kind lebendigen Leibes verbrannt

Ein furchtbarer Unglücksfall ereignete sich gestern, Freitag, in der ersten Stunde im Hause Bergstraße 9. Die dort bei ihren Eltern wohnende fünfjährige Gerda Thiem spielte mit mehreren anderen Kindern Versteck. Dabei sonderte sich die kleine Gerda ab; ihr Verschwinden wurde von ihren Spielgefährten nicht weiter beachtet, da man annahm, daß sie sich zu Hausbewohnern begeben hätte. Als zufällig ein Hausbewohner die Rückerttreppe herunterging, bot sich ihm ein erschütterndes Anblick. Das Mädchen lag auf der Treppe

mit dem Kopf nach unten, die Kleider waren zum Teil verkohlt, der Unterkiefer war angebrannt. Das Kind gab keinerlei Lebenszeichen mehr von sich; neben ihm wurde eine Schoffel mit Streichhölzern vorgefunden, mit denen es vermutlich gespielt und dabei seine Kleider in Brand gesetzt hat. Ein Arzt stellte den Tod des Mädchens fest. Die Leiche wurde nach der Anatomie gebracht. Die Eltern des Mädchens befinden sich beide in Arbeit. — Proletarierkinderlos!

## Zur Dienstagkundgebung: Zehn Jahre Kommunistische Jugend-Internationale

# Aus den Anfängen der Breslauer proletarischen Jugendbewegung

Von Artur Dombrowski

In den Jahren 1906/07 entstanden in Preußen die ersten proletarischen Jugendorganisationen. Aus dem „Verein der Berliner Lehrlinge und jugendlicher Arbeiter“ entwickelte sich die „Freie Jugendorganisation“ und nach Gründung zahlreicher Ortsgruppen in den Provinzen die „Verbindung freier Jugendorganisationen“. Zur selben Zeit wurde im Süddeutschland, wo das Vereinsgesetz weniger reaktionär war und größere politische und vor allen Dingen antimilitaristische Beeinflussung der Proletarierjugend ermöglichte, der „Verband junger Arbeiter“ mit dem Sitz in Mannheim gegründet. Die „Freien Jugendorganisationen“ mußten dagegen, um nicht der polizeilichen Aufsicht zu verfallen, auf Grund des erzkonservativen preussischen Vereinsgesetzes, das jede politische Betätigung Jugendlicher unter 18 Jahren verbietet, in ihren Statuten zum Ausdruck bringen, daß sie die Förderung von Bildungsbestrebungen sowie Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter bezweckten. Nicht nur die öffentlichen Versammlungen der Jugendorganisationen, sondern auch die Mitgliederversammlungen wurden vollständig überwacht. Die Beauftragten, eifrig notierende Kommisars, wachten mit Argusaugen darüber, daß keine „Politik“ getrieben wurde. Es war keine leichte Aufgabe für die Referenten in den Jugendversammlungen, ausgehend von den Tagesinteressen der jugendlichen Arbeiter, die Fragen des Klassenkampfes in so geschickter Weise zu behandeln, daß die überwachenden Kommissare keine Gelegenheit hatten, die verbotene „Erörterung öffentlicher und politischer Angelegenheiten“ zu konstatieren und der Jugendorganisation den Strich zu drehen.

Die in Legalität erstarrten Partei- und Gewerkschaftsinstanzen handten zu einem erheblichen Teil den proletarischen Jugendorganisationen, aber denen ständig das Damoklesschwert der Aufsicht und das der Verhaftung der Referenten in diesen Versammlungen hing, teils passiv, teils ablehnend gegenüber. Hinzu kam, daß den verlassenen Jungen die selbständige politische Betätigung der proletarischen Jugend ein Greuel war. Sie wollten von Anfang an die proletarische Jugendorganisation auf das Niveau sogenannter Bil-

dungsvereine herabdrücken, bei denen die Alten in herablassender Weise zu „belehren“, die Jugendlichen aber zu hören und zu gehorchen und innerhalb der Organisation die Rolle der geduldeten Konzeptionschulzen zu spielen hatten. Ich erinnere mich noch sehr genau eines Gesprächs, das ich 1906 mit dem damaligen sozialdemokratischen Parteisekretär Neulirch wegen Gründung einer Jugendorganisation in Breslau geführt hatte. Wir sprachen über den Zweck der Jugendorganisation. Neulirch sagte, die Organisation müsse vor allen Dingen Bildungsbestrebungen zum Ziele haben. Als ich darauf erwiderte, das genügt nicht, Zweck der Organisation muß in erster Linie Kampf gegen die Lehrlingsausbeutung und die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen jugendlicher Arbeiter sein, war Neulirch recht wenig erbaut davon. Die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, sagte er, ist ausschließlich „Sache der Gewerkschaften“. (Später gründeten die Gewerkschaften Jugendabteilungen, die neben den „Freien Jugendorganisationen“ bestanden und diesen entgegenarbeiteten.

dem Lehrlingschutz war in diesen Abteilungen aber nie die Rede, dafür wurde die Pflege bürgerlicher Halb- und Viertelbildung betrieben.) Um zu einer Verständigung zu gelangen, schlug ich Neulirch vor, die Statuten der Berliner Freien Jugendorganisation einzufordern. Ich schrieb an Max Peters, den Leiter der Berliner Organisation, und ging wieder zu Neulirch, der die Statuten gewissenhaft zu den frisch angelegten Akten „Jugendorganisation“ hinzufügte.

Das war im Frühjahr 1906. In den darauffolgenden Monaten schrieb ich wiederholt an Neulirch, suchte ihn auch mehrmals in seinem Büro in der Neuen Graupenstraße (in den Räumen der „Vollmacht“-Redaktion) auf und drängte auf die Gründung der Organisation. Neulirch verdrödete mich von Monat zu Monat. Als ich im August wiederum im Parteisekretariat, in dem eine Anzahl Besucher bereits auf ihn wartete, erschien, rangte er mich an: „Was wollen Sie denn schon wieder, Sie sehen doch, daß ich andere Arbeit habe.“

Die Gründung der Breslauer Jugendorganisation erfolgte dann im Januar 1907. Nicht das sozialdemokratische Parteisekretariat, nicht die Gewerkschaftsinstanzen, die Breslauer jugendlichen Arbeiter selbst gründeten ihre Organisation. Eine Anzahl jugendlicher Arbeiter, Mitglieder einer Abteilung der „Freien Turnerschaft“, trafen die ersten organisatorischen Vorbereitungen, ließen Handzettel drucken und holten Max Peters nach Breslau, der in einer öffentlichen Versammlung zu den Breslauer Jungarbeitern sprach. Trotzdem einige ältere Genossen — darunter auch Führer der „Freien Turnerschaft“ — ihre Bedenken äußerten, wurde die erste proletarische Jugendorganisation gegründet. (Fortsetzung folgt.)

# Jeden Monat bis zu 200 schwere Diebstähle

In vergangenen Jahr ein Drittel, in diesem die Hälfte von ihnen aufgeklärt

Ein Ausbruch größter Not ist immer das Vorhandensein einer hohen Kriminalitätsrate. Das, was so der fette Bürger „verbrecherische Instinkte“ nennt, erweist sich bei näherem Zusehen ja leider allzuoft als Folge bitterster Not und größtem Elend.

Unter diesem Gesichtspunkt muß man auch die von der Breslauer Kriminalpolizei herausgegebene Statistik der sogenannten „schweren Diebstähle“ betrachten, die Aufschluß gibt über ihre Gesamtzahl und die Verteilung auf die einzelnen Monate.

Im Jahre 1928 wurden insgesamt 2121 „schwere Diebstähle“ begangen. In keinem Monat wurden weniger als 100 gezählt. An der Spitze steht der August mit 232. Ganz offensichtlich kommt in

dieser Statistik das „Arbeiten“ berufsmäßiger „Berienkolonnen“ zum Ausdruck, die die Abwesenheit vieler Wohnungsinhaber ausnützen. Der Monat der niedrigsten Zahl ist der November mit 131. Die übrigen Monate schwanken um 170 bis 180 herum. Von den 2121 „Fällen“ wurden nur 732, also noch nicht ein Drittel, aufgeklärt.

Für das Jahr 1929 liegen bisher erst die Zahlen des ersten zehn Monate (Januar—Oktober) vor. Die Statistik des Vorjahres wird nicht ganz erreicht werden, denn bisher haben sich „erst“ 1081 betragender Diebstähle ereignet, von denen 917, also diesmal die reichliche Hälfte, aufgeklärt wurden.

# Gegen die Aushungerung der Erwerbslosen

Es sprechen: der aus der Reichstagsitzung ausgeschlossene schlesische Reichstagsabgeordnete Genosse **Ottomar Gejke**, ferner die Vertreter des Landeserwerbslosen-Ausschusses

für Brot und Arbeit, für Weihnachtsbeihilfe und höhere Unterstützungen, gegen das Terrorgesetz zur Unterdrückung des Proletariats und zum Verbot der kommunistischen Partei Deutschlands

**marschieren das Breslauer Proletariat heute Sonnabend, nachm. 3,30 Uhr, auf dem Schloßplatz auf!**

Sammelplätze: Sriedauer Platz, Leichbäder, Brodauer Platz, Weingärtnerplatz, Bauschulplatz — Abmarsch von allen Sammelplätzen um 3 Uhr.

# Waldenburger Bergland

## Aus der Geschichte der Bergarbeiter-Zahlstelle Weißstein

Am Sonntag, den 10. d. M., findet im „Deutschen Hause“ die Generalversammlung der Zahlstelle Weißstein des Bergbau-Industrieverbandes statt. Jeder Bergmann muß an dieser Versammlung teilnehmen, da hier die Ortsverwaltung neu gewählt wird. Nachher gehen wir eine Besichtigung des Ammersees u. a. m. wieder, bis zu den schwebenden Felsen Gellings.

Da die Zahlstelle Weißstein eine der größten Zahlstellen des ganzen Bergbauverbandes ist, lohnt es sich, mit ein paar Worten auf die Bedeutung der Ortsverwaltung einzugehen. Im Jahre 1928 wurde die Zahlstelle von der Opposition mit überwältigender Mehrheit erobert. Die Zahlstelle hatte mit Empörung die reformistische Ortsverwaltung abgelöst, da sie nicht gewillt war, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Die Führer der reformistischen Ortsverwaltung und ihr Anhang den Verlust dieser Zahlstelle empfanden sehr, das beweist jedes Jahr die Generalversammlung. Mit den erdenklichen Mitteln versuchen sie den Schicksal wieder zurückzugewinnen. Es kommt dabei auch gar nicht darauf an, selbst die Beschlüsse von Stößen und den Generalversammlungen zu brechen, die man zum Schutze der Organisation gegen die „Verbandsführer“ fassen ließ. Die Bezirksleitung hatte im Vorhinein Kamradt von dem Austritt der sozialdemokratischen Fraktion.

Sie hat aber nichts dagegen unternommen. Im Gegenteil, die angeführte Versammlung, wo die Wahlen zur Ortsverwaltung vorgenommen werden sollten, wurden von der Bezirksleitung auf Betreiben der SPD-Fraktion kurzfristig unterbrochen. Man schaute sich nicht, als Grund angegeben, daß die angeführte Versammlung eine Überumpelung der anderen Kammer wäre. Trotzdem die Reformisten bis zur angeführten Generalversammlung 14 Tage Zeit hatten, waren sie nicht in der Lage, die Ortsverwaltung zu erobern.

Mit überwältigender Mehrheit ging die alte Leitung aus der Wahl hervor. Was ist es nun dieses Jahr? Die Ortsverwaltung unserer Zahlstelle hat in ihrer Sitzung beschlossen, die Mitgliedschaft einzufrieren zu lassen.

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Weißstein fordern wir auf, den Beschließern von der Sozialdemokratie nicht die Stimme zu geben. Man weiß zu gut, daß eine reformistische Ortsverwaltung nur nach dem Willen der Bezirksleitung handelt. Setzt das Vertrauen nach wie vor in die Opposition! Die Bezirksleitung schickte Kamradt auf Schützen, um dieses Jahr Kandidaten präsentieren zu können. Die Kamradt wissen, was sie von solchen Postenägern zu erwarten haben und müssen sie ablehnen.

Die sozialdemokratischen Funktionäre traten im Oktober des vergangenen Jahres für Unterbrechung unter dem schändlichen Schlichtungsbitte ein. In diesem Jahre traten sie wiederholt gegen Verlängerung der Arbeitszeit auf, indem sie die Kündigung des Ueberarbeitszeitbestimmens ablehnten. Sie lehnten die ausgedehnten Vereinbarungen zum Mantelartikel. Sie stimmten gegen den Vorschlag der Opposition, als Hauptforderung zur Fragestellung des Lohnsatzes 7,50 Mark Hausmeisterbesoldung zu verlangen und die anderen Gruppen entsprechend einzufrieren.

Dieser „Funktionäre“ keine Stimme! Schert euch um die revolutionäre Opposition! Wählt nur oppositionelle Kamradt in die Ortsverwaltung!

### Oberes Revier

Kochbuch. Eine Einwohnerversammlung, die von der kommunistischen Partei einberufen und gut besucht war, nahm Stellung zur Wahl des Gemeindevorstandes. Das Referat hielt der Genosse Schulz-Dittersbach. Der ausführliche Bericht veröffentlichen wir am Montag.

Geheim. „Begrüßung in der Heimat“ Der vor etwa einem Jahre unter Hinterlassung einer Schuldenlast von 20000 Mark durchgebrannte blühende Schicht Blüthe ist auch seiner Verfassung in Salzburg jetzt nach Waldenburg übergeführt worden. Wie wir hören, haben ihm von Arbeit kommende Freizeiter Arbeiter am Bahnhof eine „Begrüßung in der Heimat“ gesendet. Wie bekannt, hat Frau Blüthe bisher in brieflichen Verkehr mit Blüthe gehalten und nun auch Geld gesendet.

### Freiburg

Geht den Kindern der proletarischen politischen Gefangenen. U. a. Drei Wochen trennen uns nur noch von dem sogenannten Hof der Liebe, „Weihnachten“. Die deutsche Klassenjustiz verurteilt in diesem Jahre Tausende von Arbeitern zu vielen Jahren Zuchthaus und Gefängnis. Diesen Klassengegnern und ihren Familien zu helfen ist unsere nächste Aufgabe. Helft uns, den Kindern eine Weihnachtsfeier zu bereiten. Geld, Kleidungsstücke und Lebensmittel nimmt jeder Funktionär entgegen. Es müssen auch an den Genossen R. Schneider, Sandstraße 1, geschickt werden. — Rote Hilfe.

### Schweidnitz

Wenn ich Direktor wäre . . . . .  
Herr Schöberle aus Herrn Schöbers Reich  
Herr, der Kaufmann im Büro, ist Wandervogel. Für einen Ausflug benötigt er Urlaub von Herrn Schöber. Er klopft, tritt in den Raum und sagt: „Herr Direktor, ich bin Wandervogel und brauche Urlaub.“ Das sagt Herr Schöber nicht. „Wenn man so jung ist, wie du, dann tritt man anders vor seinen Direktor. Das werde ich dir einmal vormachen.“ Schöber geht hinaus, Max sitzt in den Sessel des Herrn Direktors. Es klopft. „Herrin.“ Schöber wagt an der Tür einen tiefen Nicken: „Guten Morgen, Herr Direktor.“ Max (ganz langsam): „Morgen.“ Schöber: „Ach, Verzeihung, Herr Direktor, ich gehöre dem Herrn Wandervogel an, wir wollen einen Ausflug machen. Wenn Herr Direktor gestatten würden, würde ich mich daran beteiligen. Darf ich bitten für diese Zeit um Urlaub bitten?“ Max sagt auf, klopft Schöber auf die Schulter: „Aber freilich, mein Sohn, und den nächsten Tag gebe ich auch frei, damit du dich auskühlst.“ Max sagt für den Tag 10 Mark aus der Kasse für meine Rechnung geben, und was darüber ist, gib mir an, damit ich es dann ausgebe.“  
Wer kann ich bei dieser Ansprache seines Vorgesetzten da nicht hat Recht des Herrn Schöber vorstellen?

Übertriebene Zustände in den Fortbildungsschulen  
U. a. In den Schweidnitzer Fortbildungsschulen bestehen Zustände, die man nicht beschreiben kann, so unglaublich sind sie. Die Anrede „Sie“ gibt es nicht einmal in der Oberstufe. Es wird geprügelt und bestraft. Ein Jungarbeiter berichtet uns, daß ein Maurerlehrling demütig geprügelt wurde, daß ihm die Jacke zerlegt und die Knöpfe abgerissen wurden. Der Beehliger war in seiner Arbeit so überanstrengt, daß er die Turnübungen vor Müdigkeit nicht ausführen konnte. Zwei andere, die gelitten, wie lächerlich ihnen dieser Prügelheld erscheint, erhielten durch die Polizei „Strafbescheide“. Demnächst folgen andere Berichte, die das System, das unter Rektor Stein herrscht, an den Pranger stellen.

Alle Versprechungen „vergessen“  
U. a. Raum sind die Wahlen vorüber und schon haben auch die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten ihre Wahlversprechungen „vergessen“. So geht es auch dem Verbandsekretär Hillich von Saarau. Dieser Aushalter konnte nie genug Versprechungen

## Wieder Kurzarbeit in der Textilindustrie

Ein Verbandstextilarbeiter schreibt uns: Bei den Firmen Schließische Textilwerke, Rechner & Frahn und bei Kinkel (alle in Landeshut) wird seit kurzem wieder 32 bzw. 24 Stunden wöchentlich gearbeitet. Nebenher erfolgen noch Entlassungen. So bekamen bei der Firma Kinkel gegen 30 Personen diese Woche die Kündigung zugeleitet. Auf der einen Seite Einführung des Drei- und Vierstufigen Systems, Druck auf die Arbeiter zu verschärfter Ausbeutung, dabei Löhne, die jeder Beschreibung spotten.

Wochenlöhne von 7, 10 bis 16 Mark sind keine Seltenheit. Auf der anderen Seite Entlassungen auf Entlassungen. Die Gewerkschaftsbürokraten unternehmen nicht das geringste. Ist doch seit Beginn der Absperrung außer der Bluffversammlung im „Auder“ noch keine einzige vom Deutschen Textilarbeiterverband einberufene Versammlung gewesen, trotzdem durch das Vorgehen der Textilindustriellen Grund zur Mobilisierung der Textilarbeiter gegeben wäre. Auch die in der letzten Bezirksgeneralversammlung beschlossene Einberufung einer Mitgliederversammlung wird von den Gewerkschaftsböngern planmäßig sabotiert.

## Wöchentlich nur 3,24 Mark Unterstützung

Ein Waldenburger Arbeiterkorrespondent schreibt uns: Am 1. November trat das neue Gesetz mit seinen Verschlechterungen in Kraft. Neben mit einem Invaliden das Wort. — 52 Wochen zahlte ich ununterbrochen Beiträge in die Erwerbslosenversicherung. Als ich nun nach Arbeitsbeendigung den Antrag auf Erwerbslosenunterstützung stellte, mußte ich erfahren, daß die mir gesetzlich zustehende Unterstützung 3,24 Mark wöchentlich beträgt. Angerechnet wird mir die Knappschichtrente in Höhe von monatlich 87,63 Mark. Auf Grund dieser „schräglichen Pension“, für die ich fast dreißig Jahre hohe Beiträge in die Knappschichtkasse zahlte, und von der ich nun mit meiner Frau ein „sreudiges“ und sorgloses Dasein führen kann, diese Kürzung. Deshalb, weil ich fast dreißig Jahre in der Knappschichtkasse tätig und stündlich dem Tode ausgeliefert war, und nun gezwungen bin, neben der Rente etwas zu verdienen, werden mir von der Unterstützung 13,28 Mark wöchentlich gekürzt. Aber auch die 3,24 Mark sind nicht so leicht zu bekommen. Aus einem entlegenen Ort muß ich dreimal die Woche nach Waldenburg humpeln gehen. Per pedes apostolorum (zu Fuß, wie die Apostel) brauche ich zur Stempelstelle und zurück drei Stunden, also neun Stunden pro Woche. Nicht gerechnet die Zeit, die man vielleicht etwas zu früh dort ist. Man wird nicht vorgelassen und geht dann eben in die Stadt Schaufenster ansehen. Ansehen sage ich, denn nicht das geringste Verlangen kann man stellen. Mit dem ausgefüllten Fragebogen wird man gejagt von der Adyferstraße ins Schützenhaus und von da wieder zur Adyferstraße und so fort.

So geschehen im Jahre des Heils 1929. Und was erlebte ich vergangenes Jahr? Nicht erfüllter Anwartschaftszeit beantragte ich Arbeitsunterstützung, welche das Arbeitsamt Waldenburg ablehnte. Das Landesarbeitsamt übermittelte meine Beschwerde an den Regierungspräsidenten. Am 16. Mai 1929 fand der Termin in Breslau statt, wo mir der Regierungspräsident eine einmalige Unterstützung für die vergangenen Wintermonate bewilligte. Das Arbeitsamt Waldenburg schickte mir vier Wochen später statt der Unterstützung die Aufforderung, eine Arbeit anzunehmen. Nachdem ich also den Winter über dreimal wöchentlich zur Stempelstelle ging, erhielt ich dafür keinen Pfennig Geld, aber Arbeitszwang und Un-

in den Wintermonaten der U. a. machen, und jetzt? Jetzt nicht er die Mitglieder des Verbandes, die von der Erwerbslosenversicherung ausgeschlossen sind und vom Kreiswohlfahrtsamt für eine schicksalvolle Familie für den ganzen Monat 30,10 Mark Unterstützung erhalten, mit den Worten noch Kaufe: „Anderen muß es ja auch reichen. Ihr müßt eben damit auskommen.“ Von diesen 30,10 Mark muß dieser Arbeiter noch 6,30 Mark Miete und 1,80 Mark Abgabepflicht bezahlen. Erst nachdem der Arbeiter bei der Ortsleitung der kommunistischen Partei in Schweidnitz vorgesprochen hatte, und diese eine ganz energische Ausdrücke mit dem Kreiswohlfahrtsamt herbeiführte, wurde ihm wenigstens etwas geholfen.

Da der „Branntwein“ wird seit Wochen gebaut. Wie wir hören, soll jetzt u. a. eine Stiefherhalle & la Gadepter eingerichtet werden. Damit macht dieses Beamtenlokal eine Wendung auf die große Masse der werktätigen Bevölkerung. Die bisherige Knappschicht der Beamten und Gewerbetreibenden scheint nicht mehr auszureichen, um die gewaltige Pachtschulden von 20000 Mark aufzubringen. Jetzt besinnt sich der Richter auf einmal auf die Arbeiterschaft.

Maschinenbrecher verhaftet. In Röllsch m. h. wurde ein Maschinenbrecher verhaftet, der 28jährige Gutwald aus Habelschwerdt. Während er nachts Einbrüche in Gutsböden verübte oder Rindern ausraubte, spielte er in der übrigen Zeit den verführerischen Don Juan. In Weitenhain s. B. warf er mit dem Gelde um sich und veranstaaltete in Gaspärien mit weiblicher Bedienung in Schweidnitz, Breslau u. h. Sektgelage mit seinen Freundinnen.

Kollegen und Kolleginnen! Die reformistischen Gewerkschaftsführer erinnern sich eurer nur dann, wenn es gilt, von euren erbärmlich niedrigen Löhnen höhere Beiträge zu erpressen. Mit Begeisterung, wie die Ausbeutungsfresser der Textilindustriellen abgemehrt werden soll, wie die Mühsände in den Betrieben befristet werden können und wie dem Hinabwurf so vieler Arbeitslosen zu feuern ist, läßt man euch nicht. Das würde ja auch den Burgfrieden, den die Gewerkschaften aller drei Richtungen durch den verdrücklichen Abbruch der letzten Lohnbewegung eingeleitet haben, stören. Die reformistischen Betriebsräte finden die arbeiterschädigenden Maßnahmen der Unternehmer und die passive Einstellung der Gewerkschaftsführer aus persönlichen Eigeninteresse in Ordnung. Jetzt geht es sich so recht, wie richtig selbsteigentlich die Parole der Führung der Wirtschaftskämpfe durch vom Vertrauen der Arbeiter getragene Kampfkommunisten gewesen war und wie verdrücklich jene Handlungen, welche durch ihre Einstellung den Verrätern die Führung in die Hände spielten. Textilarbeiter, lernt aus den Erfahrungen und organisiert den Kampf!

So wird ein armer Mensch wegen einigen Mark Rente und wenigen Pfennigen Unterstützung herumgeschleppt. Und was für Pensionen erhalten frühere monarchistische Generäle? Was für Gehälter schlucken die Minister „Genossen“? Bisshilf mit seinen 30000 Mark und Panzerminister mit 45000 Mark Jahresgehalt außer den Nebenemnahmen wissen nicht von den Mühen der Armisten und schmieden immer neue Gesetze, welche die Lebenslage der Arbeiter verschlechtern. Und die Sozialdemokraten wagen, diese Verschlechterungen als Erfolg hinzustellen. mehrde gestiftet werden. Ein weiterer Antrag an den Reichstag Waldenburg verlangt die Schaffung einer Stempeloberstufe auf dem Sandberg.

### Die Erwerbslosen rüsten zur Landeskonferenz

U. a. Die Erwerbslosen von Rieder-Salzbrenn hatten am Mittwoch ihre Versammlung ab. In den Aufbruch wurden mehrere Kollegen gewählt. Als Delegierter zur Landeskonferenz der Erwerbslosen, die am 14. und 15. Dezember in Breslau stattfindet, wurde Kollege Dantsch einstimmig gewählt. Die Finanzierung der Delegierten durch Sammelkassen wurde beschlossen. Genosse Schulz-Dittersbach hielt ein Referat über das Erwerbslosengesetz. Da das schändliche Verhalten der Sozialdemokraten angesprochen wurde, glaubte der Sozialdemokrat Kleinert durch den Zuruf „Und Ausland!“ sich zu verheerlichen. Darauf hat Schulz in bitteren Ausführungen auch über Ausland berichtet. Der Beifall gungte davon, daß Schulz den Erwerbslosen aus dem Herzen gesprochen hat. Beim letzten Punkt beschäftigte sich die Versammlung mit den Anträgen auf eine Wirtschaftskomitee für Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner. Ein dementsprechender Antrag soll an die Landeskonferenz.

### Landeshut

Der Frau in den Tod gefolgt  
Beim Anzeigen eines Ofens war plötzlich die 28jährige Frau des Stiegelearbeiters Alfred Rinner durch Kohlenoxydgas vergiftet worden, während er selbst gerettet wurde. Jetzt hat er noch dem Anzeigen die Ofenklappe mit Tüchern verstopft, sobald Kohlenoxydgas ins Zimmer drang und er auf die gleiche Weise wie seine Frau verstarb.

Klein-Gemeinde. Schutz den Waisenkindern. Hier sind mehrere Waisenkinder bei verschiedenen Waisen untergebracht. In einigen Fällen ist die Behandlung eine ziemlich schlechte. Wir laden den Kinderbeistand, sehr Beachtung für die Erziehung der Kinder aufzubringen. Im Falle Waisner ist noch besonders zu erwähnen, daß der jetzt achtjährige Sprößling dieses Ortes dem angenommenen Waisenkinder gegenüber unter den Augen der Eltern ein geradezu unheimliches Benehmen an den Tag legt. Wo stehen da die Aufsichtsbehörden?

(Schluß des redaktionellen Teils.)

### Empfehlenswerte Geschäfte in Landeshut

So wenig die Arbeiterschaft infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage zu Weihnachten sich wird leisten können, so soll doch das wenigstens den guten kommen, die nachvollständig gut und recht bedienen. Wir erinnern hier an die Lebensmittelgeschäfte der Firmen Alfred Krebs, Carl Thulmann, Alois Hampel, Carl Wolf, G. Hallmann, L. Rostel, Emil Gläser, sowie des Fleischermeisters A. Puzl und des Bäckermeisters Adolf Kase. Für Kleidung jeglicher Art sind zu empfehlen: Firma Gustav Haack, Kaufhaus Gustav Stief, Siegfried Barasch sowie Adlers Buchf. für Hüte und Mützen. Zigarren und Zigaretten liefert Eugen Beyler, Spirituosen die allbekannteren Firmen Paul Tischner und G. Kofersheim. Berücksichtigt die Insistenten der „Arbeiter-Zeitung“.

## Paul und Ernst

Paul und Ernst sind Arbeiterkämpfer und viele Freunde. Sie arbeiten gemeinsam in der Schmelze. Paul ist Schmelzer, Ernst ist Zugschlichter. Beide sind revolutionär gesinnt, wenn auch noch nicht Mitglied der kommunistischen Partei.  
Eines, während der Pause, erhebt sich Paul und Ernst. Paul: „Du bist doch auch Leiter der „Arbeiter-Zeitung“?“ Ernst: „Selbstverständlich!“ Paul: „Was sagst du mir zu dem neuen Republikantengesetz aus dem Programm der Kommunisten aus dem Reichstags?“ Ernst: „Da bin ich eigentlich nicht unterrichtet.“ Paul: „Wieso? Die „Arbeiter-Zeitung“ hat doch sehr ausführlich darüber geschrieben?“ Ernst: „Ja, das schon, aber . . .“ Paul: „Was, aber?“ Ernst: „Ich kenne mir die „Arbeiter-Zeitung“ mit dem Programm.“ Paul: „Und an den anderen Tagen?“ Ernst: „An den anderen Tagen lese ich das Stadtblatt, schon wegen meiner Frau.“ Paul: „Was, deswegen bist du auch über die laufenden politischen Fragen und Ereignisse nicht unterrichtet. Und doch müßt du es in deinem eigenen Interesse sein.“ Ernst: „Ja, eigentlich hast du recht!“ Paul: „Ruh, was?“ Ernst: „Ich werde heute noch dem Postboten folgen, daß er mir die „Arbeiter-Zeitung“ täglich bringen soll.“

# Die Hauptresolution des Oppositionstongresses

Einstimmig angenommen auf dem Reichstongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 1. Dezember 1929

## I. Kampf gegen den Young-Plan — Für die Diktatur des Proletariats

Der Reichstongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands ruft die gesamte Arbeiterklasse zum Kampfe gegen den imperialistischen Young-Plan, der durch die jährliche Herauspressung von mehr als 2 Milliarden Mark Reparationszahlungen eine ungeheuerliche Belastung der arbeitenden Massen darstellt. Der Kongress ruft zum entschiedensten Kampfe sowohl gegen die Regierungsparteien, insbesondere die Sozialdemokratie, die den räuberischen Young-Plan zum Schaden des deutschen Proletariats abgeschlossen und unterzeichnet hat, als auch gegen die faschistische Front der Hugenberg und Hitler, die unter dem heuchlerischen Anschein eines Kampfes gegen den Young-Plan in Wirklichkeit die Arbeiterklasse genau so verhöhnen und ausbeuten wie die Young-Parteien.

Der Young-Plan kann niemals auf kapitalistische, sondern nur auf proletarische, auf revolutionäre Weise beseitigt werden. Nur die Machtübernahme der Arbeiterklasse, der Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft, die Diktatur des Proletariats, die Errichtung Sowjetdeutschlands vermag gleichzeitig mit der Nationalisierung aller Produktionsmittel auch sämtliche Tributzahlungen an das ausländische Finanzkapital zu annullieren, so wie das proletarische Proletariat in der Sowjetunion mit einem Schlag alle kapitalistischen Auslandsschulden in der Höhe von 30 Milliarden Goldmark für null und nichtig erklärte.

Der Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion zeigt vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt die grandiosen Errungenschaften der proletarischen Diktatur (Erhöhung des Reallohnes um 71 Prozent, vollständige Durchführung des Siebenstundentages und der vierstägigen Arbeitswoche, radikale Verbesserung in den Fragen des Urlaubs, der Sozialversicherung, Milliardenausgaben für neue Arbeiterwohnungen, Beseitigung der gesamten Erwerbslosigkeit innerhalb von fünf Jahren, Verwandlung der Sowjetunion in ein sozialistisches Industrie- und Landwirtschaftsland, Kollektivierung der Landwirtschaft, beispielloser kultureller Aufstieg aller Werktätigen).

## II. Die neue Nationalisierungswelle und die Vereindugung der Massen

Die Durchführung des Young-Planes durch die bürgerlich-sozialdemokratischen Machthaber in Deutschland bedeutet nach außen die Vorbereitung neuer mörderischer Kriege um die Eroberung neuer Absatzmärkte, die Organisierung des Interventionskrieges gegen die sozialistische Sowjetunion und nach innen die Eröffnung eines verstärkten, unerhört brutalen Ausbeutungs gegen die Lebenshaltung der arbeitenden Massen. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Bourgeoisie auf dem Weltmarkt soll durch weitere rückwärtsgehende Nationalisierungsmaßnahmen und durch die Senkung der Konsumtion der breiten Massen herbeigeführt werden, um durch die verstärkte Ausbeutung die Profitrate zu erhöhen.

Die zweite Nationalisierungswelle äußert sich in umfassenden Massenentlassungen, im Raub der Erwerbslosenunterstützung, im Angriff auf alle sozialpolitischen Einrichtungen, in der zwangswiseigen Steigerung der Arbeitsintensität, maßlos verstärkter Ausbeutung, in der Senkung der Löhne durch unmittelbare Lohnherabsetzung und durch die Steigerung der Preise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse, in der Einführung neuer drückender Massensteuern (Kopfststeuer, Biersteuer, Tabaksteuer, Zündholzsteuer und anderer Steuern von Hilfswind), in der sprunghaftesten Erhöhung der Mietpreise, in dem sich in schnellem Tempo weiter vollziehenden Konzentrationsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Zahl der Erwerbslosen steigt fortgesetzt und wird in den nächsten Monaten den riesenhaften Umfang von 2 bis 3 Millionen, dazu eine wachsende Armee von chronischen Erwerbslosen, erreichen. Dabei tritt das Übergewicht der erwerbslosen Arbeiter und der erwerbslosen jugendlichen Arbeiter sehr stark in den Vordergrund, was die Umwälzung in den Betrieben zur Einbeziehung weiblicher Arbeitskräfte widerspiegelt.

Das Tempo des laufenden Bandes wird beschleunigt, die sonstigen Methoden zur Arbeitsintensivierung werden verstärkt (Prämienystem, Abbildung des Affordjstems durch das Prämienystem, Verwendung von besonders leistungsfähigen und gefügigen Arbeitern als Antreiber zur Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung usw. usw.). In immer größerer Anzahl sind die Fälle zu verzeichnen, wo die Arbeiter und Arbeiterinnen unter dem Druck der strapellosen Ausbeutung in den Betrieben gesundheitlich zusammenbrechen; das durchschnittliche Lebens-

alter der arbeitenden Bevölkerung geht immer mehr zurück; die Krankheits- und Unfallhäufigkeit steigen.

Das gesamte Lebensniveau der Massen wird herabgesetzt. Selbst der Bundesvorstand des ADGB muß in seinem Jahresbericht für 1928 die Herabsetzung des Reallohnes zugeben.

Die geringe Erwerbslosenunterstützung wurde weiter herabgesetzt. Hunderttausende Erwerbslose wurden überhaupt von jeder Unterstützung ausgeschlossen. Die Erwerbslosen werden zu Notstandsarbeiten zu Löhnen gezwungen, die weit unter den schändlichen Tariflöhnen bezahlt werden. Der Angriff auf die Erwerbslosenunterstützung soll die Kampfkraft der proletarischen Klasse durch die Steigerung der Konkurrenz unter den Arbeitern vermindern.

Nach dem erfolgten Abbau der Arbeitslosenunterstützung ist die Bourgeoisie bereits zu neuen scharfen Angriffen auf weiteren Gebieten der Sozialpolitik übergegangen.

Abbau der Krankenunterstützung, Einschränkung der Invaliden- und Altersversorgung.

Stärkster Abbau der Kriegsopferversorgung.

Abbau der Wohlfahrtsfürsorge, Beseitigung des Mieterschutzes, Erhöhung der Mieten.

Das sind die nächsten Ziele der sozialen Reaktion.

## III. Sozialfaschismus und Faschismus

Dieser unerhörte Druck auf die proletarischen Massen und die revolutionäre Tätigkeit der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition führen zu einer Steigerung des Kampfeswillens der Massen gegen das kapitalistische Raubsystem. Angefichts der allgemeinen Kabelfälschung der proletarischen Massen, der wachsenden Tendenz zur Organisierung der revolutionären Kräfte und zur Steigerung der Massenkämpfe gegen die Unternehmerrassie sucht die Bourgeoisie unter Anwendung der äußersten und gewaltsamsten Maßnahmen die aufsteigende Massenbewegung niederzuschlagen. Sozialfaschismus und Faschismus sind zwei getrennte Bewegungen, die immer enger miteinander verwachsen und sich das gleiche Ziel stellen: die Herrschaft des Kapitalismus zu festigen und die revolutionäre Bewegung zu vernichten.

Der Sozialfaschismus ist das geeignetste und schärfste Werkzeug der Bourgeoisie und somit der gefährlichste Feind des Proletariats, besonders wenn er sich einer „linken“ Phrasologie bedient. Gestützt auf eine Schicht vollständig korumpierter, mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verwachsener arbeitervogelhaftiger Elemente richtet die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie ihre ganze Kraft darauf, gegen die zum Kampf drängenden Massen mit aller Brutalität aufzutreten, durch sozialdemokratische Polizeipräbidenten mit Waffengewalt freilebende oder ausgesperrte Arbeiter niederzuschlagen und sich als ausgesprochene Streikbrecherorganisations zu betätigen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie beseitigt die letzten Reste der Demokratie in den Verbänden und richtet ein brutales Diktaturregiment auf. Das Koalitionsrecht wird durch die kapitalistische Verstaatlichung der freien, christlichen und kirchlichen Diktaturen der Gewerkschaften für die revolutionäre Arbeiterbewegung beseitigt. Der Kampf um ein wirkliches Koalitions- und Streikrecht muß mit aller Rücksichtslosigkeit aufgenommen werden.

Die sozialfaschistische Entwicklung der Gewerkschaftsbürokratie führt dazu, daß die von den Klassenfeinden des Proletariats — Unternehmer, Schlichter und Gewerkschaftsbürokratie — diktierten langfristigen Tarife zum Werkzeug der reaktionärsten Ausbeuterwillkür werden, die mit Polizei, Klassenjustiz und Streikbrecherorganisationen den Massen aufzugesungen werden sollen. Kein Klassenbewußter Arbeiter darf sich ihnen unterordnen. Im Gegenteil, die Arbeiterklasse muß diese Fesseln sprengen. Die mit dem Unternehmer verbündete Gewerkschaftsbürokratie hat kein Recht zur Abschließung der Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen der proletarischen Massen. Die Festlegung der Arbeitsbedingungen ist allein die Aufgabe der von den kämpfenden Arbeitern selbst gewählten Kampfleitungen.

Zugleich mit dem Sozialfaschismus, dessen Einfluß in wichtigen Industriegebieten infolge der Aktivität der revolutionären Kräfte zurückgeht, fördert und züchtet die Bourgeoisie die faschistische Bewegung. Faschismus, das ist der bewaffnete, terroristische Kampf zur Ausrottung der Arbeiterbewegung, zur blutigen Errichtung des proletarischen Klassenkampfes, zur Errichtung der faschistischen Diktatur nach italienischem Muster. Zur Schaffung einer aktiven faschistischen Schutzwache, besonders zur Entfesselung des gelben Betriebsfaschismus, verwenden die Unternehmer große finanzielle Mittel und gestalten den nationalsozialistischen Banditen sogar eine äußerst „radikale“ demagogische Agitation gegen den Kapitalismus. Die letzten Kommunalwahlen haben erneut bewiesen, daß überall, wo die revolutionäre Opposition in ungenügendem Maße die Führung der proletarischen Massen an sich riß, und der Kampf gegen den Sozialfaschismus nicht oder schwächlich geführt wurde, der Einfluß der Faschisten auf die Arbeiterklasse größer geworden ist. Der wichtigste Kampf gegen den Faschismus besteht infolgedessen darin, daß die revolutionäre Opposition unter Führung der Kommunistischen Partei aus eigener Initiative den Angriffskampf der Massen gegen die kapitalistische Unterdrückung organisiert, die Leitung der Streikämpfe in die eigenen Hände nimmt und durch eine entschlossene Massenoffensive mit Hilfe der zu gründenden antifaschistischen Betriebsgruppen die faschistische Gefahr zu Boden schlägt und die Faschisten aus den Betrieben vertriebt.

## IV. Der Kampf der Arbeitermassen

Die allgemeine Kabelfälschung der Arbeitermassen kam im letzten Jahr nach der aufsteigenden Welle von Streikbewegungen des Jahres 1928 vor allem in den politischen Streikbewegungen am 2. Mai, 1. August und 30. September zum Ausdruck. Diese ihrem Umfang nach geringen Streikbewegungen haben eine große politische Bedeutung als die ersten Anzeichen für das Aufwachen der proletarischen Massen gegen den politischen Unterdrückungsdruck der Bourgeoisie. Die in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 zahlreich aufstrebenden betrieblichen Kämpfe und Branchenbewegungen haben eine große politische Bedeutung als die ersten aktiven Reaktionen der Massen der proletarischen Massen, die

wurden gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie von Anhängern der revolutionären Gewerkschaftsopposition selbstständig organisiert und durchgeführt. In diesen Betriebs- und Branchenkämpfen durchbrachen die Arbeitermassen zum erstenmal die Fesseln (Tarif- und Schlichtungswesen, Gewerkschaftsstatut), die von Regierung, den Unternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie zu ihrer Niederhaltung geschaffen wurden. Die wichtigste Kampfsmethode der proletarischen Massen in der gegenwärtigen Situation besteht in der Anwendung des Streiks und der Demonstrationen als Kampfsmittel, in der Entwicklung der Welle von Teilkämpfen zu großen umfassenden politischen Massenkämpfen für die Durchsetzung der proletarischen Forderungen. Der Kampf der Arbeitermassen richtet sich bereits nicht nur gegen die Auswirkungen des Young-Planes und der kapitalistischen Ausbeutung, sondern gegen die kapitalistische Gesellschaft überhaupt, deren Sturz für das revolutionäre Proletariat die Vorbedingung ist für die endgültige Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse, für den Aufbau des Sozialismus.

## V. Die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Der Reichstongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition ruft angefichts dieser Situation die proletarischen Massen auf, sich zum Kampf für folgende Forderungen zu formieren:

1. Für die revolutionäre einheitliche Kampffront der proletarischen Massen, Organisierte und Unorganisierte, Männer und Frauen, Erwachsene und Jugendliche, Arbeitende und Erwerbslose!
2. Gegen die kapitalistische Nationalisierung!
3. Für den Siebenstundentag und die 40-Stunden-Woche!
4. Für die Erhöhung der Löhne!
5. Für die Forderungen der proletarischen Frauen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
6. Für Sechsstundentag, Lohnhöhung und volle Gleichberechtigung der Jungarbeiter im Betrieb!
7. Für die Beseitigung des Prämiensystems!
8. Für das Koalitions- und Streikrecht!
9. Für mehr Rechte der Arbeiter in den Betrieben! Gegen die Ausnahmegeetze (Seemannsordnung, Dienstordnung der Eisenbahner, Elektrizitäts- und Wasserwerke usw.)!
10. Brot und Arbeit für die Erwerbslosen! Engste Kampfgemeinschaft zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen!
11. Für ein einheitliches soziales Versorgungswesen mit ausreichenden Unterstützungen bzw. Renten auf Kosten der Unternehmer!
12. Gegen die Ausschluß- und Spaltungsmassnahmen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie! Gegen die arbeitereindliche Betätigung der sozialdemokratischen Betriebsfunktionäre!
13. Für den Schutz der revolutionären Betriebsräte und Betriebsratsleute!
14. Für die Vertreibung aller faschistischen Elemente aus den Betrieben!
15. Für die Verteidigung der Sowjetunion gegen alle imperialistischen Angriffe!
16. Für die Zerreißung des Young-Planes!
17. Für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus!

## VI. Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition zur Führung von Massenkämpfen

Die Organisierung der proletarischen Massenkämpfe erfordert die Sammlung aller Arbeiter in den Betrieben zur Herbeiführung der einheitlichen Kampffront zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern. Die größte Geschlossenheit der Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist notwendig im Interesse der Auslösung und Durchführung von Streikbewegungen für die proletarischen Forderungen. Die revolutionäre Opposition muß ihre Anhänger entsprechend der Struktur der Gewerkschaften auf der Basis der Betriebe und Arbeitsnachweise einheitlich zusammenschließen und überall die sofortige Wahl von revolutionären Betriebsvertrauensleuten und Erwerbslosenaussschüssen organisieren. Ebenso wie der Betrieb- und der Arbeitsnachweise sind die Gewerkschaftsverbände für jeden revolutionären Arbeiter die Arena zum Kampf gegen den Sozialfaschismus und zur revolutionären Aufrüttelung der proletarischen Massen. Der Verzicht auf den intensivsten Kampf gegen die sozialfaschistische Bürokratie in den Gewerkschaftsverbänden ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf eine ernsthafte Arbeit zur Mobilisierung und zum Kampf gegen das Unternehmertum. Über aus den Gewerkschaften davonzuläuft oder sich passiv verhält, der hilft den Sozialfaschisten, die Arbeitermassen irrezuführen und zu zerlegen. Die Ausschluß- und Spaltungsmassnahmen der Gewerkschaftsbürokratie müssen von der revolutionären Gewerkschaftsopposition durch ihre Tätigkeit in den Betrieben und Gewerkschaften für die Einheit der proletarischen Massen und ihrer Gewerkschaften auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes beantwortet werden.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Einbeziehung der Millionenmassen der weiblichen und jugendlichen Arbeiter in die gesamte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Der Zusammenschluß der aktiven Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition muß örtlich, bezirklich und für das ganze Reich, gestützt auf die Betriebe und in Uebereinstimmung mit dem Aufbau der Gewerkschaftsverbände, erfolgen.

Die Wahlen der Ausschüsse zur Förderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition müssen unter Anwendung der proletarischen Demokratie durch die in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen gewählten Delegierten auf der Grundlage der Beschlüsse der AOS und des ersten Kongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorgenommen werden.

Die Durchführung dieser Massnahmen erfordert die Aufbringung großer finanzieller Mittel, die durch den intensiven Betrieb der Märkte für den Agitationsfonds der revolutionären Opposition an alle Arbeiter in den Gewerkschaften, Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen gesammelt werden sollen.

## An die revolutionären Arbeiter Frankreichs! An die Mitglieder der CGTU!

Wir 1200 Delegierten des Kongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition aus 800 Betrieben nehmen mit Spannung Kenntnis von dem fieseren faschistisch-sozialfaschistischen Angriff auf die Zeitung des revolutionären Frankreichs, die „Humanité“. Eine revolutionäre Bewegung kann sich nicht voll und ganz entwickeln ohne eine revolutionäre Presse. Der Angriff des „Humanité“ und seiner sozialistisch-verbündeten auf die „Humanité“ ist wohl berechnet, er ist ein Angriff auf das Herz eurer revolutionären Bewegung. Genossen! In laufenden Betrieben verfolgen die deutschen Arbeiter einen Kampf um die Erhaltung eures Organs. Wir, die wir täglich im Feuer des Angriffs unserer Klassenfeinde stehen, rufen euch zu: Schlagt den Angriff auf die „Humanité“ zurück, verteidigt mit Sägen und Klauen die Zeitung Jean Jaures, die Zeitung der Kommunistischen Partei, die Zeitung des ganzen revolutionären Frankreichs. Spart euch den Bissen Brot im Munde und gebt leben Son, den ihr euch abarbeiten könnt, in dem Kampfe für die Verteidigung der „Humanité“. Was ihr für die „Humanité“ tut, das tut ihr für die Revolution. Ihr tut es unter den kontrollierenden Augen der Arbeiter der ganzen Welt. Mit euch verbunden in erbitterter Solidarität! Es lebe unser gemeinsamer Kampf! Es lebe unser gemeinsamer Weg!

Der Kongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

### Notiz Gewerkschafts-Internationale und Komintern

Der Kongress bringt die enge Verbundenheit der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands und ihre brüderliche Sympathie mit der Roten Gewerkschafts-Internationale zum Ausdruck, die als einzige Weltorganisation des revolutionären Gewerkschaftskampfes unter Führung der Kommunistischen Internationale in der Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Ausbeutung und jeder Unterdrückung hilft.

Der Kongress ruft alle Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf, ihre Arbeit im Sinne der Beschlüsse der Roten Gewerkschafts-Internationale durchzuführen.

### VIII

## Mängel und Schwächen unserer Arbeit

Die großen Aufgaben, die vor der revolutionären Gewerkschaftsopposition stehen, können nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn alle Anhänger der revolutionären Opposition die Erfahrungen und Lehren der Wirtschaftskämpfe ernstlich und ihren eigenen Interessen einflussreich und klarsten Selbstkritik unterziehen. Die wichtigsten Mängel und Schwächen, die sich im Verlauf der letzten Bewegungen gezeigt und deren entschlossene Beseitigung die Voraussetzung für die Lösung der Kampftätigkeit der proletarischen Massen ist, sind folgende:

1. Unzureichende oder ungenügende Berücksichtigung der Klassengegenüberstellung, die sozialfaschistische Streikbewegungen der Gewerkschaftsbürokratie und die in diesem Tempo wachsenden faschistischen Entstellungen.
2. Mangel an politischer Erklärung der revolutionären Gewerkschaftsopposition an der Möglichkeit und Durchführbarkeit der auf die politische Organisation der Arbeiterklasse gerichteten Bemühungen der Roten Gewerkschafts-Internationale. Insbesondere an die Schulungstätigkeit von Leuten und daher zuerst vor der Kampftätigkeit.
3. Bestimmung des revolutionären Charakters der Kämpfe nur durch den Inhalt und Richtung der Arbeitstätigkeit in der letzten Phase der Entwicklung. Besondere bei der Entfesselung der Solidaritätsbewegungen für die kämpfenden Arbeiter, zuerst vor der Einleitung von betrieblichen Bewegungen. Abhängigmachung der Bewegung eines Streikkampfes von der vorherigen Sicherstellung der materiellen Unterstützung.
4. Gewerkschaftslegalistische Tendenzen, zuerst vor den Ausnahmemaßnahmen der sozialfaschistischen Bürokratie, Zurückweichen vor dem Kampf mit der Gewerkschaftsbürokratie in den freien Betrieben.
5. Verhinderungstätigkeit für die große Bedeutung der neuen Organisationsformen (revolutionäre Vertrauensleute, rote Betriebsräte, Kampfleitungen, Delegiertenkonferenzen usw.) zur Massenmobilisierung und zur Auslösung der Kämpfe.
6. Unzureichende Tätigkeit der Leitungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die sich zum großen Teil auf die Kritik der sozialfaschistischen Behörden, anstatt in erster Linie eine gleichzeitige Arbeit zur Vorbereitung und Durchführung der Arbeiterkämpfe in ihrer Industriegruppe zu leisten.
7. Mangelhafte Tätigkeit der revolutionären Betriebsräte, ihre ungenügende Verbindung zu den Massen der Betriebsbelegschaft (unpolitische Behandlung der gesamten Betriebsbelegschaft, keine ernste Arbeit zur Mobilisierung der Massen und Wahl der revolutionären Vertrauensleute in den Betrieben, kein aktiver Widerstand gegen die Maßnahmen, Entlassungen, gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Unternehmer, sondern Beschränkung auf Klagen beim Arbeitsgericht usw., keine genügende Arbeit zur Auslösung der Massenaktivität zum Schutze der revolutionären Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre). Unzureichende Abgrenzung der revolutionären Betriebsräte von den reformistischen sozialfaschistischen Betriebsratsmitgliedern, ungenügende Beachtung der Interessen des weiblichen und jugendlichen Proletariats.
8. Unzureichende und schlechte Arbeit der Oppositionsgruppen in den Gewerkschaftsverbänden, keine gleichzeitige Vorbereitung der Gewerkschaftsveranstaltungen, Zurückweichen oder Unfähigkeit gegenüber der sozialfaschistischen Bürokratie, keine genügende Verbindung der oppositionellen Arbeit in den Gewerkschaften mit der Organisation von Kämpfen. Ebenso schädlich und gefährlich wie das feige Ausweichen vor dem Kampf mit der sozialfaschistischen Bürokratie ist die opportunistische Propaganda für die sofortige Gründung von „neuen Gewerkschaften“, die nur darauf hinauszielt, Millionen organisierter Arbeiter dem Einfluss des Sozialfaschismus zu überlassen und die revolutionäre Opposition in feilheitsreicher Weise von diesen Millionenmassen abzuschleifen.
9. Fehlende Initiative bei der Durchführung der Wahl revolutionärer Betriebsbelegter. Unzureichende Vorbereitung der Betriebsratswahlen, keine rechtzeitige Bildung von Wahl-ausschüssen, keine umfassende und rechtzeitige Massenmobilisierung bei der Aufstellung der roten Kandidaten.
10. Mangelhafte Verbindung zwischen den revolutionären Betriebsräten und Gewerkschaftsorganen. Geringe Aktivität bei der Herausgabe von eigenem Material, Betriebszeitungen usw., unzureichende Organisation des Betriebs der revolutionären Gewerkschaftspressen.
11. Keine Konzentration der Leitungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf die Herstellung der einheitlichen Front der organisierten und unorganisierten Arbeiter, mangelhafte Berücksichtigung breiterer, zuerst wichtiger Schichten der Arbeiterklasse, wie der Arbeiterinnen, der Jungarbeiter, der Handarbeiter, Angestellten und Beamten.

Die Beseitigung dieser Mängel ist nur dann möglich, wenn die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition sowohl gegen die rechten Liquidatoren und gegen das feige Verharmlosten, als auch gegen die feilheitsreichen „linken“ Einseitigkeiten eines erbarmungslosen Kampfes führen.

### IX

## Der Kampf gegen Renegatentum und Sektierertum

Der Kongress brandmarkt die rechte, opportunistische Gruppe Brandler, Bolger, Ederle, die im Dienste der Gewerkschaftsbürokratie unter der falschen Flagge der Unterstützung der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Wirklichkeit eine gefährliche Renegatentat in Dienste der sozialfaschistischen Bürokratie spielt. Die Anhänger der Gruppe Brandler, Bolger, Ederle, die sich bei allen Verbänden als Agenten der sozialfaschistischen Bürokratie gegen die Opposition betätigen, die Wahl von Kampfleitungen ablehnen, alle Maßnahmen zur selbständigen Organisation der Wirtschaftskämpfe zu hindern suchen und die unorganisierten Arbeitermassen verführen, die sich als Werkzeuge des Sozialfaschismus zur Verwirrung der Arbeitermassen betätigen, deren Unterdrückung und Streikverhinderung

# Manifest an die arbeitende Jugend Deutschlands

Der Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition hat einstimmig folgendes Manifest an die arbeitende Jugend Deutschlands beschlossen:

## Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!

Der Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition, bestehend aus über 1000 erwachsenen und jugendlichen Delegierten aus allen Teilen des Reiches, aus den Betrieben, Gewerkschaften, von den Stempelstellen, richtet an euch alle in diesem Moment des verheerenden Kampfes der Bourgeoisie, der beschleunigten Kriegesphase gegen die Sowjetunion, der wachsenden Gefahr des Faschismus, des sozialfaschistischen Streikbundes und der Spaltung der Gewerkschaften, einseitlich und geschlossen mit den erwachsenen Arbeitern unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, in den Betrieben, Berufsschulen und Stempelstellen für folgende Forderungen zu kämpfen:

1. Für die einheitliche Kampffront der proletarischen Massen, Organisiert und Unorganisiert, Männer und Frauen, Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen, Schülern, Berufsschülern und Arbeiterinnen, Arbeitende und Erwerbslose.
2. Für Selbstbestimmung und vier Wochen Urlaub für alle Jugendlichen, für Erhöhung der Löhne, gleichen Lohn für männliche und weibliche Arbeiter. Volle Gleichberechtigung im Betrieb. Aktives und passives Wahlrecht bei den Betriebsratswahlen. Volles Vereinigungs- und Streikrecht für alle Schichten und Jungarbeiter.
3. Für Beseitigung der Berufslosigkeit, Verlegung in die Arbeitszeit, freie soziale Sicherung aller Kernmittel. Für die Anerkennung der Schulvertrauensleute.
4. Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung für alle jugendlichen Erwerbslosen. Für Beseitigung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes.
5. Gegen Ausbeutung und Heranziehung der Kinder zur Streikbrecherarbeit. Für die Entziehung der Kinder in die Wirtschaftskämpfe der erwachsenen Arbeiterklasse unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.
6. Gegen die Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie in den Gewerkschaften und Jugendsektionen.

aktiv unterstützen, haben längst die Reihen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung verlassen. Für die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition kann es kein Zusammengehen mit diesen Feinden des Proletariats geben, sondern es gilt, gegen sie zur Wirkungslosigkeit ihrer schändlichen, gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition geführten Verleumdungskampagne den rücksichtslosen Kampf zu führen.

Auch die seit dem Jahre 1924 bestehenden Organisationen der Berliner Bauarbeiter (Kaiser-Verband) und der Berliner Bekleidungsarbeiter (Schumacher) usw. führen einen heftigen Kampf gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und gegen die Beschlüsse der Roten Gewerkschafts-Internationale. Die Führer dieser Organisationen, denen zahlreiche gute revolutionäre Arbeiter angehören, lehnen — ebenso wie die rechten Opportunisten — die selbständige Führung der Arbeiterkämpfe durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die Wahl von Kampfleitungen und Betriebsvertrauensleuten ab. Weder der Industrieverband für das Baugewerbe, noch der Bekleidungsindustrieverband haben ernsthaften Anstrengungen gemacht, die Kämpfe ihrer Berufsgruppen zu organisieren, während sie gleichzeitig jede revolutionäre Arbeit in den freigewerkschaftlichen Organisationen zur Gewinnung der dort vereinigten Arbeiter ablehnen.

Der Reichskongress ruft die Mitglieder dieser oppositionellen Verbände auf, mit aller Kraft in ihrer Organisation für die Anerkennung der Beschlüsse der Roten Gewerkschafts-Internationale zu kämpfen und auf diesem Wege die in diesen Organisationen vereinigten Arbeiter in die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung einzugliedern.

### X

## Die Aufgaben der Ausgeschlossenen

Der Reichskongress erklärt es für notwendig, daß die durch den Verrat der Bürokratie von dem ADGB, abgespaltener Ortsgruppen, Branchen oder Bezirksorganisationen mit aller Entschiedenheit versuchen, die Mehrheit der Arbeiter im Rahmen ihres bisherigen territorialen Arbeitsbereichs bzw. ihrer Branche für sich zu gewinnen. Die abgespaltener Verbände müssen im Rahmen der gesamten revolutionären Oppositionsbewegung den entscheidenden Kampf für die Mitgliedsrechte und die proletarische Demokratie in den freien Gewerkschaften führen und die Tätigkeit der Opposition, die Führung aller proletarischen Kämpfe rücksichtslos unterstützen.

Der Reichskongress der revolutionären Opposition betont ausdrücklich, daß die Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen der sozialfaschistischen Bürokratie unter keinen Umständen die rücksichtslose Fortsetzung und Steigerung der revolutionären Oppositionsarbeit innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen verhindern wird. Die ausgeschlossenen Anhänger der revolutionären Opposition müssen ihre Tätigkeit in den Betrieben und in der Oppositionsbewegung verdoppeln und verdreifachen. Die Läden, die in den Reihen der Oppositionsgruppen der einzelnen Verbände durch die Ausschüsse gerissen werden, müssen durch Eintritt neuer revolutionärer Arbeiter ausgefüllt werden. Nur im Rahmen der gesamten revolutionären Oppositionsbewegung ist es auch für die abgespaltener Verbände möglich, eine wirkliche Klassenkampfpolitik zu führen und das Verfallen ins Sektierertum zu verhindern.

### XI

## Die nächsten Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Vor der revolutionären Gewerkschaftsopposition stehen für die nächsten Monate folgende unmittelbare Aufgaben:

1. Selbständige, selbsttätige Vorbereitung, Auslösung und Durchführung des erweiternden Kampfes um Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Systematische Vorbereitung der Latzibewegungen, die im kommenden Frühjahr in Aussicht stehen, Organisation von Streikaktionen.
2. Aktive, entschlossene Organisation des Kampfes der erwerbslosen Massen in enger Gemeinschaft mit den Betriebsarbeitern unter den Losungen des Streikunabentes, der Verweigerung aller Ueberstunden, der Entämpfung von Brot und Arbeit, von anstreichernder Unterernährung und weisgebenden Wirtschaftsbürokratie für ein besseres Leben.
3. Entschlossene Beseitigung des feigen Opportunismus

7. Für die Vertreibung der Faschisten aus den Betrieben, Bildung antifaschistischer Jugendgruppen in den Betrieben zum Schutze des revolutionären Jugendvertrauensleuten und bei Kämpfen Abhaltung der Streikbrecher.
8. Gegen die Offensiven der Bourgeoisie. Zerstört die Pläne des Young-Planen, für die Verteilung der Sowjetunion, gegen den imperialistischen Krieg, für ein Sowjetdeutschland, für die Diktatur des Proletariats.

### Wachet zu Kampfe!

Wählt Jugendvertrauensleute in den Betrieben, Berufsschulen und Stempelstellen. Organisiert die Vorbereitung des Kongresses durch Betriebskonferenzen der Arbeiterklasse. Erhaltet Kontakt vom Kongress in allen Betrieben, Berufsschulen und Stempelstellen.

## Entschließung

zur Vorbereitung des I. KGW-Kongresses.

Der Kongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition hat in seiner Hauptentschließung zum Ausdruck gebracht, daß er sich auf das Engste verbunden fühlt mit der Roten Gewerkschafts-Internationale. Er erklärt in der KGW, die einzige internationale Gewerkschaftsorganisation, die in der Theorie und Praxis entsprechend den Lehren von Marx und Lenin die Arbeiterklasse durch rasche Organisation und Disziplinierung zum revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie mit dem Ziel des Sturzes des Kapitalismus führt. Die von der KGW gefassten Beschlüsse, insbesondere die auf dem I. Kongress beschlossene Wendung in der Strategie und Taktik gegenüber den Anhängern des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes zeigen der internationalen Arbeiterklasse den Weg, der einzig und allein der Sieg über die Kapitalistenklasse und den Reformismus verbürgt. Mit dem Ergebnis, diese Beschlüsse mit größter Energie zu verwirklichen und den Kampf gegen die Bourgeoisie und ihren Faschisten, die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer mit aller Konsequenz fortzusetzen, begrüßt der Kongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands die Einberufung des 5. Kongresses der KGW zum Juli 1930 und verpflichtet sich, alle Kräfte der deutschen Arbeiterklasse für diesen Kongress zu mobilisieren und die Vorbereitungen hierzu sofort in Angriff zu nehmen.

Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition innerhalb des ADGB und der anderen Gewerkschaftsorganisationen durch härteste Kraftanstrengung bei der Vorbereitung und Durchführung der bevorstehenden Ortsverwaltungsahlen und der Neuwahlen von Gewerkschaftsfunktionären, Verrechnung der Arbeit innerhalb des ADGB, Ausbau und Festigung der oppositionellen Gruppen in allen Verbänden, Massenmobilisierung der Arbeiterklasse in den Betrieben für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Die gesamte oppositionelle Gewerkschaftsarbeit erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Organisation der Arbeitermassen zum Kampf für ihre Interessen.

4. Vorbereitung und Durchführung der Betriebsräteahlen in Uebereinstimmung mit den besonderen Richtlinien des Reichskongresses zu dieser Frage. (In Klammern Hauptmomente anführen.)

5. Organisation von Arbeitskämpfen und Streiks in den Betrieben gegen das System der kapitalistischen Nationalisierung, die Antreibemethoden, die Vermutung von Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft durch Geharbeit, Prämiensystem, Ueberstunden usw.

6. Rucksichtsloser Massenkampf gegen den Betriebsfaschismus, die nationalsozialistischen Unternehmernetze, Vertreibung der Faschisten, Aufbau einer Betriebsgruppe der antifaschistischen Wehrorganisation in jedem Betrieb unter aktiver Heranziehung der Arbeiterinnen und Jungarbeiter.

7. Weitere Entsendung von Arbeiterdelegationen in die Sowjetunion, die von der gesamten Belegschaft gewählt werden. Klammernartige Berichterstattung der jeden zurückerwarteten Arbeiterdelegation in den wichtigsten Betrieben Deutschlands.

8. Stärkung aller Formen der Verbindung und des Bündnisses der deutschen Arbeiterschaft mit dem regierenden Proletariat der Sowjetunion. Großzügige Organisation des internationalen revolutionären Netzwerkes zwischen den Gesamtbelegschaften von deutschen Betrieben und Sowjetbetrieben. Systematische Propaganda für die Unterstützung des Aufbaus des Sozialismus und für die regere Durchführung des Fünfjahresplans.

9. Verstärkte Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition in allen Rüstungsbetrieben und solchen Betrieben, die auf Kriegsproduktion umgestellt werden können. (Metall, Chemie, Transport, Textil, Wertstoffe usw.)

10. Aufbietung der stärksten Kraft zur Erfassung und Revolutionierung der Arbeiterinnen und der Jungarbeiterklasse. Einbeziehung dieser am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Schichten in die vorerstigen Kampfziele der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

11. Ausdehnung der Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf jene Teile des Proletariats, die nicht zur Industriearbeiterklasse gehören und bisher viel zu wenig durch die revolutionäre Arbeit erfasst wurden: den Millionen Ungestellten und Beamten, die auf Grund ihrer Traditionen ein besonders günstiges Rekrutierungsfeld für den Faschismus bilden.

12. Es gilt unter den 2 1/2 Millionen Landarbeitern, die ein bedeutender Faktor im revolutionären Klassenkampf sind, die Arbeit der revolutionären Opposition um ein Vielfaches zu steigern. Die revolutionäre Mobilisierung der Landarbeiter durch die revolutionäre Opposition bedeutet den wirksamsten Kampf gegen den Faschismus.

13. Steigerung der inneren Organisations- und Erziehungsarbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Durchführung einer umfassenden Schulungstätigkeit, Aufbau einer starken revolutionären Gewerkschaftspressen mit einer Auflage von 300 000 und sonstiger Propagandamittel.

14. Vorbereitung des I. KGW-Kongresses durch fleißige Massenpropaganda und Wahl von zahlreichen Delegierten. Die Voraussetzung für die Lösung dieser Aufgaben ist die vielfache Steigerung der Tätigkeit der Anhänger der revolutionären Opposition in den Betrieben, die wirkliche Organisation der oppositionellen Kräfte in jeder Gewerkschaft, jeder Betriebsabteilung, auf jedem Arbeitsnivea, die Wahl energischer und gleichwertiger Leitungen und die gewissenhafte Aufrechterhaltung finanzieller Mittel und Auffüllung leerer Stellen für jeden Bezirk, jede Industriegruppe und jeden Gewerkschaftsverband.



# Oberschlesien



## Polizeipräsident verbietet Rote-Silber-Sammlung

Wie alle Jahre, so veranstaltet auch in diesem Jahre die Rote Hilfe für die Gefangenen und deren Angehörigen eine Weihnachts-Sammlung unter ihrer gesamten Mitgliedschaft sowie unter den angeschlossenen Organisationen. Um auch bei den sympathisierenden Geschäftsleuten ungehindert sammeln zu können, hat der Bezirksvorstand an den Regierungspräsidenten Oppeln einen Antrag auf Erlaubnis einer öffentlichen Sammlung gestellt. Der Präsident hat diesen Antrag abgelehnt.

Sollen die Kinder der proletarischen Gefangenen da oben? Massenmenschen, laßt das nicht zu!

## Gleitwitz

### Tolltes Durcheinander

Folgender Fall: Der Kriegsbeschädigte Johann Kolender, der am 20. August 1897 geboren ist, erhielt eine Steuerkarte für das Jahr 1930 zugehört. Gleichzeitig erhielt sein neunjähriger Sohn, dem der Beruf „Arbeiter“ beigegeben wurde, eine Steuerkarte Nr. 4488. Der achtjährigen Tochter Elviede schickte der Magistrat ebenfalls eine Steuerkarte, Nr. 6486.

Genau so geht es bei der Zustellung der Kirchensteuer, welche wohlweislich erst nach den Wahlen zugestellt wurden. Verschiedene Einwohner der Stadt Gleitwitz erhielten von der katholischen und von der evangelischen Kirche gleichzeitig Steuerbescheide.

In den Ämtern der Steuerbehörde scheint ein tolles Durcheinander zu herrschen! Arbeiter, die Kirchensteuer braucht ihr nicht zu bezahlen, wenn ihr bis zum 31. Dezember aus der Kirche austretet!

**Tollt überfahren.** Die Witwe Marie Koch wurde von der Eisenbahn überfahren und so schwer verletzt, daß sie jetzt verstorben ist.

Die nächste Zahlung der Busfahrrente zu den Versorgungsgebühren an die empfangsberechtigten Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen für den Monat Dezember 1929 erfolgt am Sonnabend, dem 14. Dezember, von 8,30 bis 12,30 Uhr.

Der Personenverkehr des städtischen Autobusbetriebes ist, im Vergleich zum Monat Oktober, im November wieder angestiegen. Es sind von den Wagen 48 946 Kilometer (im Oktober 52 160 Kilometer) zurückgelegt worden und insgesamt 249 844 Personen befördert worden.

## Gemeindevertreterprüfung in Laband

Die am Donnerstag stattgefundene Sitzung der Gemeindevertreter in Laband hatte zehn Punkte und einen Dringlichkeitsantrag der Kommunisten auf eine Wirtschaftshilfe für alle Hilfsbedürftigen auf der Tagesordnung. Genosse Stübella kritisierte eingangs die schlechte Bekanntmachung der Sitzung, die den Zweck habe, die Arbeiter fernzuhalten. Der Dringlichkeitsantrag der Kommunisten wurde an den Fürsorgeausschuß überweisen, um wahrheitsgemäß dort begraben zu werden. Genosse Berger stellte den Antrag, daß die Kleinbauern für das Gelände, das ihnen durch den Gausebau abgenommen wird, auch entschädigt werden. Bei Punkt 5 verlangte Genosse Stübella, daß zum Umbau des Hens in der Werkstatt die Erwerbslosen herangezogen werden und nicht die Gasanstaltsarbeiter Überstunden leisten müssen. Die anderen Punkte wurden schnell durchgeprüft. Die Frage der lebenslänglichen Anstellung von drei Gemeindebeamten wurde in die geheime Sitzung verschoben.

## Hindenburg

### Die Erwerbslosen fordern

A. R. Dienstag fand eine gut besuchte Versammlung der Erwerbslosen statt. In dieser gab der Auflagendelegierte Genosse Buttke-Biskupski einen begeisterten ausgenommenen Bericht von seinen Eindrücken in der Sowjetunion. Als nächster berichtete der Genosse Jarczyk als Delegierter vom Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Ebenso begeistert wurde dieser Bericht von den Erwerbslosen aufgenommen. Die Diskussionsredner sprachen im Sinne des Berichtes. Obwohl eine Anzahl Sozialdemokraten in dieser Versammlung anwesend war, sprach keiner von ihnen zu den von beiden Genossen gemachten Ausführungen.

Anschließend sprach noch Genosse Jarczyk über die schädliche Behandlung der Erwerbslosen in der Frage der Wirtschaftshilfe. Große Empörung erfaßte die Erwerbslosen, als sie die Stellung der bürgerlich-sozialdemokratischen Magistratsmehrheit über ihre Forderungen hörten, und geschlossen zogen die Erwerbslosen vor das Magistratsgebäude, wo gerade das erste Mal die neu gebildeten Stadtverordneten tagten. Mit den Ausrufen „Wir fordern auch ein Recht auf Arbeit“ begrüßten die Erwerbslosen die erste Sitzung der neuen Stadtverordneten. Um sich vor der Empörung zu schützen, schloß der stromlose Vorsteher den Redneraum ab. Erst auf den Druck der Erwerbslosen wurde die Tür geöffnet. Erwerbslose, brutal geht diese Gesellschaft über eure Leiden, wenn es sein muß. Schließt euch darum fester um eure Führerin, die

Kommunistische Partei. Schließt die innigste revolutionäre Einheitsfront mit den Arbeitern im Betriebe und erlämpft euch ein besseres Los!

## Ratibor

### Beiter ist

Die noch junge Ortsgruppe der Kommunistischen Partei in Sogarnta hielt am vergangenen Sonntag eine öffentliche Mitgliederversammlung ab. Ein zu Besuch weilender Genosse aus Berlin hielt ein Referat. Der Erfolg der Versammlung war, daß sechs neue Mitglieder gewonnen wurden. Genossen, macht es weiter und überall so!

## Beuthen

### Barbarafest in Mieschowitz

A. R. Wie üblich, so wurde auch dieses Jahr das Fest der Bergarbeiter gefeiert. Schächte ruhen, Bergarbeiter stehen im geschlossenen Zuge das Dorf entlang, erhalten Freßbrot und Wurst. Damit werden die Bergarbeiter beauftragt, nicht höhere Löhne und die Sechsstundenschicht zu fordern. Bergarbeiter, halt! darauf nicht herein!

**Beinahe Mörder.** Ein Schömberger Bürger (Klug) sein sechsjähriges Mädchen und törtete es. Bevor das Kind erstickte, hat die Polizei das Kind befreit.

Die Auszahlung der Zuschunterstützungen für Dezember erfolgt

In der Baracke Gorki an Sozialrentner und Invaliden (Nr. 1 bis 1800) am 10. Dezember: Buchstabe A bis D von 8,30 Uhr bis 10,30 Uhr, Buchstabe R bis S von 10,30 bis 12,30 Uhr; an Sozialrentner, Witwen und Waisen (Nr. 1401 bis 2800) am 11. Dezember: Buchstabe A bis D von 8,30 bis 10,30 Uhr, Buchstabe R bis S von 10,30 bis 12,30 Uhr.

## Patschkau

### Großpurig

A. R. Die Wahlen scheinen dem Spitzenarbeitern des Zentrums, dem Malermeister Schindler, in den Kopf gestiegen zu sein. Schon in feuchtschölicher Stimmung kam Sch. vor einigen Tagen in das Lokal „Kautenkrantz“. Dort spendierte er den anwesenden Gästen, weil sie gut gewähnt haben (!), eine Sage über die „Großpurigkeit“ nimmt und nicht wunder, obwohl doch zu bemerken ist, daß Sch. seinen Arbeitern nur 40 Pfennig für die Stunde bezahlt. Nun kommt aber in das Lokal der Polizeioberwachmeister Langs herein. Großpurig begrüßt ihn Sch. mit den Worten: „Wenn ich will, Herr S., so sind Sie in kurzer Zeit Polizeioberwachmeister, wenn ich aber will, dann können Sie aber mit der Schippe gehen wie jeder andere.“

Armes Patschkau, wie wird es dir ergehen, wenn Schindler mal schlechte Laune haben wird?

**Achtung, Genossen!** Sonntag, den 8. Dezember, um 10,30 Uhr, findet eine sehr wichtige Mitgliederversammlung der Partei statt. Bezirksleiter Genosse Walter erscheint als Referent. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

## Barackenelend in Gleitwitz

Zentrums-moral duldet fünf Familien in einem Raume, aber kein Familienbad

Von den Bewohnern der Wellblechbaracken und aus den Fabrikräumen von Bomag-Magnum erhalten wir ein längeres Schreiben, das wir im Auszug hier wiedergeben. Jeder Satz ist eine scharfe Anklage gegen den Zentrumsmagistrat.

Seit fünf Jahren wird versprochen, daß die Wellblechbaracken geräumt werden. Fünf Jahre müssen sich die Einwohner seitens des Magistrats belügen lassen. Drei Kinder sind in diesen elenden Dächern im Winter 1927 erfroren. Regen, Schnee und Wind peitschen durch die dünnen, durchgerosteten Wände. Die Tuberkulose rafft ein Kind nach dem anderen weg.

Genau so schlimm sind die Bewohner von Bomag-Magnum dran. Hier sind drei bis fünf Familien gezwungen, in einem einzigen Raum zu hausieren. Trotz aller Beschwerden und Vorstellungen belahen sie nur als Antwort, daß die Fabrikräume geräumt werden und sie Wohnungen bekommen. Wie sieht es aber damit aus? Welt über 10 000 Wohnungssuchende warten zum Teil das erste Jahr auf ein menschenwürdiges Unterkommen. Bei drei bis fünf Familien in einem Raume leidet nach Ansicht des Zentrumsmagistrats die Moral nicht. Als die kommunistische Stadtverordnetenfraktion vor zwei Jahren den Antrag stellte, das Freibad als Familienbad freizugeben, sprang die Zentrums-Stadtverordnete Lehrerin Labryga auf und erklärte u. a. folgendes:

„In dem Moment der Freigabe als Familienbad wird das Krankenhaus überfüllt, weil dadurch die Geschlechtskrankheiten überhandnehmen würden.“

Wir wünschen dem Fräulein Labryga, in diesen Räumen nur

eine Woche lang Wohnung zu nehmen, und sie würde befehrt nach Hause gehen.

Wir fragen in letzter Stunde den Magistrat an, ob er endlich gewillt ist, hier Wohnplätze zu schaffen. Den Bewohnern bleibt aber nichts anderes als Selbsthilfe übrig.

## Was liest der Bergmann?

Selbstverständlich muß der Bergmann in erster Linie die „Arbeiter-Zeitung“ lesen, und zwar nicht bloß die Wochenausgabe, sondern täglich.

Daneben muß er natürlich auch „Schlegel und Eisen“ lesen. „Schlegel und Eisen“ ist das Organ der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Bergbau. „Schlegel und Eisen“ erscheint im Monat zweimal und kostet pro Nummer 10 Pfennige.

### Was bringt „Schlegel und Eisen“?

Es zeigt den Weg zum Sieg im Kampfe um Verbesserung der Arbeitsbedingungen! Es prangert schonungslos die reaktionären Beamten und Antreiber an! Es bringt regelmäßig Berichte aus allen Gruben des ober- und niederschlesischen Kohlenreviers.

Bergmann, verlange von dem dir bekannten oppositionellen Kameraden bei der Zeitung „Schlegel und Eisen“! Die neue Nummer erscheint in acht Tagen.

## Streif führt zum Erfolg

Ein lehrreiches Beispiel aus dem Oppelner Eisenbahnausbesserungswerk

A. R. Der Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition legte die Richtung fest, in welcher der Widerstand gegen jede Ausbeutung organisiert werden muß und die Arbeiterkraft zur Offensive übergehen kann. In dieser Richtung sind nicht nur Ansätze, sondern auch Erfolge zu verzeichnen. Wir wollen uns heute mit zwei konkreten Beispielen aus dem Oppelner Eisenbahnausbesserungswerk, wo eine Belegschaftsstärke von 1200 Mann vorhanden ist, beschäftigen. Die Eisenbahner sind der verschärften Ausbeutung durch den Dawes- und den Young-Plan besonders ausgesetzt. Die Bedingungszeiten oder Affordances für die einzelnen Arbeitsverrichtungen werden ständig gekürzt, und damit erreicht die Eisenbahnhauptverwaltung, daß die Arbeitsleistung bei gleichem Lohn um ein beträchtliches erhöht wird. Die Arbeiterkraft hat begonnen, entschlossenen Widerstand zu leisten.

Etwa 20 Kolonnenführer, unterstützt von der Gesamtbelegschaft und geführt von dem kommunistischen Betriebsrat haben seit einem Monat kategorisch und entschlossen jede Anerkennung der willkürlich herabgesetzten Stückzeiten verweigert.

Die Werkleitung, ohnmächtig diesem geschlossenen Auftreten gegenüber, mußte einen Rückzug antreten und hat „vorläufig“ die alten Stückzeiten wieder eingesetzt. Das ist gewiß kein Misserfolg, aber doch ein sehr beachtenswerter. Es muß alles getan werden, daß es der Anfang zu weiteren Dingen sein muß. Denn darüber täuscht sich auch der letzte Werkhelfer nicht, daß die Werkleitung daran festhalten wird, weiter die Stückzeiten zu kürzen, weil das in der Generallinie der erhöhten Ausbeutung liegt. Sie wird nur einen günstigeren Moment abwarten. Die Zeit bis dahin darf für die Arbeiterkraft nicht ungenützt verstreichen. In den Werkstätten, wo die Reformisten den Betriebsrat befehlt haben, werden die Affordances mit ihrer ausdrücklichen Unterstützung ständig herabgesetzt und das den anderen Werkstätten zur Nachahmung empfohlen.

Nun der zweite Fall: Vertretungsweise war ein kommunistischer Betriebsratsmitglied schon öfter Kolonnenführer. Diesen Kolonnenführer sah die Werkleitung nicht gern, und da sie keine rechten Gründe fand, ihn als Vorhandwerker abzusehen, gab sie ausgerechnet diesem Kollegen uneingerichtete Leute, darunter auch Kaler für den Personenwagenanbau, der sonst von Schloßern ausgeführt wird, zur Hilfe. Da vor Weihnachten viel Wagen fertig werden sollen, fand man bald den gesuchten Grund, den Kollegen als unfähig hinzustellen und ihn einfach abzusehen. Der Direktor selbst erklärte, er sei zwar ein tüchtiger Schlosser, aber als Vorarbeiter eigne er sich absolut nicht. — Direktorenlogik!

Die Arbeiter strömten zur Betriebsversammlung zusammen. Der kommunistische Betriebsrat brandmarkte das Verhalten der Werkleitung. Die Stimmung war für den Kampf. Am anderen Morgen stellte der Betriebsrat noch einmal die Werkleitung vor die Frage, ob sie die Maßregelung zurücknehmen will oder nicht; und siehe da, sie mußte kapitulieren. Der Betriebsrat wurde wieder als Kolonnenführer anerkannt.

Die Belegschaft hat somit in kurzer Zeit durch ihr geschlossenes

Auftreten unter Führung des kommunistischen Betriebsrates zwei Erfolge zu buchen.

## Oppeln

Arbeiter, Arbeiterinnen, heraus zum Protest! Heute Sonnabend, um 19 Uhr, auf dem Tuchmarkt, Große Kundgebung

gegen das Zuchthausgesetz zur Bekämpfung der Kommunisten. — Um 18 Uhr: Antreten am Schützenhaus.

Die Versammlung des Bundes der Freunde der Sowjetunion, in welcher der obereschlesische Auflagendelegierte Buttke sprechen wird, findet nach der Kundgebung im alten Schützenhause statt.

### Die Kleingärtner in der Obervorstadt

In der Obervorstadt sollen jetzt endlich doch Schrebergärten errichtet werden. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird die Kolonisten, die sich ja fast ausschließlich aus den mindereinkommendsten Bevölkerungsteilen zusammensetzen, in jeder Beziehung unterstützen. Solange das Gelände allerdings nicht hochwasserfrei ist, besteht die große Gefahr, daß die Kleingärtner eines Tages ihre Mühe und Arbeit zerschütten sehen werden. Es muß verlangt werden, daß die Regierung nun endlich einmal die Mittel bewilligt, welche zur Anlegung des geplanten Umlaufkanals und Deiches erforderlich sind.

**Das neue Jugendheim in Salrau.** In Salrau wurde dieser Tage das von der Stadt geschaffene Jugendheim eröffnet. Bezeichnend für die Einstellung der Leute, welche das Jugendheim geschaffen haben, ist der Umstand, daß sie die Jugend nicht für würdig hielten, an der Eröffnungsfeierlichkeit teilzunehmen. Vertreter der Regierung und der Stadt hielten schmaltzige Reden und beweihräuchernd sich gegenseitig. Man versucht immer wieder den Eindruck zu erwecken, als mache man mit solchen Bauten irgendwelche Geschenke, in Wirklichkeit ist es doch so, daß alle diese Einrichtungen aus dem Schwelge der Arbeiter und nicht zuletzt der Arbeiterjugend herausgepreßt werden.

Am morgigen Sonntag sind die Geschäfte von 11 bis 16 Uhr offen.

**Goslawitz.** Einführung der neugewählten Gemeindevertretung. — Am Montag wurden die neugewählten Gemeindevertreter in ihr Amt eingeführt. Die Vertreter der Roten Arbeiterliste verpflichteten sich, die Interessen der werktätigen Bevölkerung der Gemeinde zu vertreten. Es wurde Klage geführt über den satzungswidrigen Vorkauf des Grundstückes. Dieser Herr spielt den kleinen Diktator in Goslawitz. Er erlaubt sich, Aufträge an Untergebene zu erteilen in der Annahme, er sei der Arbeitgeber. Ferner kündigt er Schulräume, ohne vorher vom Schulrat die Genehmigung dazu erhalten zu haben. Die Regierung bewilligt Schulräume für den freien Turn- und Sportverein, er lehnt sie ab. — Am 14. Dezember findet die Gemeindevorwahl und die Schöffenvorwahl statt, und zwar im Rathaus Saal.

# Mittelschlesien

## Der erste Delegierte des Volderbaues zur Abdankung gezwungen

**Beifahrer.** Einen schweren Kampf führte die Belegschaft des Volderbaues gegen den ersten der drei Delegierten der Firma Bobay. Dem zweiten Delegierten und der Belegschaft war es gelungen, daß der Unternehmer ziemlich genau von jedem Mitglied der Belegschaft über sein Privatleben und politische Einstellung Befragte wurde. Durch Beobachtung stellte die Belegschaft fest, daß der Delegierte König öfters mit dem Unternehmer längere Unterhaltungen führte, über die er der Belegschaft keinen Aufschluß geben konnte. Ferner sagte er einmal zum Schichtmeister ungefähr folgendes: „Nawal, was soll das werden? Die Leute sind zu faul zum Arbeiten, keiner will in den Dred rein. Ich werde dem Chef sagen, er soll die Leute entlassen, denn wo soll der Mann denn hinkommen, wenn alle auf seinen Ruin hin arbeiten.“ Diese Äußerung kennzeichnet so recht seine arbeitserföndliche Einstellung. Die Belegschaft hat ihn schnell genug erkannt und hat ihn trotz seines Sträubens gezwungen, sein Mandat niederzulegen. Zum Dank für seine guten Dienste wird ihn Herr Bobay jedenfalls zum Vorarbeiter machen. Dieser König wurde aber noch vom 1. Vorsitzenden des Baugewerksverbandes verteidigt. Unserer Meinung nach wäre er reis für den Ausschluß. Den Proleten raten wir, solche Elemente im Auge zu behalten und ihnen bei künftigen Gelegenheiten auf die schmutzigen Pfoten zu klopfen. Einige Worte zum Betrieb selbst. Die Arbeiter sind schwer, da der Boden aufgeweicht ist. Der Lohn beträgt 78 Pfennig pro Stunde. Bei dem jetzigen Regenwetter ist der Lohnausfall groß, da das Gelände so tief liegt und bei Feuchtigkeit von oben nichts zu machen geht. Die Arbeiter sind alle sehr lange erwerbslos gewesen. Den meisten mangelt es an gutem Schuhwerk und an entsprechender Bekleidung. Der Lohn reicht gerade auf's Essen oder höchstens noch, um den verbrauchten Spatenstiel zu erneuern. Der Unternehmer, der zweiter Vorsitzender im Arbeitgeberverband ist, findet es bei Betriebsbeschränkungen nicht für nötig, die Delegierten vorher zu benachrichtigen. Am Sonnabend voriger Woche schickte er einen Boten um 8 Uhr auf die Baustelle, mit der Anweisung, die Leute sollen sofort aufhören zu arbeiten, weil angeblich das Wasser zu hoch sei. Arbeit war aber noch genügend vorhanden, und zwar konnte der Mutterboden an der Spitze abgedeckt werden. Als die Belegschaft dann laut Reichstagsvertrag zwei Stunden bezahlt verlangte, geriet er aus dem Häuschen. Die Arbeiter werden Donnerstag entlassen und Freitag müssen sie sich Geld und Papiere holen kommen. Es wänten noch einige Beispiele angeführt werden. Daß unter solchen Verhältnissen die Delegierten auf der Höhe sein müssen, ist klar. Deshalb, Arbeiter, wählt euch nur solche Delegierte, die wirklich eure Interessen vertreten.

## Katholische „Nächstenliebe“

Das Dienstmädchen des eifrig-katholischen Gutbesizers Franz Sarubla in Thiemendorf nahm an einer Hochzeitsfeier bei ihrem Verwandten teil, die in einem ziemlich weit entfernten Orte stattfand. Das Dienstmädchen kam deshalb erst am Montagabend nachhause. Am Dienstagmorgen, als das Mädchen im Stalle

mecken war, wurde sie von Sarubla zur Rede gestellt und mit den gemeinsten Schimpfnamen, wie Hure, Saukeule usw., belegt. Mit der Drohung, sie in den Kuhstall zu werfen, erhob er die Hand, um das Mädchen zu prägen. Doch als er im letzten Moment durch das Eingreifen einer Frau Kiebel daran gehindert wurde, erklärte er dem Mädchen: „Du bist entlassen.“ Die Karte wurde ihm gegeben, aber keinen Lohn.“ Ferner erklärte er, daß sie ihn ruhig verdrängen könne, da der Arbeitgeberverband mehr Recht als der Arbeitnehmerverband habe. Landarbeiterinnen, erbot er sich, daß ihr auch selbst in die Hand nehmen und gemeinsam mit der SPD. kämpfen müßte, die diese Menschenhändler bestrafen will.

## Der Russlanddelegierte Genosse Hanke

Spricht am Sonntag, 18 Uhr, in Strehlen, im Gasthaus „Zur Stadt Breslau“ (Wende), über die Lebenslage der russischen Arbeiter. Die Arbeiterchaft von Strehlen wird hiermit zu zahlreichem Besuch eingeladen, besonders die Steinarbeiter.

**Strehlen.** Ein elender sozialdemokratischer Wicht. Eine seine Blüte und ein gebildeter Mensch ist der Steinarbeiter und Sozialdemokrat Wassek aus den Baracken. Nicht genug, daß das Bewohnen der Baracken schon eine Verdammung ist, werden die Barackenbewohner noch durch den Sozialdemokraten Wassek bestrahlt. Er betitelt die kommunistischen Arbeiter mit „Räuber“ usw., und empfiehlt ihnen, Knigges „Umgang mit Menschen“ zu lesen. Wie aber sein Umgang mit Menschen ist, beweist folgender Vorfall. Dieser Tage entstand wegen einigen Kindern ein kleiner Streit. Kurz entschlossen schlug Wassek in zwei Frauen hinein; die eine Frau, die kurz vor der Entbindung steht, schlug er blutig. Als aber die Männer der Frauen hinzulamen und ihm eine Abreibung verabsolgt, verschwand er schleunigst hinter seine vier Wände. — Wassek ist stammer SPD-Mann und treue Stütze von Herrn Lokalredakteur Stals. Arbeiter, merkt euch diesen sauberen Burschen, der aber andere herziehen will und selbst ein elender Wicht ist.

**Prusnäh.** Zum Schreck der Spieker. Die Kommunalwahlen brachten der SPD. zwei Mandate und der SPD., die den ehemaligen Jungturmführer an der Spitze hatte, nur eins. Das war schon ein Schreck für die Spieker. Einen zweiten Schreck erlitten sie in der ersten Sitzung des Gemeindeparkaments am Mittwoch. In dieser Sitzung wurden die gesamten Funktionen einschließlich der Magistratsämter verteilt. Das wollten die Herrschaften bis zur SPD. alles unter sich, ohne die Kommunisten, aufteilen. Genosse Brehm prangerte diesen Schacher scharf an. Bei der Abstimmung stimmte darauf ein Bürgerlicher für die SPD., und obwohl sich der SPDianer zu den Bürgern schlug, wurde der Genosse Brehm in den Magistrat gewählt. Den Bürgern blieb die Spude weg. Die SPD.-Arbeiter aber begrüßten das und wenden sich mit Entrüstung von ihren Beratern ab.

## Deffentliche Versammlung in Hirschberg

Sonnabend, 20 Uhr, im „Berliner Hof“, Kollege Stein berichtet über den Reichstagskongreß! Zahlreicher Besuch wird erwartet.

## Antifaschistische Kundgebung

Montag 19.30 Uhr öffentliche Versammlung der Roten Arbeiter. mehr West im Lokal „Gambroinstraße“, Lange Gasse 60. Thema: „Warum Rote Arbeiterwohler?“ Eintritt frei. Arbeiter, kommt zahlreich!

Der Vorverkauf für die „Jahres-Kommunistische Jugend“-Kundgebung am Dienstag im „Zentralballaal“ hat begonnen. Sicherlich rechtzeitig Karten! Eintritt Einheitspreis 20 Pf. Bei allen Funktionen der Jugend und Partei zu haben, ebenso Feldstraße 50 und Treubner Straße 50.

## Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**  
Breslau.  
— Städt. West. wichtige Funktionärsversammlung am Montag 19.30 Uhr im „Kriegsbau“, Reutensstraße. Alles mit erscheinen.  
**Jung-Partialis-Bund.**  
Schweidnitz. Sonntag 18 Uhr. Zusammenkunft. Treffpunkt Südel, Reichenbacher Straße 33.  
**Antifaschistische Arbeiterwehren**  
Breslau.  
— Rote Arbeiterwehr West. Karten heute Sonnabend an der Kasse abholen.  
— Antifaschistische Wehr Süd. Montag 20 Uhr Kameradschaftabend im „Eisen-Tempel“, Gottschalkstraße. Referent auswesend.  
— Proletarischer Selbstschutz Ost. Montag 20 Uhr bei Boudilla, Königgräber Straße 10. Erscheinen im Pflicht.  
**Sonstige Organisationen**  
Breslau.  
— Monatliche Gemeinde. Sonntag um 17.30 Uhr Vortrag im Saale Grünstraße 14/16. Sprecher: Wille-Magnis. Thema: „Recht glauben oder recht handeln.“ Eintritt frei. Bebermann hat Austritt.  
(Schluß des reaktionellen Teils.)

**Schauspielhaus.** Heute Sonnabend 10 Uhr das Weihnachtsmärchen „Aschenbrödel“ bei kleinen Preisen. 20 Uhr „Marietta“ mit Margit Suchy in der Titelfolle und Hanns Wilhelm als Napoleon. Sonntag drei Vorstellungen. 14 Uhr „Aschenbrödel“, 16.30 Uhr „Friederike“ mit Hilde Köster a. G. (Nachmittagspreise), 20 Uhr „Marietta“.

Die Firma Maja-Berlen, Breslau, Schweidnitzer Straße 52, sucht einen Zweijeller, der die Vorzüge der Maja-Berlen in treffenden Worten kennzeichnen soll. Im heutigen Anserat ruft sie alle Leser unseres Blattes zu einem Preisanschreiben auf. Die Bedingungen hierfür sind im Geschäftslokal der Maja-Berlen, Breslau, Schweidnitzer Straße 52, erhältlich. Die Firma Maja-Berlen führt alle erdennlichen Schmuckachen in Gold, Silber und Doublee und goldene und silberne Uhren sowie Armbanduhren in allen Preislagen. Beachten Sie im heutigen Inseratenteil das Angebot dieser Firma, worin Sie alles Nähere verzeichnet finden.

## Bei Erkältungskrankheiten, Rheuma, Gicht, Jachias,

Nerven- und Kopfschmerzen haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Ist notarieller Bestätigt, anerkennen über 5000 Ärzte die hervorragende Wirkung des Logal. In mehreren hundert ärztlichen Berichten wird neben prompter Wirkung besonders die Unschädlichkeit hervorgehoben! Logal kann daher mit vollem Vertrauen genommen werden. Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis Mk. 1.40.  
8,46 Chin. 12,6 Lith. 7,3 Acid. aceti. sat. ad 100 Amyl.

## Breslauer Elektriker-Genossenschaft e.G.m.b.H.

Reussenohle 38 / Neuweltgasse 5 / Fernruf 567 22  
Nähe des „Vorwärts“-Kaufhauses

### Ausführung elektrischer Licht- und Kraft-Anlagen

Telefon-, Signal- u. Klingelanlagen  
Radiobau, Akku-Ladestation

Verkaufs-Lager in Beleuchtungskörpern, Heiz- und Kochapparaten  
Radiogeräte sämtlicher Fabrikate  
Netzanschluß-Empfänger,  
Musik-Uebertragungs-Anlagen usw.

**Hausfrauen**  
kauft eure  
**Kolonialwaren**  
Lebensmittel  
bei  
**Paul Jemel**  
Gicwitz  
Peter-Paul-Platz 1  
Blau  
Rabattmarken

**F. Wemmann**  
Görlitz, Weberstr. 10  
empfeilt zum Fest  
**Spirituosen, Weine**  
**Fruchtweine**

## Pelze

Ich verkaufe gute  
Waren zu sehr  
niedrigen Preisen!

## Hüte

## Mützen

Fertige  
**Pelzbesätze**  
für Stoffmäntel

## Lederhandschuhe

Damen u. Herren

## Carl Restel, Görlitz

Kürschnermeister Filfabenstr. 7

# Großer Weihnachts-Verkauf

Billige Angebote unserer großen Damen-Konfektions-Abteilung

- |                         |  |       |
|-------------------------|--|-------|
| <b>Mäntel-Neuheiten</b> | flotte Backfischform, mit Plüschkragen                                     | 16.75 |
| <b>Mäntel-Neuheiten</b> | ganz gefüttert, mit Plüschkragen und Manschetten                           | 23.75 |
| <b>Mäntel-Neuheiten</b> | ganz gefüttert, neuartige Stoffe, mit großem Pelzkragen                    | 39.75 |
| <b>Mäntel-Neuheiten</b> | flotte Backfischformen, ganz gefüttert, mit Pelzkragen und Manschetten     | 48.00 |
| <b>Mäntel-Neuheiten</b> | elegante Form, mit großem Kragen und hohen Manschetten                     | 69.50 |
| <b>Mäntel-Neuheiten</b> | sehr elegante Fassons, in modernen Stoffarten, mit sehr reichem Pelzbesatz | 89.00 |

**Hochelegante Mäntel**  
Modell-Genre, erstklassige Verarbeitung, in allen nur moderner Farben und sehr reichen Pelzbesätzen in großer Auswahl

**Frauen-Mäntel**  
**Sealplüsch Mäntel**  
**Kinder- und Baby-Mäntel**

**Trauer-Kleidung**

**Morgenröcke**

warm und mällig  
in schönen Farben  
und Ausf. 10.90,  
8.75, 6.90, 4.50

2.95

**BLUSEN** (Kunstseide)  
in vielen modernen Farben  
flotte Form

**Kleider**  
Charmeuse (Kunstseide)  
schöne Farben u. Machatten

29.75, 14.75,  
39.75, 23.75, 19.75, 14.75

**Chicse Wollkleider**  
große Farbauswahl

39.75, 29.75, 19.75, 16.75

**Flotte Nachmittagskleider**  
in Veloutine u. and. mod.  
Stoffart. 39.00, 29.75, 19.75

**Hochelegante Abend- und Gesellschafts-Kleider**  
in Mohr, Spitzen und allen  
modernen Stoffarten  
in **Riesen-Auswahl!**

Morgen, Sonntag, bleiben  
unsere Geschäftsräume  
von 1-6 Uhr durchgehend  
geöffnet

In unserer großen  
**Spezial-Abteilung**  
für **Strickwaren**  
bringen wir  
**labelhafte Neuheiten**  
westen schöne Muster  
10.50, 8.90, 6.50  
16.75, 12.75, 10.75, 8.90  
**Strickkostume** große  
Auswahl 39.75, 29.75, 23.75, 19.75

**Soweit Vorrat**  
**Herren-u. Burschen-**  
**westen u. Pullover**  
feuchte Neuheiten, sehr  
geschmackvolle Muster  
mit kl. Schönheitsfehlern  
z. Aussch., durchschillt

**Kinder-westen und**  
**Sweater-westen** sehr  
fehlen in schön. Farben  
Größen zum Auswählen  
durchschnittlich

8.90

3.95

**KK**  
**G**

Morgen, Sonntag, bleiben  
unsere Geschäftsräume  
von 1-6 Uhr durchgehend  
geöffnet

# Gedr. Markus & Baender

Beuthen

G. m. b. H.

Ring Nr. 23

Ansch. an Firma d. Kunden-Kredit-Gesellschaft u. vieler and. Einkaufsvereinigungen

Wrocław

Die fünfte diesjährige Schwurgerichtssession

beginnt am Montag. Vorsitzender ist Landgerichtsrat Dr. Kästner, Richter sind Landgerichtsrat Dr. Krade und Landgerichtsrat Dr. Gierlich. Geschworene sind...

Am Freitag, 18. März, wurde die Prügellei... Wie wir nachträglich erfahren, veranstaltete kürzlich der...

Lauban

In die Kreisloge geraten. In Schosdorf geriet der Arbeiter Kreuzel in der Rüstfabrik von Vertramp in die Kreisloge...

Sagan

Wann und wo sind Aerzte zu erreichen?

U. R. Wie uns bekannt ist, sind in der Nacht und an Sonn- und Feiertagen bestimmte Aerzte zum Dienst vorgelesen...

Bunzlau

Was die Erwerbslosen von der sozialdemokratischen Mehrheit im Stadtparlament zu erwarten haben

das hat man in der am Montag im „Vollshaus“ stattgefundenen Erwerbslosenversammlung erfahren. Die Erwerbslosen erschienen fast restlos in der Versammlung...

Landarbeiterkinder werden mißhandelt

U. R. Auf dem Schiller'schen Gute in Dobrua werden schulpflichtige Kinder beschäftigt, da man erwachsene Leute, trotz der ungenügenden Erwerbslosigkeit, nicht mehr bekommt...

Wagrow

Au der Drechselmaschine verunglückt. In der Scheune des Stellenscheffers Herbst in Birksled sprang beim Drehen der Treibwelle od. als ihn der zu Besuch weilende Erwin Neumann niederlegen wollte...

Glogau

Ein Kommunist spricht in einer SPD-Mitgliederversammlung

Am Sonntag fand eine SPD-Mitgliederversammlung statt, zu der von Seiten der Schrapauer Arbeiter Genosse Jönka von der SPD als Gast geladen wurde. Als Referent sprach von der SPD der neugeborene Parteisekretär...

Liegnitz

Was tut das Wohnungsamt gegen die Wohnungsnot?

Am Montag wurde in dem Hause Glogauer Straße 28 eine Manufakturfabrik frei. Dagegen dem Wohnungsamt das Freiwerden der Wohnung längst bekannt war...

Wir fragen das Wohnungsamt und die Regierung: Ist die Wohnungsnot in Liegnitz noch nicht groß genug, daß erst langwierige Entscheidungen getroffen werden müssen...

Von der Notstandsbaustelle Johndorf

Da unsere Artikel bei den Schachtmeistern gewirkt haben und man den Artikelshreiber sucht, so wollen wir weiter die Saumwirtschaft aufrollen, die von Tag zu Tag schlimmer wird...

Der Adel mit Samthandschuhen angefaßt

Klassenjustiz schützt gräßlichen Vatermörder

Erster Tag im Vatermordprozeß

(Von unserem Sonderberichterstatter A. R.) Hirschberg, 7. Dezember.

Gestern vormittag begann in Hirschberg die Verhandlung gegen den „Grafen“ Christian zu Stolberg-Wernigerode, der in der Nacht vom 18. zum 19. März dieses Jahres durch einen Gewehrschuß seinen Vater niederknüete und ihn gräßlich verkrüppelte...

Am Freitag schickten die Arbeiter erst um 18 Uhr vom Werk, 17.30 Uhr ist Arbeitslohn. Als die Arbeiter darüber empört waren, erklärte man einfach, die Firma hat nicht notwendig Freitag zu zahlen...

Aus dem Riesengebirge

Herrsdorfer Gemeindevorsteher und Wohnungselend

Beim Rechtsanwalt Dr. Kramer hatten die Heintrich'schen Leute die Hausmietstelle inne. Obwohl sie für 15 Mark im Monat Wohnung mehr als genug schafften, war es der Frau Heintrichs immer noch zu wenig...

Schmiedeberger Allerlei

U. R. Eine schöne Weihnachtsgescherung erhielten die „Steden Mitarbeiter“ vom „Bayer-Paul“ in der hiesigen Porzellanfabrik. Am Sonnabend wurden über 120 Arbeiter entlassen...

Der Adel mit Samthandschuhen angefaßt

Klassenjustiz schützt gräßlichen Vatermörder

Erster Tag im Vatermordprozeß

verstärkten studieren durfte. Aber man merkt nichts davon. Natürlich gehörte er Studentenverbindungen an, deren erster Organleiter er trotz seiner notorischen Dummheit wurde...

# Weihnachts-Anzeiger

Eingetr. Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht

## Görlitzer Molkerie Emmerichstr. 54/55 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

**Friedr. Lindemann, Seifenfabrik**  
Görlitz, Dresdner Straße Nr. 18  
**Für den Weihnachtstisch**  
Kerzen  
Parfümerien  
Baumschmück

Passende Weihnachtsgeschenke  
in Mänteln und Kleidern  
zu sehr niedrigen Preisen  
empfiehlt  
**Kleider- und Blusenhaus**  
Görlitz, Berlinerstrasse  
Ecke Postplatz

**Gertrud Huckauf**  
Görlitz / Rauschwalder Straße 24  
Lebensmittel, Liköre  
Kognak, Rum, Geflügel  
sämtliche Wurstwaren  
in bekannter Güte  
Konfitüren, Schokoladen

**Bruno Schultze**  
Görlitz, Untermarkt 3

**Wäsche**  
Wollwaren  
Strümpfe  
Fertige Kleider

**Bekannt niedrige Preise**

**Herrenhüte** Nur erstklassige  
in den neuesten Formen und Farben Fabrikat

**Hüchel-Hüte**

**Mützen**  
in blau, für Sport u. Schüler  
Niedrigste Preise, größte Auswahl

**Paul Renner, Görlitz**  
Telephon 1229 Berliner Straße 45 Telephon 1229

**Radio-Apparate und -Zubehör**

Beleuchtungskörper — Staubsauger  
kaufen Sie gut und billig bei

**Elektro-Montage-Gesellschaft**  
Görlitz, Berliner Straße 26

Bequeme Teilzahlung

**Pelze**

**Hüte**

**Mützen**

*Louis Schäfer*

Passende Festgeschenke Görlitz, Berliner Straße 6

Kommen Sie zu uns, ein Besuch lohnt sich!

**Heim-Musik**

Inh. Paul Ebert

Görlitz, Mittelstr. 31, Ecke Linsenstraße

Nach dem Fest jeden Donnerstagabend finden die bekannten  
Musik-Vorträge unentgeltlich wieder statt

Wer bei Pese kauft,  
spart Geld!

Eigene Fabrikation!

**Pese, Görlitz**

Anzüge / Paletots  
Schwedenmäntel  
Sportanzüge

sind die besten und die  
billigsten!

**Pese, Görlitz**

Berliner Straße 4

Weihnachten naht —  
kein Gabentisch ohne

**Schuhe**

von

**Benda**

Görlitz, Jakobstr. 2  
am Postplatz

**Hermann Zippel**

Görlitz, Brantwiesenstr. 24  
Woll- und Weißwaren  
Trikotagen / Strumpfwaren  
**Arbeiter-Bekleidung**  
Blaue Marken

**Musikinstrumente**  
aller Art und in jeder Preislage

**Grammophone**

und die hervorragenden Elektro-,  
Brunswick-, Klingsor-Apparate  
Garantie — Teilzahlung

**Platten** Harmonikas, Zithern  
Elektro-Aufnahmen Geigen, Mandolinen  
Plattenauswahl Lauten, Gitarren

Eigene Reparatur-Werkstatt  
für alle Instrumente

**Musikhaus Wünsch**

Berliner Strasse 29 und an der Frauenkirche 3

**Teilzahlung**

Ständig Tiefenauswahl in  
Damen-, Herren- und  
Kinder-Konfektion

Schuh-, Textilwaren  
und vieles andere

sehr gut und preiswert im

Görlitzer Bekleidungshaus

**Opitz & Ickowicz**

Jakobstraße 16  
Ecke Bahnhofsstraße

Kauf Lampen stets  
bei Freundlich ein,  
so schaffst du dir  
ein trautes Heim!

Auch zu diesem Fest bedenke  
Ihren Bedarf an

**Sprechapparaten u. Schallplatten**  
im Fahrradhaus Ebner, Görlitz

**Teilzahlung!**

An den  
3 freien  
Sonntag-  
tagen  
von  
11-18  
Uhr  
geöffnet

**Winter - Garderobe**  
für Damen, Herren und Kinder.  
Große Auswahl!

Zur Verschönerung Ihres Heims:  
Gardinen, Tisch-, Ovan- u. Stepp-  
decken, Küchen- u. Schlafzimmer-  
einrichtungen, Sofas und Chaise-  
longues, Bilder, Metallbetten.  
Ferner: Textil- u. Strickwaren.

An den  
3 freien  
Sonntag-  
tagen  
von  
11-18  
Uhr  
geöffnet

Mäßige Anzahlung! — Günstigste Ratenzahlungen!  
**Berliner Bekleidungshaus**  
Görlitz, Berliner Straße 46I.

**10 Worte**

**Genossinnen**

sagt beim Einkauf den Geschäftsleuten  
„Wir kommen zu Ihnen, weil Sie  
in unserer Zeitung inserieren!“

**Eröffnung!**

**Sonnabend 7. Dezember**

Nach Fertigstellung meines umfangreichen  
Erweiterungsbauwerks gebe ich der verehrten  
Kundschaft Gelegenheit, meine übersichtliche,  
bedeutend vergrößerte

**Schlafzimmerabteilung**

sowie den durch den Umbau geschaffenen

**Teppichsaal**

und die Dekorationsabt. zu besichtigen.

**Möbel** sollen fürs ganze Leben sein, des-  
halb sollte jeder Käufer meine große  
Auswahl zu niedrigsten Preisen besichtigen,  
ehe er seine Entscheidung fällt.

**Alfred Grätz**

Görlitz, Berliner Straße 42

# Außenpolitische Rundschau

Amerikas Einmischung in die russisch-chinesischen Verhandlungen. — Die Botschaft Hoovers. — „Arbeiterpartei“ und „Arbeiterregierung“. — Sozialdemokratische Minister in der Schweiz. — National- und Sozialfaschisten in der Tschechoslowakei

Der Sieg der Sowjetunion und die Kapitulation der Mandchurien vor der roten Weltmacht lassen die imperialistische Welt nicht zur Ruhe kommen. Sie stellt zu neuen Angriffen aus, um die Friedensverhandlungen zwischen der Sowjetunion und der Sowjetregierung zu lösen, auf diese Verhandlungen einen Druck auszuüben und den Frieden, den nun die Außenpolitik der Sowjetunion und die Schlagkraft ihrer roten Armee gesichert hatten, in einen Interkontinentalkrieg gegen das Land des sozialistischen Aufbaues zu verwickeln. Alles das geschieht natürlich unter deutscher Federführung der Wahrung des Weltfriedens, unter dem Vorwande, dem Kellogg-Pakt Geltung zu verschaffen. Die blutige Wille wurde von den Vereinigten Staaten bereits vor der Kapitulation Mandchus bei den übrigen imperialistischen Mächten angekündigt. Trotzdem aber dieser Schritt durch die imperialistische erfolgreiche Einstellung der Friedensverhandlungen bald überholt war, hat die Regierung der Vereinigten Staaten dennoch in Uebereinstimmung mit der britischen „Arbeiterregierung“, Frankreich und Italien (sowie an China in der Sache an die Sowjetunion eine Note gerichtet, in der die Mächte verlässlich verspricht auf eine, nur durch die Wille einer Provokation erklärbare Weise ihren Verpflichtungen gegenüber dem Kellogg-Pakt auszuweichen gemacht werden. Die Sowjetregierung antwortete, in richtiger Erkenntnis dessen, daß die herausfordernde Note der Vereinigten Staaten, obwohl auch an China gerichtet, eigentlich für ihr gilt, mit der schärfsten Zurückweisung bewarfige Einmischungen, deren Zweck das gerade Gegenteil dessen ist, was sie vorgeben, nämlich eine Verschärfung der Lage statt ihrer Milderung, Friedensförderung statt Friedensverletzung. Die Sowjetregierung vermahnt sich mit Recht gegen die Nachschlage und Anweisungen einer Macht, die es beharrlich ablehnt, mit der Sowjetunion normale diplomatische Beziehungen herzustellen.

Während der aggressive Schritt Amerikas, der nur zu deutlich die Absicht auf eine mandchurische Einflußsphäre und auf die ostasiatische Chinkolonie beruht, in eine gewisse Verlegenheit versetzt, der zufolge sie der amerikanischen Initiative teils zögernd, teils überhaupt nicht folgen, jubelt die „Sozialdemokratie“ der „schwarzen“ Erklärung des amerikanischen Staatsdepartements zu, begrüßt den „Kolonienkrieg“, der der Sowjetunion nach ihrem großen Erfolge in China verweigert werden sollte, mit der größten Begeisterung. Sehr unwillig wird dagegen von der sozialdemokratischen Presse die Zurückweisung der Einmischung Amerikas seitens der Sowjetunion aufgenommen. In seiner Hochbetriebe und aktiven Unterstützung der sozialistischen, imperialistischen Kriegsvorbereitungspolitik geht z. B. der „Vorwärts“ soweit, daß er die selbstbewußte Zurückweisung imperialistischer Eingriffe seitens der Regierung des proletarischen Staates mit der Sprache vergleicht, die die Herrschenden der imperialistischen 1914 gegen die Mächte führten, die Gebiete nicht überlassen wollten. Es ist begreiflich, daß diese Sprache dem „Vorwärts“, der die Kriegsjahre eben dieser imperialistischen Eingriffe der „Agenden“ imperialistischen Regierung auf das Nachdrücklichste unterstützt hat, verständlicher ist, als die Sprache einer revolutionären Regierung der Arbeiterklasse, jedenfalls ist aber diese Demaskierung der Sozialdemokratie im Zusammenhang mit diesem krassem Fall imperialistischer Interventionen nicht vielleicht noch demeritvoller, als die Selbstenttarnung des amerikanischen „Vorwärts“.

Daß der amerikanische Schritt eine Kriegspolitik ankündigt, ergibt sich auch aus der innerpolitischen Lage der Vereinigten Staaten, über die wir aus dem Staatshaushaltsplan für 1930 recht ausführliche Angaben erhalten. So erfahren wir, daß die Küsterin des Kellogg-Paktes, die so abstrahlungsfeindliche Regierung der Vereinigten Staaten, einen Mehrauftrag von 41 Millionen Mark für die Zwecke der Kriegsmarine in die drei Milliarden betragende Summe für Ozeanflotten und Marine einstellte. Gegenüber dieser Tatsache ist es doch als laute Mahnung zu betrachten, wenn der Präsident Hoover in seiner ersten Jahresbotschaft an das amerikanische Parlament die Steuerzahler damit vertröstet, daß erst, wenn der Kriegsdurchschlag die Außenpolitik aller Länder auf eine völlig neue Grundlage gestellt haben werde, auch das amerikanische Parlament in die Lage versetzt wird, der Vermeidung der ständig wachsenden Ausgaben für die Landesverteidigung erste „Beachtung“ zu schenken. Daß es sich aber gar nicht um eine „Landesverteidigung“ handelt, sondern um einen schärfsten imperialistischen Kurs, der unvermeidlich zu kriegerischen Auseinandersetzungen und interkontinentalen Verschuldungen führen muß, beweist nicht nur der mandchurische Fall, sondern hierauf deutet auch die Tatsache der beginnenden amerikanischen Wirtschaftskrise mit ihrer riesigen Ueberproduktion an Waren, für deren Massenkonsum gerade der Krieg das ersetzende Mittel ist und ebenso die Maßnahmen ihrer Bekämpfung, die im wesentlichen auf eine Nationalisierung der Kriegsindustrie hinauslaufen. Auf Schritt und Tritt läßt die Hoover-Regierung erkennen, daß sie eine Regierung der Kriegsvorbereitung und des Krieges zu sein wünscht. Augenblicklich befindet sich diese Politik noch im Stadium der „energischen Vorstellungen“ im Interesse der „Erhaltung des Friedens“, aber von dieser „Friedensoffensive“ führt nur ein Schritt zum richtigen Krieg.

Inzwischen schont jedoch Amerika auch seine Verbündeten nicht. Die Gefahr der Krise, das krampfhaft Bestreben, die Prosperität um jeden Preis zu erhalten, führt seitens der Regierung der Vereinigten Staaten zu Maßnahmen, die die übrigen kapitalistischen Länder mit äußerster Besorgnis erfüllen müssen. Insbesondere die ungeländigte Steigerung der amerikanischen Ausfuhr nach Europa bedroht die europäischen Industrieländer, in erster Reihe Deutschland und England mit einer recht kritischen Wendung ihrer eigenen Wirtschaftslage. Die „englische Arbeiterregierung“, die sich Hoover auf Leben und Tod verschrieben hat, steht dieser Entwicklung völlig machtlos und untätig gegenüber. Nicht so die direkte politische Interessensvertreterin des Finanz- und Industriekapitals, die konservative Partei, die nun beschritten muß, daß sie in diesem Punkte nicht in entsprechender Weise von ihrer Agentin, der „Arbeiterregierung“ bedient wird und nun selbst die Abwehr gegen die drohende amerikanische Expansion in die Hand nehmen will. Der Kongreß der konservativen Partei empfiehlt zu diesem Zweck den engsten wirtschaftlichen Zusammenschluß der verschiedenen Teile des britischen Reiches. Gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika die Vereinigten Staaten des britischen Imperiums, mit dem Programm des Freihandels innerhalb dieses Weltbildes und mit recht hohen Zollmauern nach außen hin. Ein altes imperialistisches Programm wird hier aufgewärmt, aber diesmal mit einer deutlichen Spitze gegen Amerika. Ob aber England noch auf die Dominions und Kolonien in dieser Hinsicht rechnen kann, insbesondere ob Kanada

und Australien gegen die Vereinigten Staaten einen beratigen Wirtschaftskrieg zu führen bereit wären, kann mit Recht bezweifelt werden. Immerhin ist es bezeichnend, daß die konservative Partei die Initiative ergreift, wo die „Arbeiterregierung“ verlagert. Dieses „Verlagern“ zeigt sich aber in der letzten Zeit liberal. Bald ist es Snowden, der in der Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums zurückzuweichen beginnt, bald erklärt sich der Kriegsminister Shaw gegen die Kriegsanleihe mit dem Ergebnis, daß das darauf englische Staatspapiere auf der Börse beträchtlich zu fallen beginnen. Im Oberhaus wurde die Regierung bereits niedergestürzt, und auch im Unterhaus ging sie bei Abschluß der Debatte über die Arbeitslosenunterstützung nur mit einer Mehrheit von 18 Stimmen einer Niederlage. Es stimmte nicht allein ein Teil ihrer eigenen Verbündeten, der Liberalen, gegen sie, sondern auch neun Abgeordnete der Unabhängigen Arbeiterpartei. Die Auseinandersetzungen der Regierungspartei mit ihrem oppositionellen Flügel veraten deutlich die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit dieser Arbeiterregierung und die erste Frage, in die sie gedrängt von ihren Auftraggebern, gegenüber den unzufriedenen Massen gerät.

Auch die schweizerische Sozialdemokratie ist nunmehr offen der Koalitionspolitik verfallen. Die Frage der Beteiligung der Partei an bürgerlichen Regierungen, die bisher immer wieder ablehnend beantwortet wurde, ist jetzt durch den Basler Parteitag mit 824 gegen 187 Stimmen dahin entschieden worden, daß sich die Partei an der bevorstehenden Bundesratswahl beteiligen möge. Der Kampf zwischen den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten und den schärfen und laien „linken“ Sippenmarxisten wurde zugunsten der ersteren entschieden. Das abschreckende Beispiel der deutschen Sozialdemokratie reichte nicht aus zur Warnung vor der Koalitionspolitik, im Gegenteil, der Drang nach dem Ministerposten erwies sich als stark genug, um eine grundsätzliche Anerkennung des Kurzes der Schweizer „Sozialdemokratie“ durchzusetzen. Selbst der Antrag der sogenannten Klassenkämpferischen Richtung, den Ministerkandidaten ausdrücklich auf das Parteiprogramm im Sinne des Klassenkampfes zu verpflichten,

wurde sowohl von diesem, wie von dem Parteitag abgelehnt. Der Sozialfaschismus macht auch in der Schweiz rasche Fortschritte. Ein lehrreiches Beispiel dafür, wofür ein Staat gerät, in welchem sich National- und Sozialfaschismus die Waage halten, bietet die Dauerkrise der Tschechoslowakei. Seit Wochen nach den Wahlen konnte noch immer kein Kabinett zusammenkommen; der Machtkampf zwischen den beiden Lagern ist bis jetzt unentschieden. Alle politischen Kombinationen: Bürgerlos, „grüne Front“, große Koalition scheiterten an dem erschütternden Schwächen um die Ministerposten. So steht also der große sozialdemokratische Sieg aus, den man nach altem Schema als einen „Anlauf“ auch in der Tschechoslowakei feierte. Die letzte Hoffnung einer Regierungsbildung überhaupt besaß nur noch darin, daß in letzter Stunde ein Beamtenkabinett zusammenkommen könne, was als ein deutliches Eingeständnis dessen zu betrachten wäre, daß der Machtkampf der Parteien oder vielmehr der beiden Gruppen der National- und Sozialfaschisten unentschieden endete. Sie hatten sich die Waage und nun gilt es, sie durch geschicktes Labieren zusammenzufassen.

L'Humanité  
NOUS DÉPASSONS LE MILLION  
L'UNIQUE MONTRE

Unser französisches Bruderblatt „L'Humanité“ wird von der französischen Regierung auch finanziell sehr bedrängt. Die Arbeiter nicht nur Frankreichs, sondern aller Länder haben eine Sammlung eingeleitet, die bereits nach wenigen Tagen über eine Million Francs eingebracht hatte, worüber die „Humanité“ quitierte.

## Geschlechtskranke Kinder

Furchtbare Zahlen — Ein lehrreiches Kapitel für christliche Moral- und Sittenschwüfeler

Von Dr. med. Desi. Leng, Berlin

In Neulölln ist durch Zufall bei vier Mädchen das Vorhandensein einer Tripperkrankung festgestellt worden. Darüber großes Rauschen im Blätterwald und allgemeine Verwunderung der Väter: „Ja, gibt es denn so etwas überhaupt? Ein sechsjähriges Mädchen soll schon geschlechtskrank sein? Da muß exemplarisch durchgegriffen werden!“ Der Fachmann aber wundert sich darüber gar nicht oder nur vielmehr darüber, daß es bei uns noch Leute gibt, die die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten so wenig kennen, daß sie glauben, sie würden vor dem Kindeskalter haltmachen.

In Wirklichkeit ist es mit den vier geschlechtskranken Kindern in Neulölln nicht abgetan. Man erzählt, daß

in der Neulöllner Schule 6 Prozent der Mädchen geschlechtskrank seien. Im Birkow-Frankenhaus befindet sich stets ein Duzend geschlechtskranker Kinder; in Spandau bei Hamburg stellte man bei nicht weniger als 20 unter 28 an Neugeborenen erkrankten Kindern Gonorrhöe fest, und in einem Wiener Krankenhaus liegen zurzeit 70 tripperkranke Kinder. Bei einem Material von 800 tuberkulösen Kindern habe ich selbst schon vor dem Kriege in Wien einige 50 Geschlechtskranke festgestellt. Diese Zahlen geben natürlich nur einen schwachen Begriff von der traurigen Verbreitung der Geschlechtskrankheiten unter den Kindern; sie erfassen diejenigen nicht, die zu einem Privatarzt gehen, und nicht diejenigen, die überhaupt in keine Behandlung kommen.

Fragen wir uns, wie diese Zahlen möglich sind, wie es zu erklären ist, daß schon die Kleinen, werdenden Menschen so vergiftet sind, so muß man sich vor Augen halten, daß ein guter Teil von ihnen schon krank auf die Welt gekommen ist. Von den beiden hauptsächlichsten Geschlechtskrankheiten, dem Tripper und der Syphilis, ist der Tripper zwar nicht vererbbar und über, wenn nur die Augen des Neugeborenen prophylaktisch behandelt werden, keinen dauernden nachteiligen Einfluß aus. Die Syphilis dagegen wird bei zahlreichen Neugeborenen gefunden. Gewöhnlich wird das Kind bei der Geburt von der Mutter infiziert, denn die wirklich schon im Mutterleib angestrichelten Kinder sterben frühzeitig ab und bilden die Mehrzahl der Frühgeburten. So zeigen sich die ersten syphilitischen Erscheinungen bei den Kindern erst nach Ablauf von zwei bis drei Lebensmonaten, häufig kommt aber auch die Krankheit erst durch die Untersuchung der Schulärzte zur Kenntnis der Eltern. Das Schicksal dieser Kinder ist sehr verschieden: meist sterben sie jung, doch kann hier bei rechtzeitiger Erkennung eine intensive Behandlung Heilung bringen.

Wohl der wesentlichste Faktor für die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten bei Kindern ist die Unsauberkeit. In Neulölln sollen für 425 Schüler und Schülerinnen 13 Aborte vorhanden und diese so schmutzig sein, daß die Kinder nur in lockender Stellung ihre Notdurft besiedigen konnten. Und auch in der elterlichen Wohnung ist die Unsauberkeit, unterstützt durch die ungeheure wirtschaftliche Not weiter Volksschichten, verbreiteter als man glaubt. Wenn wir aus den Berichten einer Schulfürsorge über den sechsjährigen Hans S. lesen:

„Vater arbeitslos, Mutter an Tuberkulose erkrankt. Acht Kinder, teilweise erkrankend elend, zwei Mädchen — 14 und 8 Jahre — ebenfalls positiver Gonorrhöebefund. Die ganze Familie geht in Lumpen und ist verlaugt. Sie wohnt in einer Kammer, die aus Stube und Küche besteht. Zwei Betten, ein Kinderbett, ohne Bezüge. In den drei Betten schlafen neun bis zehn Personen, darunter die tuberkulöse Mutter und die drei geschlechtskranken Kinder.“

Dann wissen wir, welchen unheilvollen Faktor die Wohnungsnot, die Arbeitslosigkeit und der Alkohol bei der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten darstellen.

Man möchte geneigt sein, das gitterte Beispiel als einen Ausnahmefall zu betrachten. Aber man gehe nach den Bezirken des Berliner Nordens, wo die Opfer unserer wirtschaftlichen Krisen wohnen, und man wird die Familien, wo ein Bett nur von einer

Person allein beschlafen wird, in der Kinderzahl finden. Wenn dann ein Familienmitglied tripperkrank ist und etwas Älter kommt auf das Weltuch, wenn bald danach ein Kind auf dieser Stelle liegt und sein Geschlechtsleil mit der Eiterstelle in Berührung kommt, ist eine Ansteckung unvermeidlich.

Und nun kommt die ungeheure Zahl der Fälle, in denen die Kinder sich ihren Tripper tatsächlich durch Geschlechtsverkehr geföhlt haben. Das Beispiel der Eltern, die in den engen Wohnungen unbedingte beobachtet werden müssen, animiert zur Nachahmung; frühreife, verdorbene Schulkameraden und Schulkameradinnen tun das ihrige, die Kinder spielen „Vater und Mutter“ und stecken sich an. Erst neulich sah ich einen zwölfjährigen Knaben, der sich seine Krankheit von der Schwester geholt hat, die sich wiederum bei einem 14-jährigen Bubens aus dem Nachbarhause angesteckt hatte. Auch der Verkehr zwischen Vater und Tochter ist leider keine Seltenheit. Hier spielt der Alkohol den Hauptantrieb, der die Begierden entfesselt und das Verantwortungsgefühl herabsetzt, wobei für einen verarmten, heruntergekommenen Mann die erkrankte Tochter oft das einzige erreichbare Objekt ist. Es wird auch behauptet, daß die Ansteckungen, die auf diesem Wege erfolgen, noch seltener wie die anderen zur Kenntnis der Ärzte kommen, da die Väter aus begründlichen Gründen den Arzt fernzuhalten suchen.

1. Hilde S., elf Jahre, Vater arbeitslos. Vier Geschwister. Familie bewohnt eine Stube. Mutter hat sich vor zwei Jahren von dem Ranne angesteckt. Ihre vier Kinder, die in einem Bett, zwei am Kopf- und zwei am Fußende, schlafen, sind infiziert.

2. Erwin S., 14 Jahre, hat seit vielleicht drei Wochen ungefähr fünfzehnjährig mit einem 60-jährigen Ranne, den er in einer Hofkammer kennengelernt hat, verkehrt. Nach jedem Akt erzieht er 20 Pfennige. An Ober- und Unterlippe Geschwüre: Syphilis.

3. Hans S., 13 Jahre, Gonorrhöe. Bei Verwandten in einer kleinen medienburgischen Stadt teilten ihm Spielkameraden mit, daß sie alle zu einem fünfzehnjährigen Mädchen gingen, um mit ihr gegen ein Entgelt von 20 Pfennig zu verkehren.

4. Eva K., 13 Jahre, bewohnt mit Vater allein eine Kammer. Mutter tot. Vater Trinker. Vater verlehrt seit einem Jahre regelmäßig geschlechtlich mit der Tochter. Tripperkrank.

Wir haben hier einige Fälle aus dem Rudolf-Birkow-Frankenhaus angeführt, um zu zeigen, daß es völlig abwegig ist, in den Fällen der Neulöllner Schulkinder — wie es einige Zeitungen getan haben — von „unerhörten“ Vorkommnissen zu sprechen. Natürlich ist so etwas „unerhört“, aber nicht unerhörte in dem Sinne, daß man von etwas bisher nicht Gehörtem spricht, sondern mit der Tendenz, daß der Stand solcher Zustände zum Himmel steigt. Aber von oben kommt keine Hilfe, und in diesem Sinne von „Haben der Sittlichkeit“, „schühendem Familienleben“ zu sprechen, ist so lange direkt lächerlich, als man nicht die wirtschaftlichen Grundlagen stabilisiert. Natürlich wird man durch die einschneidendsten Maßnahmen nicht die Sittlichkeitsverbrechen ganz aus der Welt zu schaffen, aber man wird die Zahl der Infektionsquellen wesentlich zu vermindern vermögen.

Die Hauptsache ist und bleibt die Schaffung ausreichender Schlaf- und Wohnräume.

Hat man sich einmal in das Thema der geschlechtskranken Kinder vertieft, hat man einmal das Wohnungsleiden an Ort und Stelle studiert, dann begreift man nicht, wie man eine Muffkuchle, wie man einen Panzerkreuzer, wie man eine Luftschiffhalle, wie man ein Rathaus bauen kann, solange nicht allein Menschen ein einigermassen ausreichendes Heim gemüßigt ist.

Die Wohnungsnot ist in unserem speziellen Falle der Hauptgrund für die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten unter den Kindern, im allgemeinen aber ein solcher Grundfaktor für unsere Kultur, wie das Sittlichkeitsleiden für das Altertum.

# Das letzte Wort des Sozialfaschismus: Bajonette!

## Die Arbeiterschaft wird sich zu wehren wissen

Als in der Mittwoch-Sitzung des Reichstags bei der ersten Hauptberatung über das Severing'sche Kommunistengesetz der ebenfalls Staatspräsident von Anhalt, der Sozialdemokrat P. u. a., den kommunistischen Abgeordneten zurief: „Wir werden euch mit den Bajonetten herausnehmen!“

Die formulierte dieser Sozialfaschist ungewollt den Bankrott der sozialfaschistischen Heuler der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen den Kommunismus. Ihnen, die gerade in den letzten Wochen mit ihrer Beschimpfung aller revolutionären Arbeiter, die sich der kommunistischen Partei bekannten, einen bisher nicht erreichten Gipfel der Gemeinheit erreichten, bleibt in dem Augenblick, wo die SPD. den rücksichtslosen revolutionären Kampf gegen das Terrorregime der sozialfaschistischen Diktatur ankündigt, kein anderes Argument, als das der Bajonette. Der kommunistische Parteipolitiker, die Verbote sozialdemokratischer Parteimitglieder und Parteipräsidenten, die Statuten der Reichswehr des Reichsbanners, sie genügen nicht mehr Bajonette, das ist das letzte Wort des Sozialfaschismus!

Ein kleiner Zwischenfall. Und doch in einem Satz zusammengefaßt die ganze ungeheure Zuspitzung der Lage, die immer klarer im Zeichen des revolutionären Aufschwungs steht. Der Terror eines Abends gegen die kommunistischen Reichstagsabgeordneten, die Beratung des Zucht- und Gefängnisgesetzes unter Ausschluß der Öffentlichkeit, das sind nur Symptome für die Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland. Mit dieser Verschärfung Hand in Hand verändern sich die terroristischen Methoden der sozialfaschistischen Heuler des Proletariats, die immer vorwärtiger, immer grausamer Verbrechen auf Verbrechen häufen, um die in ihren Grundfesten erschütterte kapitalistische Diktatur vor dem siegreichen Ansturm des Proletariats zu verteidigen.

Der Ruf der Sozialfaschisten nach den Bajonetten, das bedeutet neue Massenmörder unter den revolutionären Arbeitern, das bedeutet die grausamere Wiederholung der Lage des mitteldeutschen Aufstandes und des Rapp-Bußes.

Aber es hat sich etwas verändert. Zwar, die jetzt nach Bajonetten rufen, sind die gleichen wie damals. Derselbe Severing, der das Ruhrproletariat niedermetzelt, will heute das Zucht- und Gefängnisgesetz über Deutschland verhängen, das die Gefängnisse und Kerker aufs neue mit Tausenden und aber Tausenden aufrechter Klassenkämpfer füllen soll. Aber der Gegner, das revolutionäre Proletariat, ist ein anderer geworden.

Die Arbeiterschaft hat ihre Führerin, die revolutionäre Massenpartei, die SPD!

Ihr Einfluß steigt, ihr Anhang unter den besten Klassenbewußtesten Teilen der Arbeiterklasse wächst allen Verfolgungen zum Trotz und gerade wegen dieser Verfolgungen. Und schon mehren sich die Anzeichen, daß der Ruf nach den Bajonetten eine zweischneidige Waffe wird für die, die sie gebrauchen wollen.

Am 17. November haben in den Berliner Polizeikaserne

Hunderte und aber Hunderte von Schupo-Beamten die Riste der kommunistischen Partei gewählt. In der Alexanderstraße, in der Mühlstraße, wählten 217 Beamte kommunistisch, 257 sozialdemokratisch, nur 114 deutschnational und die übrigen Parteien folgten in gleichem Abstand. Auch in der Wallstraße steht die SPD. mit 165 Stimmen an zweiter Stelle. Dasselbe Bild in der Kaserne Wangelstraße, wo 250 Beamte für die SPD, 350 für die SPD. stimmten. Im ersten Stimmbezirk der Kaserne in der Königin-Elisabeth-Strasse in Charlottenburg ist die SPD. mit 109 Stimmen sogar die stärkste Partei.

Die Sozialfaschisten rufen nach den Bajonetten. Aber es kommt darauf an, wer sie trägt, es kommt darauf an, gegen wen sie ihre Spitze richten. Wenn die Sozialfaschisten den Zeitpunkt für die Sprache der Bajonette als gekommen erachten, nun gut, wir nehmen das zur Kenntnis. Die Arbeiterschaft wird sich zu wehren wissen. Sie wird sich nicht nur einen Panzer, sie wird

sich auch eine Wehr gegen die sozialfaschistischen Bajonette zu schaffen verstehen.

Eine halbe Million revolutionärer Arbeiter in Berlin als Lumpen beschimpft. Gegen eine halbe Million revolutionärer Arbeiter in Berlin, gegen Millionen auch die Drohung der Bajonette ausgestoßen. Das Verbotsgesetz gegen die kommunistische Partei, zu der sich diese Millionen bekannten, in der Tasche — so erwartet Herr Severing, der „kleine Metallarbeiter“, der so gern der deutsche Mussolini sein möchte, die kommenden Kämpfe. Wir sind bereit.

Die halbe Million revolutionärer Arbeiter in Berlin wird sich um so fester um die kommunistische Partei scharen. Den ersten 5000 neu eingetretenen Mitgliedern der Partei müssen in dieser Woche weitere 5000 folgen. Die „Vorwärts“-Redaktion, die sie beschimpft hat, Herr Feus, der nach den Bajonetten ruft, werden dabei unsere besten Werber sein.

# Severing gestäubt

## Der Reichstagskampf um das Terrorgesetz

Wir konnten gestern Raummangels halber die Vorgänge, die sich bei Severings Auftreten im Reichstag abspielten, nicht in der wünschenswerten Ausführlichkeit bringen. Wir holen das hiermit nach.

Kaum hatte nach der Rede des Deutschnationalen Everling Severing die Rednertribüne betreten, als ihm ein Massenchor von Zurufen: „Senterminister!“, „Bluthund!“, „Deutschlands Mussolini!“, „Mörder der mitteldeutschen und Ruhrarbeiter!“ entgegenkoll. Nach zehn Minuten verlor Severing, sich verständlich zu machen:

„Man kann den vorliegenden Republikverschönerungswurf nicht mit Bismarcks Sozialistengesetz vergleichen. Sie dürfen nicht vergessen...“

Kommunistischer Zruf: „... daß Sie ein Heuler sind!“

Ein Sturm aus 40 Reihen bricht los: „Die ermordeten Arbeiter klagen Sie an!“

Vizepräsident von Kardorff, der durch halbstündiges Klingeln und Ordnungsrufe dem Severing kein Gehör verschaffen konnte: „Ich schließe den schwarzen Abgeordneten da aus!“

Zurufe: „Was heißt, der da?“ Es gibt keinen SPD-Abgeordneten, der da!“

Kardorff nennt aufs Geratewohl den Namen des SPD-Abgeordneten Müller, der überhaupt nicht im Reichstag anwesend ist. Lautes Gelächter antwortet ihm. Severing wird stürmisch zugerufen: „Abtreten, abtreten!“ Schließlich verläßt er eingeschüchtert seinen Platz und die Sitzung wird unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung weist Kardorff die Genossen Jaddasch, Beutling und Papke aus dem Saal. Dabei war Jaddasch während der ganzen Vorgänge überhaupt nicht im Plenum. Lauter Protest der Kommunisten antwortet. Die ausgewiesenen Abgeordneten bleiben im Saal.

Kardorff unterbricht die Sitzung von neuem auf eine halbe Stunde. Nunmehr tritt der Vorkonferenzrat zusammen, in dem Kardorff die von ihm ebenfalls gefällte Ausweisung des Genossen Neubauer zurücknehmen mußte.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung: „Die Abgeordneten, die den Saal nicht verlassen haben, sind auf 8 Tage ausgeschlossen.“

Severing tritt aus Rednerpult.

„Der Mörder hat das Wort!“

„Ich schließe den Abgeordneten Maddalena von der Sitzung aus.“

Genosse Maddalena, hinausgehend: „Deswegen bleibt Severing doch ein elender Arbeitermörder!“

Severing versucht zu sprechen. Aber seine Worte gehen dem Lärm unter.

„Ich schließe den Abgeordneten Roenen aus.“

Roenen: „Nieder mit dem schändlichen Arbeitermörder Severing. Der Bluthund darf nicht zu Wort kommen!“

Händeklatschen bei den Kommunisten. Severing geht auf seinen Platz zurück. Die Sitzung wird unterbrochen.

In der Pause bereiten die Sozialfaschisten in den Wandelgängen eine großzügige Propaganda vor. Der Sozialdemokrat Feus stellt sich mitten zwischen die kommunistischen Abgeordneten:

„Wir werden schon eure Finanzen ruinieren. Und wenn das nicht hilft, werden wir euch mit den Bajonetten rausnehmen!“

Am Eingang zu den kommunistischen Bänken marschieren ein geschlossenes Kommando von Kriminalbeamten auf. SPD-Abgeordnete zeigen den Kriminalbeamten einige bürgerliche und sozialdemokratische Festschäfte: „Seht euch mal die an! Für die müßt ihr mit euren paar Groschen, die ihr bekommt, Hausnechtsarbeit gegen uns leisten, die wir die Interessen der unteren Beamten vertreten.“

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt Kardorff fest, daß Roenen noch im Saal ist. Er wird auf acht Tage ausgeschlossen. Jetzt ordnet Kardorff die

Räumung der Tribünen

an, um die postgeheimen Gewalttaten gegen die kommunistische Fraktion unter Ausschluß der Öffentlichkeit begehen zu lassen. Laute Rufe von den Tribünen:

„Rot Front trotz Severing!“ „Nieder mit dem Terrorgesetz!“ „Rot Front der kommunistischen Fraktion!“

Die kommunistischen Abgeordneten im Saal antworten mit lauten „Rot-Front!“-Rufen und protestieren gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit. Unterdessen werden die Tribünen geräumt und die Rot-Front-Rufer von der Polizei festgenommen und Stundenlang in Haft gehalten.

Genosse Roenen wird durch eine Polizeiabteilung aus dem Saal bis auf die Straße geschleift.

Nach dreiviertelstündiger Pause eröffnet Kardorff wieder und erteilt Severing von neuem das Wort. Severing beginnt; aber es ist kein Wort zu verstehen. Jetzt fordert Kardorff die Genossen Stoeder, Torgler, Hedert, Kähler, Bientle und Neubauer zum Verlassen des Saales auf.

Hedert ruft: „Wir denken nicht daran, rauszugehen!“

Wieder marschieren Severing zurück. Kardorff unterbricht die Sitzung. Dittmann weist Kardorff mit ausgestreckter Hand die kommunistischen Abgeordneten, die ausgeschlossen werden sollen. Löbe eilt mit dem Reichstagshandbuch herbei, sieht sich die Bilder der einzelnen kommunistischen Reichstagsabgeordneten an, nennt ihre Namen dem Kardorff, der sie gehorsam aufschreibt.

Genosse Alexander: „Habt ihr noch nicht alle beisammen, die ihr rauschmeißen wollt?“

Kardorff eröffnet die Sitzung und weist die Abgeordneten, Genossen Hoerle, Mühlberg, Graef, Rippberger, Pfeiffer und Gesche aus dem Saal. Während Severing wieder zum Pult tritt, bricht der Sturm von neuem los. Die Sitzung wird abermals geschlossen.

Als sie wieder eröffnet wird, sieht Löbe auf dem Präsidentenstuhl und erteilt Severing das Wort. Severing beginnt:

„Sie können von mir nicht erwarten...“

Genossin Dreier ruft: „Die arbeitenden Frauen fragen Sie der Ermordung ihrer Männer an!“

Löbe: „Frau Abgeordnete Overlach, verlassen Sie den Saal!“

Severing fährt fort: „Man hat mir vorgeworfen, ein Arbeitermörder zu sein. (Zuruf: „Das sind Sie auch!“) Ich will darauf nicht antworten. (Zuruf: „Weil es wahr ist!“) Ich will nur dem Abgeordneten Roenen antworten.“

Genosse Dahlem: „Warum jagen Sie das nicht, wenn Roenen da ist?“

Löbe schließt Dahlem von der Sitzung aus.

Als Severing im weiteren Verlauf seiner Rede zugibt, daß er gegen die proletarischen Hundstschäfen und Kontrollauschüsse 1923 eingeschritten sei, weil „wir in einem Rechtsstaat leben“, antwortet ihm laute kommunistische Zurufe:

„Schöner Rechtsstaat, in dem Jörgel am 1. Mai 33 Arbeiter ermordet!“

Die Genossen Thejen, Alexander und Leo werden aus dem Saal gewiesen und verlassen ihn unter „Rot Front!“-Rufen.

Erst nach diesem „demokratischen“ hinauswurf der Kommunisten durch die sozialdemokratischen Gendarmen der besitzenden Klasse konnte sich Severing mit seiner Moskauer- und Arbeiterprovokation halb wegs verständlich machen.

## Polizei verbietet antifaschistische Saalversammlungen

Hamburg, 5. Dezember. (Eig. Bericht.) Die Polizei hat sich für den 6. Dezember in einen geschlossenen Saal angelegte Versammlung der antifaschistischen Jungen Garde und die für den 15. Dezember angekündigte Versammlung des Norddeutschen Arbeiter-Schutzbundes verboten mit der Begründung, daß diese Organisationen eine Fortsetzung des verbotenen R.F.B. sind (!).

# Hugenberg's „Total-Anzeiger“ lobt Löbe

## „Der Reichsinnenminister spielte eine tomische Rolle“

Der „Berliner Total-Anzeiger“, das Zentralorgan Hugenberg's, ist über das infame Vorgehen des Sozialdemokraten Löbe außer sich vor Freude. Er schreibt gestern früh:

„Wir haben ganz gewiß keinen Grund, Herrn Löbe einen Kranz zu winden, aber man darf wohl sagen, daß er nicht nur vor allem die Situation erheblich schneller erfaßt, sondern sich auch viel schneller und energischer durchgesetzt hätte (als der zuerst auf dem Präsidentenstuhl amtierende v. Kardorff, D. Red.).“

„Denn daß der Reichsinnenminister gestern Kundgebung eine tomische Rolle spielte, wie er da immer wieder mit seiner roten Maske zur Rednertribüne schritt und immer wieder absteigen mußte, das hat er der Unentschlossenheit und Hilflosigkeit Kardorff's zu verdanken.“

Nach der letzten Unterbrechung warf Löbe, das Handbuch in den Saal und brachte Ordnung in den Betrieb, der nach seiner Kundgebung wiederholt schon heute freieren Saalgeschehen gütlicher sein werde.“

Welche Interessen der Löbe mit seiner roten niederrätigen Attache gegen die Kommunisten vertritt, zeigt am besten dieses Lob, das der deutschnationale „Total-Anzeiger“ dem sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten so begeistert spendet.

## Reichsverband der Deutschen Industrie gegen Hugenberg

Die Kräfte der Deutschnationalen dauern an. Nach bürgerlichen Meinungen steht der Reichsverband Deutscher Industrie der Deutschnationalen Volkspartei hinter den ausgestreuten Ab-

geordneten. Ein erster Schlag für Hugenberg ist der gestern bekannt gewordene Austritt des zweiten Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Frowein-Eberfeld, aus der Deutschnationalen Volkspartei.

## Kommunistischer Kampf gegen Wohnungselend

Zu der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde die Immunität der Genossen Roenen, Dengel und Bientle aufgehoben.

In der Beratung über den Bericht des Wohnungsausschusses und die Richtlinien für das Wohnungsweesen machte für die SPD-Fraktion Genosse Stroemel unter anderem folgende Ausführungen:

„Hilferding hat bereits rund 164 Millionen dem Wohnungsbau entzogen.“

Auch unsere Forderung, die Wohnungsmiete bei den Wertigkeiten auf höchstens 15 Prozent des Einkommens festzulegen, verfiel der Ablehnung. Heute beträgt die Wohnungsmiete zum Teil 40 bis 50 Prozent des Einkommens, selbst bei den geleisteten Arbeitern. In Zukunft ist mit einer weiteren Verschärfung des Wohnungselends und der Wohnungsnot zu rechnen.“

Wie werden nach Eröffnung der Nacht die Wohnungsfrage durch die Einbürgerung der Hausgründer, der Grundbesitzer, der Bauhelfer, durch Aufstellung eines Wohnungsprogramms, das nur den Arbeiterinteressen entspricht.“



# Fache Die behagliche Gaststätte

Eigene Likörfabrik \* Wurstfabrik \* Bäckerei

## Richard Standfuss, Breslau 1

Gegründet 1845 — Kupferschmiedestraße 39 — Gegründet 1845  
 Größtes u. ältestes Spezialgeschäft der Holzbearbeitungsbranche  
 empfiehlt sein reichhaltiges, gut sortiertes Lager  
 zu niedrigsten Preisen in:  
**Werkzeugschränken und -kästen, Laubsägekästen,  
 Laubsägeholz, Schnittholz, Vorlagen, Sägen usw.**

Telephon  
 Sammeln  
 263 54

**Ein Inserat**  
 in unserer Zeitung hat stets  
**guten Erfolg**

## Die größte Sensation



auf dem Radiomarkt ist eingetroffen!

„Mende“ 3-Röhren-Schirmgitter-Netz-Empfänger für Gleichstrom. Fast  
 hörbar. Überzeugen Sie sich von der großen Leistung. Nur Mk. 145.00

„Blaupunkt“ Netz-Empfänger mit eingebautem Lautsprecher, für guten  
 Orts- und Fernempfang. Ein Schläger für alle. Nur Mk. 140.00

„Gloria“ Netz-Empfänger Wechselstrom, arbeitet mit einer Schirmgitter-  
 Röhre und bringt alle Stationen im Lautsprecher. Nur Mk. 121.50

Batterie-Apparate sämtlicher Fabrikate in großer Auswahl am Lager  
 Alles auf bequeme Teilzahlung!

Für den Bastler ist der „Mikro“ 4-Röhren-Allwellen-Empfänger ein Gefäß  
 der höchsten Vollendung. Bauen Sie selbst und Sie werden  
 überrascht sein. Komplette Bauanweisung Mk. 1.00

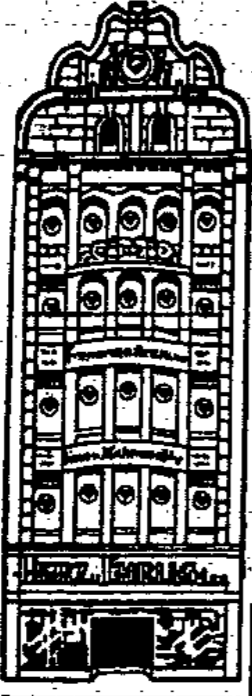
**Billige Anoden: 60 Volt 3.—, 90 Volt 7.50, 100 Volt 8.50**

Wir bauen alle Apparate um, übernehmen jede Reparatur, legen Hoch- und  
 Zimmerantennen und reparieren alle Hörer

**Taschenlampen-Vertrieb G. m. b. H.**  
 Breslau 1, Schmiedebrücke 43, Ecke Ursulinerstraße. Telephon 29035

Damen-Sohlen bis Größe 35 Mk. 1.50  
 " " " 39 " 2.00  
 " " " 42 " 2.20  
 Damen-Abtätze von 40-50 Pfennig  
 Herren-Sohlen bis Größe 39 Mk. 2.20  
 " " " 42 " 2.40  
 " " " 45 " 2.60  
 Herren-Abtätze von 0.55-1.00 Mk.  
 Nagel und genäht 40 Pf. mehr  
 Überdreh-Reparatur billigt  
**G. Koenig, Breslau, Sahlitzstr. 21**  
 Vorzeiger erhält 5% Rabatt

Venn ich nicht  
 zu  
 Hause war,  
 War ich stets im  
**ALKAZAR**  
 8-4 Uhr  
 personal. Vertisch-  
 Betrieb. Diner, Tanz  
 30 Tischtelefone  
 Ege. 1.10 H. (inkl. Steuer)



**Das praktische  
 Weihnachtsgeschenk**

finden Sie in unserer neuen Liste!

**HERZU. EHRlich** BRESLAU RING 25

**Fräulein**  
 Mohaupt  
 nur Reichstraße 1, 1  
 Ecke Schmiedn. Str.  
 Telephon 570 82  
**Leibweife**  
 Smoking- u. Gebroch-  
 anzüge, Klapphüte u.  
 Dienstkleider

**Hirschberg im Riesengebirge**  
 Geöffnet ist Sonntag, d. 8. Dezember,  
 die Elisabeth-Apothek, Schmiedeburger  
 Straße Nr. 3, und die Greif-Apothek,  
 Neuhäuser Straße 18.  
 Diese versehen bis Sonnabend, den  
 14. Dezember, früh, den Nachtdienst.

**Fritz Scholtz**  
 Optiker  
 Schweidnitz, Burgstr. 4  
 Lieferant  
 sämtl. Krankenkassen

## CENTRAL-LICHTSPIELE

Liegnitz

Täglich:  
**Der große Erfolg!**  
 Das gewaltigste Filmwerk aller Zeiten!

## DIE ARCHE NOAH

**Der Welt größter Film!**  
 Moderner und historischer Teil

10 Millionen Kostenaufwand	12000 Mitwirkende	3 Jahre Herstellungzeit
-------------------------------	----------------------	----------------------------

„Es ist ein Film,  
**zu dem die Massen strömen werden,**  
 vor dem man in Andacht sitzt, wie vor den Pyramiden von Gizeh.“  
 (Berliner Lokal-Anzeiger)

**Zur geill. Beachtung!**

Wochentags 2 geschlossene Vorstellungen: 5 und 8 Uhr  
 Sonntags 3 geschlossene Vorstellungen: 1/2 3, 5 und 8 Uhr  
 Kasseneröffnung 1/2 Stunde vorher

**Achtung! Billett-Vorverkauf!** Täglich vormittags 11-12 und  
 nachmittags 4-7 Uhr im C.T.  
**Um 7 Tage im Voraus.** Telephonische Bestellungen können nicht  
 berücksichtigt werden. — Sichern Sie sich rechtzeitig gute Plätze!  
**Jugendliche haben Zutritt**  
 und zahlen zur ersten Nachmittags-Vorstellung halbe Preise!  
**Trotz ganz enormer Unkosten möglicher Preisabschlag**  
 Preise der Plätze: 1.00 Mk., 1.30 Mk., 1.50 Mk., 1.80 Mk., 2.30 Mk.

## Kein Vorurteil!

Wir wissen, daß Sie um  
 Ihre Wäsche in Sorge  
 sind. Schonender als  
 wir können Sie selbst  
 aber Ihre Wäsche beim  
 Waschen nicht behan-  
 deln! Wir waschen  
 gut und billig. Freie  
 Abholung und Lieferung!

**Elektro-Wäscherei Oserlor**  
 Rosenthaler Str. 14 Tel. 59614

Bäckerei und Konditorei  
 empfiehlt  
**Peter Kloss**  
 Liegnitz, Georgenstraße 17

Schuhwaren, Filzschuhe  
 Wäsche u. Arbeitergarderoben  
 zu Ausnahmepreisen empfiehlt  
**Gustav Hampel**  
 Gottesberg  
 Fürstensteiner Straße 1

ff. Fleisch- und Wurstwaren  
 empfiehlt  
**Gustav Stolzer :: Gottesberg**  
 Mittelstraße 23  
 und Filiale Fürstensteiner Str.

## Sandstrom-Bier

IMMEREINGENUSS



Persilgepflegte  
 Unterwäsche

ist eine Wohltat für den  
 Körper. Und wie schön  
 ist immer das Aussehen,  
 einerlei ob weiß oder far-  
 big. Frischduftend, sauber  
 und hygienisch einwand-  
 frei, das ist das Merkmal  
 der Persilwäsche!

**Persil bleibt Persil**

# Gaststätten Gebrüder Wolff in allen Stadtteilen